

# E & W

Erziehung & Wissenschaft

05/2018

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW



gesicherte Grundrechte

mehr Lehrkräfte

bessere Löhne

kleinere Klassen

**Gewerkschaften kämpfen – weltweit**

DAVID EDWARDS



# Wir kämpfen. Weltweit.

Gute Bildung ist eins der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die bis 2030 weltweit für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sorgen sollen. So haben es die Vereinten Nationen 2015 beschlossen. Sie haben das richtig gelesen: Auf der ganzen Welt sollen diese Ziele erreicht werden. Damit geht es nicht mehr nur, wie bei den Millenniumszielen, um Entwicklungsländer, sondern um uns alle, egal wo wir zu Hause sind.

Dass gute Bildung für alle als zentrales Ziel nachhaltiger Entwicklung verankert wurde, ist zu einem Großteil der Arbeit der in der Bildungsinternationale (BI, Education International [EI]) organisierten Gewerkschaften zu verdanken. Dafür gab es viel Anerkennung. In der Tat ist es eine großartige Leistung, auf die wir alle stolz sein können. Aber es ist nicht damit getan, nur ein Papier zu verabschieden. Dieses muss auch umgesetzt werden.

Ein qualitativ hochwertiges öffentliches Bildungssystem ist der Grundstein für gute Bildung. Zentral für dieses sind Pädagoginnen und Pädagogen, die gut ausgebildet und angemessen bezahlt werden und deren Arbeitsbedingungen stimmen. Auch überschaubare Klassen- und Gruppengrößen, professionelle Unterstützung sowie sichere und gut ausgestattete Einrichtungen sind unerlässlich. All dies muss sich in frei ausgehandelten Tarifverträgen widerspiegeln. Das Streikrecht ist ein grundlegendes Element eines guten und gleichberechtigten Verhandlungsprozesses – auch und gerade für Lehrerinnen und Lehrer.

Die Arbeitsrechte der Pädagoginnen und Pädagogen werden jedoch, obwohl sie durch Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geschützt sind, von den Regierungen zu häufig ignoriert. Die Liste der Verstöße, für die Staaten von der BI und der ILO zur Rechenschaft gezogen werden, ist viel zu lang. In Algerien, im Iran, in Kambodscha oder der Türkei sind eklatante Rechtsbrüche

zu beanstanden. In Bahrain, Ecuador und Korea wurden unabhängige Bildungsgewerkschaften zwangsaufgelöst. In der Türkei wurden Zehntausende Lehrkräfte sowie Akademikerinnen und Akademiker entlassen. In Botswana plant das Parlament, dem Bildungsbereich das Streikrecht zu nehmen. Und auch in den USA gehen die Angriffe auf die Bildungsgewerkschaften durch konservative Kräfte unvermindert weiter.

Aber trotz oder vielleicht gerade aufgrund dieser Vorgänge ist klar: Bildungsgewerkschaften sind ein wesentlicher Teil jeder demokratischen Gesellschaft – sowohl als Vertreterinnen eines Berufs, von dem erwartet wird, dass er künftigen Generationen demokratische Werte vermittelt, als auch als Garanten dafür, dass soziale Gerechtigkeit und demokratische Rechte eingehalten und durchgesetzt werden.

Deswegen ist die BI – und durch sie Bildungsgewerkschaften weltweit – in allen internationalen Foren präsent, in denen Entscheidungen mit Blick auf Bildungspraxis und -politik getroffen werden, ob das nun in New York, Brüssel oder Addis Abeba ist. Wir verteidigen Sie, die Sie in Ihrer täglichen Arbeit für bessere Bildung für alle, für Demokratie und Gleichberechtigung in vorderster Reihe stehen, gegen den steigenden Einfluss derer, die diese Grundrechte einschränken wollen und die im Bildungsbereich einen neuen Markt sehen, den sie unter dem Deckmantel sogenannter Reformen erschließen können! Das ist unsere Aufgabe – und unsere Leidenschaft. Dafür steht die weltweite Gemeinschaft der Pädagoginnen und Pädagogen insgesamt. Als Mitglieder der GEW unterstützen Sie diese weltweiten Anliegen, und wir danken Ihnen herzlich dafür!

David Edwards,  
Generalsekretär der Bildungsinternationale

# Inhalt



<b>Gastkommentar</b> Wir kämpfen. Weltweit.	Seite 2
<b>Impressum</b>	Seite 3
<b>Auf einen Blick</b>	Seite 4
<b>Prämie des Monats</b>	Seite 5
<b>Schwerpunkt: Gewerkschaften kämpfen – weltweit</b>	
1. Argentinien: „Sie werden uns nicht brechen“	Seite 6
2. Burkina Faso: Wenn Protest etwas bewirkt	Seite 10
3. Uganda: Der unmögliche Klassenkampf	Seite 12
4. Philippinen: Im Kampf gegen das eigene Volk	Seite 14
5. Interview mit Raymond Basilio, Philippinen: „Das schaffen wir!“	Seite 16
6. Bildungsinternationale: Generationenwechsel	Seite 17
7. Türkei: Wenn Nichtstun keine Option ist	Seite 18
<b>Gesellschaftspolitik</b> Sexueller Missbrauch: Aufholbedarf beim Schutzkonzept	Seite 20
<b>Bildungspolitik</b> 1. Sonderauswertung junge Migranten: Auch Deutschland schwächelt bei PISA 2. GEW-Kommentar: Nach den Daten die Taten!	Seite 22 Seite 24
<b>Dialog: Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren</b>	Seite 25
<b>Internationales</b> Filmrezension „Das Kongo Tribunal“: Ungesühnte Tragödie	Seite 29
<b>Schule</b> Umstritten: „Virtuelle Realität“ im Unterricht	Seite 30
<b>Jugendhilfe</b> Lärmbelastung in Kitas: Laut wie ein LKW	Seite 32
<b>Länderserie Fachkräftemangel</b> Thüringen: Altlasten – Personalnotstand durch verfehlte Politik	Seite 34
<b>Tarifrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen</b> 1. Abschluss: Im Schnitt rund 7,5 Prozent mehr Gehalt 2. GEW-Kommentar: Zähe Verhandlungen mit Happy End	Seite 37 Seite 39
<b>Geschlechterpolitik</b> Interview mit Doris Lüggert: Sichtbar werden!	Seite 40
<b>Initiative „Bildung. Weiter denken!“</b> 1. Schulsanierungen: Unnötiger Luxus in Zeiten knapper Kassen? 2. Marode Infrastruktur: Bitte endlich investieren!	Seite 41 Seite 42
<b>Leserforum</b>	Seite 44
<b>Diesmal</b>	Seite 48
<b>Titel: Werbeagentur Zimmermann</b>	

## IMPRESSUM

**Erziehung und Wissenschaft**  
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 70. Jg.

Herausgeberin:  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
im Deutschen Gewerkschaftsbund  
Vorsitzende: Marlis Tepe  
Redaktionsleiter: Ulf Rödde  
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel  
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel  
Postanschrift der Redaktion:  
Reifenberger Straße 21  
60489 Frankfurt am Main  
Telefon 069 78973-0  
Fax 069 78973-202  
katja.wenzel@gew.de  
www.gew.de  
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft  
twitter.com/gew\_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel  
der 7. eines jeden Monats.  
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.  
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet  
sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung  
und Wissenschaft“ auch auszugsweise nur nach vorheri-  
ger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:  
Werbeagentur Zimmermann,  
Heddenheimer Landstraße 144  
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitglieds-  
beitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der  
Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30  
Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der  
Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen,  
Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland,  
Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die  
jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für un-  
verlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexem-  
plare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit  
dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge  
stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder  
der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:  
Stamm Verlag GmbH  
Goldammerweg 16  
45134 Essen  
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller  
Telefon 0201 84300-0  
Fax 0201 472590  
anzeigen@stamm.de  
www.erziehungundwissenschaft.de  
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40  
vom 01.01.2017,  
Anzeigenschluss  
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main



ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei  
gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

### Gute Schulen – gute Bedingungen

Raum – Zeit – Sein. Drei Faktoren, die weltweit das Wohlbefinden und die Zufriedenheit von Lehrkräften, aber auch von Schülerinnen und Schülern bestimmen. So brachte es Andy Hargraves von der Lynch School of Education des Boston College zum Auftakt des einmal jährlich stattfindenden „International Summit of the Teaching Profession“ (ISTP) auf den Punkt. Auf dem ISTP-Gipfel, der diesmal in Lissabon stattfand, diskutierten Bildungsminister, Vertreter der Bildungsinternationale (BI) – darunter eine fünfköpfige GEW-Delegation – sowie die Autoren der OECD-Bildungsberichte über Zukunft und Verbesserung der Profession. Fazit der ISTP-Debatten und Länder-Analysen der Delegationen: Es besteht in allen Nationen ein großer Handlungsbedarf, die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte zu verbessern. „Pädagoginnen und Pädagogen identifizieren sich auf besondere Weise mit ihrer Profession“, sagte GEW-Vorsitzende und BI-Vizepräsidentin für Europa, Marlis Tepe. Dieser innere Impetus und Anspruch an gute Arbeit dürfe nicht zu Lasten der Einzelnen oder des Einzelnen gehen. Dort, wo der Staat seiner Verantwortung und Aufgabe nicht gerecht werde und die Rahmenbedingungen nicht sichere und schütze, seien die Qualität der Arbeit und die Motivation der Lehrkräfte gefährdet. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) kündigte an, in der PISA-Studie 2021 zum ersten Mal das Wohlbefinden der Lehrkräfte sowie der Schülerinnen und Schüler aufzugreifen.



Foto: Susan Flocken/ETUCE

GEW-Delegation beim ISTP 2018

### Personalräte-Preis

Gesucht: aktive Personalräte und beispielhafte Projekte für den „Deutschen Personalräte-Preis 2018“. Die Auszeichnung, eine Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“, wird vom Bund-Verlag verliehen. Sie soll engagierter gewerkschaftlicher Arbeit öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung verschaffen. Ausgezeichnet werden Projekte und Initiativen, mit denen es gelingt, sich erfolgreich für Beamte und Tarifbeschäftigte einzusetzen oder deren berechnigte Interessen, zum Beispiel die Regelung von Arbeits- und Dienstzeiten, zu schützen. Noch bis zum 31. Mai können Kolleginnen und Kollegen ihre Aktivitäten – im Zeitraum von 2016 bis Anfang 2018 – unter [www.dprp.de](http://www.dprp.de) einreichen. Für die Teilnahme genügt eine Online-Bewerbung.

### Aufstieg nach A13 in Schleswig-Holstein

Freude bei der GEW Schleswig-Holstein: Die gut 7.000 Lehrkräfte an den 473 Grundschulen des Landes sollen künftig besser bezahlt werden. Darauf hat sich jetzt die Jamaika-Koalition in Kiel verständigt. So sollen nach dem Willen der Koalitionäre bis zum Jahr 2026 alle Grundschullehrkräfte von Besoldungsgruppe A12 stufenweise nach A13 aufsteigen. „Ein großer GEW-Erfolg, aber die Umsetzung des Aufstiegs muss viel schneller über die Bühne gehen“, sagte Landesvorsitzende Astrid Henke zu den in Kiel Mitte April vorgestellten Plänen der Landesregierung. Die zusätzlichen Personalkosten für den Aufstieg nach A13 beziffert die Koalition aus CDU, Grünen und FDP für das erste Jahr auf knapp zwei Millionen Euro. Die Mehrausgaben je Schuljahr belaufen sich ab 2026 auf mindestens 27,5 Millionen Euro. Die bisherige Einkommensdifferenz von A12 zu A13 soll ab dem Schuljahr 2020 in sechs Schritten ausgeglichen werden. Damit sollen nach den Worten von Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) die Grundschulen als Schulart – wohl mit Blick auf den Fachkräftemangel – deutlich gestärkt werden. Die GEW-Landeschefin sagte dazu, die Regierung erkenne endlich an, dass die Arbeit der Lehrkräfte in allen Schulformen gleichwertig ist. Dies sei zwar ein gewaltiger Fortschritt, allerdings habe die Sache einen Haken: „Die Landesregierung lässt sich für die Umsetzung der Besoldungsanpassung viel zu viel Zeit.“ Sechs Jahre bis zum endgültigen Erreichen von Besoldungsstufe A13 sei für die Grundschullehrkräfte ein langer Zeitraum, der die gute Absicht beträchtlich relativiert, bemängelte Henke und forderte „Nachbesserung“.

### Ausbildungsgarantie erforderlich

Schiefelage in der beruflichen Bildung: Eklatanter Fachkräftemangel auf der einen Seite, auf der anderen hatten – darauf weist die GEW hin – mehr als 2,1 Millionen junge Erwachsene im Alter von 20 bis 34 Jahren im vergangenen Jahr keinen Berufsabschluss – Tendenz steigend (s. DIESMAL S. 48). „Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal ersten Ranges“, sagte Ansgar Klinger, GEW-Vorstandsmitglied für berufliche Bildung und Weiterbildung, Mitte April mit Blick auf den Berufsbildungsbericht der Bundesregierung.

Einige Daten: Zwar ist die Zahl der Ausbildungsverträge erstmals seit 2011 leicht gestiegen und liegt bei gut 523.300. Doch die Quote der jungen Leute, die ihre Ausbildung abbrechen, ist mit über 25 Prozent sehr hoch; in einigen Berufen liegt sie sogar bei 50 Prozent und mehr. 291.924 junge Menschen sind im sogenannten Übergangssystem gelandet. Der Anteil der Betriebe, die ausbilden, ist erstmals unter 20 Prozent gesunken. Klinger: „Das sind Fehlentwicklungen, die ein genaues Hinsehen und Überprüfen der Ausbildungsqualität erfordern.“ In der von der Großen Koalition angestrebten Reform des Berufsbildungsgesetzes müsse die Politik diese Missstände aufgreifen und konkrete Gegenmaßnahmen entwickeln, mahnte der GEW-Experte an. „Statt also über den Fachkräftemangel zu jammern, sollten die Arbeitgeber klare Ausbildungs- und Berufsperspektiven schaffen“, forderte er. Dafür brauche es eine Ausbildungsgarantie. Diese könne mit der Novelle des Berufsbildungsgesetzes realisiert werden.

# Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie das Holzspiel „KUBB“.\*

## Prämie des Monats Mai: Holzspiel „KUBB“

Wer schon immer mal einen König stürzen wollte und Teamspiele im Freien liebt, braucht Kubb. Beim sogenannten Wikingerschach geht es um Treffsicherheit und gute Nerven.



**Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern**  
**[www.gew.de/praemienwerbung](http://www.gew.de/praemienwerbung)**

\*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

**Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!**

Per E-Mail: [mitglied-werden@gew.de](mailto:mitglied-werden@gew.de) | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Vorname/Name	GEW-Landesverband
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße/Nr.	Telefon Fax
<input type="text"/>	<input type="text"/>
PLZ/Ort	E-Mail

**Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

# „Sie werden uns nicht brechen“

Die argentinische Lehrkräftegewerkschaft SUTEBA demonstriert vor dem Regierungspalast in La Plata für höhere Löhne. 30.000 Lehrkräfte kamen Anfang April in die Provinzhauptstadt.



// Die seit 2015 regierende Mitte-Rechts-Regierung in Argentinien lässt wenig unversucht, um die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder zu drücken. Die Lehrkräftegewerkschaft SUTEBA widersetzt sich; ihren Anführer macht das zu einem verfolgten Mann. E&W hat Roberto Baradel begleitet – zu Land und zu Wasser. //



Foto: Jürgen Vogt

Ein Mann, der auf dem Boden kniet. Und eine Pistole, die auf den Kopf des Mannes zielt. Diese Szene erschien im März als Karikatur in der Lokalzeitung der argentinischen Kleinstadt Coronel Suárez. So würden, will der Karikaturist sagen, der Bildungsminister und damit die Regierung den wichtigsten Lehrkräftegewerkschafter Argentiniens, Roberto Baradel, am liebsten sehen, damit er Streiks und Proteste absagt. „Ich bin der meistverurteilte Gewerkschaftsführer Argentiniens“, sagt Baradel. Seit 2004 führt er die Vereinigte Gewerkschaft der Bildungsarbeitenden von Buenos Aires – das „Sindicato Unificado de Trabajadores de la Educación de Buenos Aires“, kurz SUTEBA.

Die Karikatur passt zu den anonymen Drohungen, die immer öfter in Baradels Mailbox landen. „Leg dich nicht weiter mit der Regierung an! Sonst kriegen es du und deine Gewerkschaft mit uns zu tun“, schrieb einer neulich. „Das ist eine neue Dimension“, sagt der Gewerkschaftschef und macht die Regierung verantwortlich: „Die schafft das Klima, in dem so etwas erst möglich ist.“

Seit zweieinhalb Jahren führt die Parteienallianz „Cambiamos“ („Lasst uns wandeln“) Argentinien nach rechts. Präsident Mauricio Macri übernahm das Land 2015 nach zwölf Jahren unter Néstor und Cristina Kirchner, die erfolgreich begannen, aber mit erheblichen wirtschaftlichen Problemen endeten, was den Weg für den knappen Sieg des Bündnisses ebnete. Cambiamos regiert nun im Bund, der Hauptstadt Buenos Aires und in der Provinz gleichen Namens, die den Metropoldistrikt umschließt und mit 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern nahezu 40 Prozent der Bevölkerung des Landes beherbergt. Mit Macri steht der Sohn eines Unternehmers an der Staatsspitze, der vor allem dank Staatsaufträgen ein Milliardenvermögen erwirtschaften konnte. Am Kabinetttisch sitzen fast nur Millionäre, viele tauschten Chefposten in Konzernen und Banken gegen ihr Ministeramt.

„Das ist eine Regierung von Reichen, die für die Reichen regiert“, sagt Gewerkschaftsführer Baradel. „Für diese Leute sind Gewerkschaften nur dann gut, wenn sie gar nicht erst existieren“, fügt

er hinzu und erzählt, wie die Provinzregierung die SUTEBA-Mitglieder zum Gewerkschaftsaustritt per Mausclick aufgefordert hatte. Wollten Lehrkräfte auf einer Regierungswebsite ihre monatliche Lohnabrechnung überprüfen, öffnete sich automatisch ein Zusatzfenster, das anbot: „Um auszutreten, klicken Sie auf den Link ‚Austritt‘. Wir informieren dann die Gewerkschaft, der Sie angehören.“ SUTEBA ließ sich das nicht bieten. „Wir haben Anzeige wegen Sittenwidrigkeit erstattet“, sagt Baradel, der glaubt, dass sich die Provinzregierung mit dieser Aktion selbst geschadet hat. „Das hat auch viele empört, die nicht in der Gewerkschaft sind.“

Mit ihren rund 100.000 Mitgliedern ist SUTEBA nicht nur die mit Abstand stärkste Einzelgewerkschaft im nationalen Dachverband der Bildungsarbeitenden „Confederacion de Trabajadores de la Educacion“ (CTERA), der mehr als 140 Bildungsgewerkschaften und Vereinigungen zusammenschließt. SUTEBA ist zugleich die stärkste Einzelgewerkschaft in der Provinz Buenos Aires, der weitaus größten der 24 argentinischen Provinzen. An rund 18.000 Bildungseinrichtungen – Kindergärten, Grund-, Mittel- und Abend-schulen – sind dort rund 320.000 Lehrkräfte und Erzieherinnen beschäftigt. Zum Vergleich: Im genauso stark bevölkerten Nordrhein-Westfalen waren 2017 168.366 Lehrkräfte voll-, teilzeit- und stundenweise sowie 98.358 Erzieherinnen und Erzieher beschäftigt.

Der Provinzregierung ist besonders der Arbeitsausfall ein Dorn im Auge. 2017 mussten im Monatsdurchschnitt für 117.000 Lehrkräfte Vertretungen gestellt werden, vor allem wegen Krankmeldungen. Kostenpunkt: 760 Millionen Euro; trotz eines Bildungshaushalts von 5,1 Milliarden Euro kein kleiner Betrag. Mit Anwesenheitsprämien versucht die Regierung gegenzusteuern.

### Wirkungsvoller Protest

Bildung ist in Argentinien erst seit 1997 Sache der Provinzen. Damals übertrug die Regierung von Präsident Carlos Menem den Großteil des Bildungswesens – ausgenommen die Universitäten – den Provinzen, schickte aber kein Geld dafür mit. Weil sich abzeichnete, dass Lehr-

kräfte in armen Provinzen des Nordens wesentlich schlechter bezahlt würden als ihre Kolleginnen und Kollegen im vergleichsweise wohlhabenden Patagonien, schlugen etwa 50 Lehrkräfte vor dem Kongressgebäude in der Hauptstadt Buenos Aires ein Zelt auf und begannen einen Hungerstreik, dem sich über 1.300 Lehrkräfte anschlossen. La Carpa Blanca („Das weiße Zelt“) wurde zum Symbol gegen die neoliberale Kahl-schlagpolitik.

Schließlich bewilligte die Regierung Menem die Einrichtung eines Nationalen Förderfonds für Lehrkräfte („Fondo Nacional de Incentivo Docente“, kurz FONID), aus dem ein Mindestlohn für alle Lehrkräfte in Argentinien finanziert werden sollte. Seither erhalten diese landesweit einen einheitlichen Mindestlohn, der jährlich ausgehandelt wird. Nach 1.003 Tagen Protest wurde das Zelt abgebaut. Einer der Hungerstreikenden war Baradel, damals noch Gewerkschaftssekretär in Lanús, einem Vorort im industriell geprägten Süden der Hauptstadt. „Die jetzige Regierung dreht das Rad zurück“, haderte Baradel, nachdem die Zentralregierung sich weigerte, nationale Lohnverhandlungen abzuhalten, mit dem Argument, Bildung sei allein Sache der Provinzen.

Die bisher letzte nationale Tarifrunde fand 2016 statt. Damals, kurz nach dem

Amtsantritt von Präsident Macri, wollte die neue Regierung vor allem Ruhe und gestand eine kräftige Mindestlohnerhöhung zu. Zusätzlich verfügte sie, dass Lehrkräfte mindestens 20 Prozent über dem allgemeinen Mindestlohn verdienen müssen; wenn dieser steigt, müsse auch ihr Salär automatisch angepasst werden. Die Lehrkräftegewerkschaften stimmten zu. Doch nur ein Jahr später lehnte die Regierung die Einberufung der nationalen Lohnverhandlungen ab – mit dem Hinweis auf die 20-Prozent-Klausel. Verhandelt wird seither nur auf Provinzebene.

Vor diesem Hintergrund hat der Arbeitskampf in der größten Provinz Buenos Aires Pilotcharakter. 2017 hatten die Lehrkräftegewerkschaften eine 35-prozentige Anhebung der Löhne gefordert, die Provinzregierung lediglich 17 Prozent angeboten. Beide Lager bewegten sich kaum. Vor den Parlamentswahlen im Oktober wollte die Regierung ebenso wenig nachgeben wie die dem Lager der Ex-Präsidentin Kirchner nahestehende SUTEBA, die um einen Senatorenposten kämpfte. Während des sechsmonatigen Arbeitskampfs griffen Regierung und konservative Presse Baradel wiederholt persönlich an und machten ihn für viele zum Hassobjekt. 17 Tage lang blieben die Schulen 2017 geschlossen. Nach Demonstrationsmär-

schen, öffentlichen Schulstunden und Bildungskarawanen einigten sich beide Seiten auf eine Lohnerhöhung von 27,4 Prozent. Das mag sich nach einer kräftigen Anhebung anhören, bedeutete aber für die Beschäftigten einen realen Kaufkraftverlust. Denn die Inflationsrate lag 2016 bei über 40 Prozent.

Um die Inflation deutlich zu senken und das Budgetdefizit von 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) abzubauen, will die Macri-Regierung die Kosten des öffentlichen Sektors reduzieren, der mehr als 40 Prozent des BIP beansprucht. „Diese Regierung ist entschlossen, die Löhne zu drücken. Und die Provinz von Buenos Aires soll damit anfangen“, sagt Baradel. Hartnäckig hält sich das Gerücht, die Regierung wolle den Förderfonds FONID spätestens 2019 abschaffen und die Lohnverhandlungen komplett den Provinzen übertragen. Doch die Gewerkschaften wollen dagegenhalten, notfalls auch auf dem Wasser.

### Protest im Flussdelta

Der Weg zur Grundschule Nr. 25 „Nuestra Señora del Rosario“ zieht sich durch die schlammbräunen Fluten im weitverzweigten Delta des Río Paraná, rund 40 Kilometer nördlich der Hauptstadt. „Diese Schule und sieben andere hier im Delta sollten geschlossen werden“, erzählt Baradel während der 90-minütigen Bootsfahrt. Das konnte verhindert werden, deshalb sei heute ein Tag zum Feiern.

„Unsere Schule ist 103 Jahre alt, wir haben acht Kinder im Kindergarten und neun in der Schule“, erzählt Direktorin Amelia Torrilla, die hier seit zwölf Jahren unterrichtet. „Gerade wollten wir mit den Vorbereitungen für das neue Schuljahr beginnen, da hieß es, dass unsere Schule geschlossen wird.“ Plötzlich habe die Nachricht auf der Internetseite für Mitteilungen an Lehrkräfte gestanden, ohne Hinweis, wer die Schließungen angeordnet hatte. „Keine Regie-

**SUTEBA-Chef Roberto Baradel mit Kindern der Grundschule „Nuestra Señora del Rosario“ im Delta des Río Paraná, 40 Kilometer nördlich von Buenos Aires: Fachsimpeln, wie man Flusswelse fängt.**



Fotos: Jürgen Vogt



„In Argentinien hat je eine Schule geschlossen, in der noch Schüler unterrichtet wurden“, sagt Torrilla.

Schnell merken die Kinder, dass der Mann aus dem Fernsehen da ist. Der sechsjährige Agustín freut sich besonders. Zwei passionierte Angler unterhalten sich jetzt auf Augenhöhe über den Fang von Flusswelsen. Am Ende erzählt der Junge Baradel von dem Tag, als die Schulinspektoren kamen und die Materialien der Lehrkräfte abgeholt hätten.

„Für diese Regierung ist alles nur ein Kostenfaktor“, sagt Torrilla, die wie alle betroffenen Lehrkräfte sofort an andere Schulen versetzt wurde. Dabei seien die Schulen im Delta, dessen Bewohnerinnen und Bewohner auf Hunderten Inseln leben, zugleich der einzige soziale Treffpunkt. „Mit Kajaks, Ruderbooten und Barkassen haben wir eine Sternfahrt aus den Kanälen vor den Gemeinderat gemacht.“ Eine landesweite Solidaritätswelle zwang die Regierung zum Zurückrudern.

Dass die Demonstration zu Wasser landesweit Aufsehen erregte, ist auch ein Erfolg der neuen Kommunikationsstrategie der Gewerkschaft. „Erstmals haben wir kurze Videos über die Schulen, die Betroffenen und von den Aktionen gemacht und über Facebook, Instagram und Twitter verbreitet“, erzählt Facundo Roman, bei SUTEBA für die audiovisuelle Kommunikation zuständig, „die Spots haben bewirkt, dass die großen Medien die Geschichte aufgreifen mussten.“ Die Regierung sei mit Kurzbotschaften via Facebook & Co. enorm erfolgreich. „Die simplifiziert ihre Mitteilungen, und die Leute gewöhnen sich daran“, so Roman. Wenn die Regierenden Haushaltskürzungen als „Optimierung der Mittel“ verkauft, müssten auch die Spots der Gewerkschaften die Dinge kurz und klar beim Namen nennen. Das sei ein komplizierter Anpassungsprozess, gerade für Gewerkschaftsführende alter Schule. „Wir mussten ihnen erklären, dass sie nicht mehr in Buchform reden können, sondern alles in einer Minute erklären müssen.“

### Neoliberale Zeiten

Es ist der dritte Streiktag im laufenden Schuljahr in der Provinz Buenos Aires. Statt vor den Tafeln im Klassenzimmer



**Direktorin Amelia Torrilla, deren Grundschule „Nuestra Señora del Rosario“ geschlossen werden sollte: „Keine Regierung in Argentinien hat je eine Schule geschlossen, in der noch Schüler unterrichtet wurden.“**

zu stehen, marschieren rund 30.000 Lehrkräfte Anfang April durch die Straßen der Provinzhauptstadt La Plata. Vor dem Palast der Provinzregierung protestieren sie für angemessene Löhne und gegen Einsparungen. Die Lehrkräftegewerkschaften fordern mindestens 20 Prozent und eine automatische Inflationsanpassung, die Provinzregierung bietet 15 Prozent. Streitpunkt ist abermals die Inflationsrate. Während die Regierung versichert, dass diese am Ende des Jahres bei 15 Prozent liegen wird, glauben nicht nur Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, sondern auch die meisten Ökonomen, dass auch dieses Jahr die 20-Prozent-Marke überschritten wird.

Unter den Protestierenden ist Maria Luque, Sportlehrerin an einer Grundschule in San Fernando, einem kleinen Ort vor den Toren der Hauptstadt. „Die ersten beiden Schultage nach den großen Sommerferien im März haben wir ebenfalls gestreikt“, sagt Luque. Mit ihrem Monatslohn von rund 650 Euro für täglich vier Unterrichtsstunden liegt sie im Provinzdurchschnitt eines Lehrkräftelohns. „Viele arbeiten einen doppelten Turnus, also acht Unterrichtsstunden pro Tag, um über die Runden zu kommen“, erklärt sie. „Unter der Vorgängerregierung wurde in die Breite investiert, soziale Integration war das Stichwort. Die jetzige Regierung setzt

auf die Auswahl der Besten, jeder sei für sein Vorankommen selber verantwortlich.“ Vieles erinnere sie an den Neoliberalismus der Menem-Zeit, als es wichtiger war, die Auslandsschulden zu bedienen, als in ein besseres Bildungssystem zu investieren. „Trotz der enormen sozialen Probleme ist das Schulsystem noch relativ gut. Das müssen wir verteidigen“, sagt die Sportlehrerin. Zudem sei die Schule oft der einzige Ort, an dem die Kinder zwei Mahlzeiten am Tag bekämen. Im dichtbesiedelten Gürtel um die Hauptstadt, in dem San Fernando liegt, lebt nahezu jeder Dritte unterhalb der Armutsgrenze. Die wird in Argentinien nach dem Wert eines Warenkorb für eine vierköpfige Familie bemessen und liegt bei 700 Euro. „Und der Provinz fällt nichts Besseres ein, als die Versorgung mit Frühstück und Mittagessen immer weiter zusammenzustreichen“, schimpft Luque. Die Provinzregierung versuche nicht nur einen Keil zwischen Lehrkräfte und ihre Gewerkschaften zu treiben, sondern auch zwischen Lehrkräfte, Gewerkschaften und Elternschaft, sagt Gewerkschaftsführer Baradel. Er gibt sich kämpferisch: „Sie werden uns weder brechen noch besiegen.“

Jürgen Vogt,  
Südamerika-Korrespondent u. a. für die taz,  
Buenos Aires

# Wenn Protest etwas bewirkt

**// In Burkina Faso war der 27. Januar ein denkwürdiger Tag in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Die Regierung und der Dachverband der 15 Lehrkräftegewerkschaften des Landes unterschrieben ein Abkommen, das die Arbeitsbedingungen wie auch die Verhältnisse im Bildungswesen verbessern helfen soll. Vorausgegangen waren drei Monate gewerkschaftlichen Protests. //**

„Für Lehrkräfte in Burkina Faso sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen sehr schwierig“, sagt Souleymane Badiel und nennt als Beispiel, dass Klassen mit mehr als 100, gelegentlich sogar über 200 Schülerinnen und Schülern keine Seltenheit seien. Der Generalsekretär des „Verbandes der Nationalen Gewerkschaften der Beschäftigten in Bildung und Forschung“ (F-SYNTER) sorgt sich auch um das Ansehen des Berufs in seinem Lande. Ein Lehrkräftegehalt sei zum Leben zu wenig, sagt Badiel. So stehe das Lehramt mittlerweile in dem Ruf, nur noch für jene attraktiv zu sein, die sonst gar nichts mehr werden könnten.

Das Bildungsministerium in der Hauptstadt Ouagadougou stellte sich im vorigen Jahr monatelang taub, als die Gewerkschaften über diese und andere Themen ins Gespräch zu kommen suchten. Als sich zu Beginn des neuen Schuljahres im Herbst noch nichts bewegt hatte, und die Regierung den Gewerkschaften obendrein eine Demonstration am 5. Oktober, dem „Welttag der Lehrkräfte“, verbot, wechselten diese in eine schärfere Gangart. Die 15 in der „Koordination der Bildungsgewerkschaften Burkina Fasos“ (Coordination Nationale des Syndicats de l'Education, kurz CNSE) zusammengeschlossenen Organisationen einigten sich auf ein gemeinsames Aktionsprogramm. Protestmärsche, kurzzeitige Arbeitsniederlegungen, Sitzstreiks in den Schulen, schließlich ein Benotungsstreik ließen die Regierung mürrisch werden.

Dabei war den Gewerkschaften nach Badiels Worten daran gelegen, nicht allein berufsständische Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, sondern zugleich Forderungen zu formulieren, die auf eine bessere Qualität des Unterrichts und einen breiteren Bildungszugang zielten. Sehr bewusst verzichteten sie auch auf lang anhaltende Streiks, die den Unterricht zum Erliegen gebracht sowie Sympathie und Verständnis in der Bevölkerung gefährdet hätten. Am 27. Januar schließlich stimmte die Regierung einer Vereinbarung zu. Unter anderem sol-

len staatliche Stipendien für Schülerinnen und Schüler aller Stufen, die im Zuge von Sparmaßnahmen abgeschafft worden waren, wieder eingeführt werden. Für dieses Jahr seien bereits 1.800 Stipendien bewilligt, sagt Badiel.

## Mehr Bildung für Mädchen

Vereinbart ist auch, die in der Vergangenheit im ganzen Land abgeschafften staatlichen Internate in allen 45 Provinzhauptstädten wieder einzurichten. Nach Badiels Worten ist dies von großer Bedeutung, um Mädchen aus ländlichen Regionen den Besuch weiterführender Schulen zu ermöglichen. In den Dörfern gibt es in der Regel lediglich Grundschulen; öffentliche Verkehrsmittel in nahegelegene Städte sind nur unzureichend verfügbar. Viele Eltern scheuen sich aber, ihre Töchter in die Stadt ziehen zu lassen, wenn sie dort nicht sicher, also in einem überwachten Internat, untergebracht sind.

Bis 2021 soll zudem jede Schule in Burkina Faso ein warmes Mittagessen anbieten können. Dies werde zahlreiche Kinder, die dem Unterricht bisher fernbleiben, zum Schulbesuch motivieren, erwartet Badiel. Schulgebühren sind, wie die Gewerkschaften ebenfalls gefordert hatten, bereits in diesem Jahr ermäßigt worden; sie sollen schrittweise für alle Schülerinnen und Schüler im Alter von sechs bis 16 Jahren verschwinden. Für die Lehrkräfte wurde im Januar eine Erhöhung des Wohnkostenzuschusses um 26 Prozent vereinbart. Diesen zahlt der Staat als Ausgleich, weil die Beschäftigten in den Schulen keine eigenen Büros haben. Eine Regierungskommission prüft derzeit weitere Forderungen der Gewerkschaften. Unter anderem, sagt Badiel, gehe es darum, dass künftig nur noch Lehrkräfte mit einer Mindestqualifikation eingestellt werden, an Primarschulen niemand mehr ohne Abitur, an Sekundarschulen niemand ohne einen universitären Masterabschluss.

Samuel Grumiau,  
Fachberater der Bildungsinternationale  
Aus dem Französischen: Winfried Dolderer,  
Historiker und Publizist

**Tausende Schüler, Studierende und F-SYNTER-Gewerkschafter protestierten Ende 2017 in Burkina Faso für ein freieres, besseres Bildungssystem und höhere Lehrkräftegehälter.**

# Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit Lösungen für Lehramtsanwärter/-innen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

**Wir bieten von der Krankenversicherung bis zur Dienstunfähigkeitsversicherung Schutz von Anfang an – komme, was wolle.**

- ✓ Garantierte Dienstunfähigkeitsrente bis zu 1.800 Euro möglich
- ✓ Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar
- ✓ Krankenversicherung zur Beihilfe mit Ausbildungskonditionen

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: [www.DBV.de](http://www.DBV.de)



Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der

Gewerkschaft **GEW**  
Erziehung und Wissenschaft

# Der unmögliche Klassenkampf

**// In Uganda kämpft die Lehrkräftegewerkschaft UNATU seit Jahrzehnten für höhere Gehälter. Bildungsministerin ist seit 2016 die Präsidentengattin Janet Museveni. Ob das die Lage verbessert oder verschlimmert, ist noch offen. //**

„Unsere Schülerinnen und Schüler gehen durch die Schule, doch die Schule geht nicht durch sie“, so fasst Phillip Duluga die Misere des Bildungssystems Ugandas in einem Satz zusammen. Der Generalsekretär der Lehrkräftegewerkschaft „Uganda National Teachers' Union“ (UNATU) sitzt in seinem engen, vollgestopften Büro im ersten Stock des „Haus des Lehrers“ im Zentrum der Hauptstadt Kampala, neben ihm sein Stellvertreter Filbert Baguma. Die beiden brüten über dem Entwurf eines „Weißbuchs für nationale Bildung“, das sie der Regierung unterbreiten wollen. Hinter ihnen türmen sich auf überladenen Regalbrettern Aktenordner voller Konzeptpapiere: Vorschläge, wie das Schulsystem zu retten sei. Regelmäßig schickt die Gewerkschaft Empfehlungen an die Regierung – vergeblich. Die UNATU ist mit knapp 140.000 Mitgliedern die älteste und größte

Gewerkschaft in Uganda. Das kleine Land in Ostafrika ist ein typischer Agrarstaat: Die meisten Menschen sind Kleinbauern, die Wirtschaft ist nur wenig industrialisiert. Es gibt lediglich 31 Gewerkschaften, neben der Lehrkräfte- und Ärztegewerkschaft sind die meisten im Transportsektor aktiv. Der nationale Gewerkschaftsdachverband stellt vier Abgeordnete im Parlament, immerhin. Doch Einfluss auf die Politik auszuüben, sei schwierig, erklärt Generalsekretär Duluga. Das politische System sei durch und durch korrupt; das mache den Klassenkampf zum Ding der Unmöglichkeit.

Seit knapp zwei Jahrzehnten kämpfte die Lehrkräftegewerkschaft für höhere Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen, um den Beruf wieder attraktiv zu machen, erzählt ihr Generalsekretär. Uganda war in Sachen Bildung einmal ein Musterland in Afrika. 1997 wurde mit Hilfe internationaler Gelder die kostenlose Grundschulbildung eingeführt, zehn Jahre später folgte die Sekundarbildung. Das war ein großer Schritt – das Land hat mit statistisch sechs Kindern pro Familie eine der höchsten Geburtenraten weltweit. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung beträgt 16 Jahre, sprich: Knapp drei Viertel der

rund 43 Millionen Menschen sind im schulpflichtigen Alter.

## Run auf die Schulen

Für Millionen Kinder ging mit der kostenlosen Bildung ein Traum in Erfüllung. Ein Sturm auf die Klassenzimmer setzte ein: Binnen kurzer Zeit verdoppelte sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler auf über acht Millionen. Verliererinnen und Verlierer waren damals vor allem die Lehrkräfte: „Es gab nicht genügend Schulen, nicht genügend große Klassenzimmer und vor allem nicht genügend Lehrkräfte im Land“, erinnert Duluga sich. Die Regierung plante damals auf dem Papier pro Lehrkraft 53 Schülerinnen und Schüler je Klasse. In Wirklichkeit, so der UNATU-Vertreter, seien es laut einer Umfrage von 2011 120 gewesen – die gar nicht alle auf die vorhandenen Schulbänke passten. Viele Lehrkräfte unterrichteten jahrelang in Kirchen oder auf dem Hof, im Schatten eines Mangobaums.

Der Beruf sei unattraktiv, konstatiert Duluga. 84 Prozent würden laut einer Mitgliederbefragung von 2016 gern ihren Job wechseln. An staatlichen Grundschulen beträgt das Gehalt der Pädagoginnen und Pädagogen gerade einmal umgerechnet 100 Euro pro Monat – für den Unterricht in total überfüllten Klassenzimmern. „Das reicht hinten und vorn nicht“, klagt der Gewerkschaftschef, „und es führte bei vielen zur totalen Überbelastung.“ Die Folgen: Alkoholmissbrauch sowie Bestechungsfälle nahmen zu; gute Lehrkräfte heuerten lieber an besser zahlenden Privatschulen an. Wer an einer der staatlichen Schulen bleibt, sucht sich häufig einen zweiten Job, beispielsweise als Taxifahrer – und fehlt somit oft im Unterricht.

**Mit der kostenlosen Bildung ging für Millionen Kinder in Uganda ein Traum in Erfüllung. Nach dem Sturm auf die Schulen platzten die Klassenzimmer aus allen Nähten, vor allem: Es gab nicht genug Lehrerinnen und Lehrer. Laut UNATU kamen 2011 auf eine Lehrkraft 120 Schüler.**



Foto: dpa

So erkläre sich dann, fährt Duluga fort, warum Uganda eine der höchsten Fehlstundenzahl von Lehrkräften aufweist – weltweit.

Seit Jahrzehnten kämpft die UNATU nicht nur um Gehaltserhöhungen, sondern auch für weitere Zuwendungen, um den Beruf attraktiver zu machen: Zuschläge für die Anreise, wenn die Schule weit weg liegt, kostenlose Mittagessen, eine unentgeltliche Krankenversicherung, Rentenerhöhungen. Die Liste der Forderungen sei lang, erklärt Duluga. Doch die Politik sage immer wieder: Dafür ist das Geld nicht da.

### Musevenis Taktik

Mit Streiks hat die UNATU schlechte Erfahrungen gemacht: 2011, kurz vor den Wahlen, begehrten die Lehrkräfte auf und gingen auf die Straße. Wochenlang fiel in allen staatlichen Schulen der Unterricht aus – einer der wenigen Streiks in Uganda. Im ganzen Land standen Examen an und drohten wegen des Streiks auszufallen. Präsident Yoweri Museveni, der das Land seit 1986 regiert, geriet unter Druck. Das Thema Bildung ist aufgrund der Geburtenrate ein heißes Eisen; Museveni fürchtete um Wählerstimmen. Er lud die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in seinen Palast ein und versprach ihnen damals ein Sonderpaket: Mehr als eine Million Euro im Jahr sollten für Lehrkräftegehälter zusätzlich ausgegeben werden – über einen Fonds. „Der Präsident hatte uns versprochen, dass UNATU diesen Fonds verwaltet“, erinnert sich Duluga. Das klang nach einem Sieg.

Doch es kam ganz anders: Ausbezahlt wurde das Geld letztlich an das Bildungsministerium. Der damalige Staatssekretär Alex Kakooza, der das Geld dort verwaltete, gründete kurzerhand eine Kooperative bzw. eine Mikrofinanzorganisation\*, genannt UTSCCU, Uganda Teachers Credit and Savings Cooperative Union – in Konkurrenz zur UNATU. Diese bekam letztlich die Hoheit über den Fonds. Ein typisches Manöver des 73-jährigen Präsidenten Museveni – schon immer spaltete und schwächte er politische Kräfte nach dem Prinzip „Teile und herrsche“. Duluga wirkt entmutigt: „Letztlich hat unser Kampf dazu geführt, dass unsere Mitglieder zur Konkurrenz



Foto: Simone Schindwein

**Gerade mal 100 Euro im Monat verdienen Ugandas Lehrkräfte – für den Unterricht in völlig überfüllten Klassenzimmern. „Das reicht hinten und vorn nicht“, sagt der Generalsekretär der Lehrkräftegewerkschaft UNATU, Phillip Duluga (rechts) und „führte bei vielen zur totalen Überlastung“ – sowie zum Zweitjob als Taxifahrer. Links: Dulugas Vorstandskollege Filbert Baguma.**

überliefen – und wir standen als Verlierer da.“ Das sei Politik in Uganda. Dem Präsidenten wiederum war die Misere im Bildungssektor nicht entgangen. Um Reformen durchzuziehen, machte er nach der vergangenen Wahl seine Ehefrau Janet Museveni zur Bildungsministerin. Duluga schmunzelt etwas über diese Ernennung. Die neue Bildungsministerin hat erst im Alter von 67 Jahren ihren Master nachgeholt, kurz bevor sie das Amt antrat. „Das war eine politische Entscheidung – der Präsident wollte damit Wählerstimmen holen“, sagt Duluga. Analysten vermuten hinter der Ernennung ein Kalkül: Janet Museveni soll das korrupte Bildungssystem aufräumen. Im Land gilt sie als die Mutter der Nation.

### Bildungs-Inventur

Doch Duluga hält von der Präsidentengattin nicht viel, so scheint es. Direkt nach ihrem Amtsantritt 2016 lud sie UNATU-Vertreterinnen und -Vertreter zu Verhandlungen in ein Luxushotel ein. In ihrer Rede versprach sie den Lehrkräften Lohnerhöhungen von 50 Prozent, im Gegenzug zu stetiger Anwesenheitspflicht. Für Duluga klingt das wie „alter Wein in neuen Schläuchen“, wie er sagt. Die UNATU forderte eine Gehaltserhöhung von 100 Prozent, konnte sich gegenüber der Bildungsministerin und First Lady aber nicht durchsetzen. Doch immerhin: Die Ministerin startete eine Inventur des

Bildungssystems. Landesweit wurden Schulen, Schüler und Lehrkräfte gezählt, um den Bedarf an neuen Stellen und Stühlen im Klassenzimmer zu ermitteln. Museveni hat es auch geschafft, ihrem Gatten mehr Geld aus der Staatskasse zu entlocken: Im aktuellen Haushaltsjahr steht der Bildungssektor auf Platz drei der Staatsausgaben, nach Infrastrukturprojekten und der Entwicklung des Energie- und Ölsektors: umgerechnet rund 560 Millionen Euro, immerhin 17 Prozent des Staatsbudgets. Doch Ministerin Museveni zeigt sich unzufrieden. Weitere vier Millionen Euro würden fehlen, um die geplanten 4.700 Lehrerstellen zu finanzieren, erklärte sie.

Deswegen zermarnern sich jetzt die Gewerkschafter im Haus des Lehrers in Kampala den Kopf. In dem „Weißbuch“ stünde die Gehaltserhöhung für Lehrkräfte an oberster Stelle, so Duluga. Denn: Man kann noch so viele Schulen bauen und noch so viele Kinder einschulen – ohne genügend motivierte Lehrkräfte sei Ugandas Schulsystem nicht zu retten, sagt er.

Simone Schindwein,  
taz-Korrespondentin, Kampala

**\*In Uganda heißen diese Mikrofinanzorganisationen, die auch die UNATU hat, „Teachers Sacco“.**

# Im Kampf gegen das eigene Volk

**// Seit der Wahl von Rodrigo Duterte zum Präsidenten machen die Philippinen international traurige Schlagzeilen; vor allem wegen massenhafter Hinrichtungen von vermeintlichen Drogenabhängigen. Die offizielle Statistik spricht von rund 4.000 in Polizeioperationen getöteten „Drogendealern“, Menschenrechtsorganisationen gehen von bis zu 20.000 Todesopfern aus. //**

Zusätzlich wird der Inselstaat von Krisen geplagt, die weniger im Fokus der Medien sind – aber nicht weniger grausame Folgen haben. Eine große Herausforderung ist der sogenannte Islamische Staat (IS). Seit dieser aus Syrien und dem Irak vertrieben wird, ziehen viele seiner Kämpfer auf die Philippinen. So erlitten die Menschen in der Stadt Marawi auf der im Süden gelegenen Insel Mindanao, wo der IS Ausbildungslager betreibt, jüngst schwere Schäden. Fünf Monate hielten IS-Anhänger Marawi besetzt; erst im Oktober 2017 kam die 200.000-Einwohner-Stadt wieder unter Regierungskontrolle. Über 1.000 Menschen starben durch den Häuserkampf um Marawi. Nun nutzt Präsident Duterte diesen Konflikt aus, um andere Probleme loszuwerden. Obwohl die Kämpfe in einem kleinen Teil Mindanaos stattfanden, erklärte der Präsident den Ausnahmezustand für die ganze Insel. Ziel sei, den Widerstand der dort lebenden indigenen Lumad-Völker gegen internationale Erdbau-Firmen gleich mit zu beenden, klagen Menschenrechtler, die Opposition und die Lumad.

## Indigene im Fokus

In den vergangenen Jahren errichteten lokale und internationale Nichtregierungsorganisationen in der Region der Lumad zunehmend Schulen. Dort lernten die Kinder lesen und schreiben, erklärt Raymond Basilio, Generalsekretär der Alliance of



März 2018: Protest gegen die Drogenpolitik des philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte in der Hauptstadt Manila

Concerned Teachers (ACT), der größten Lehrkräftegewerkschaft der Philippinen (siehe Interview S. 16). Das habe die indigenen Menschen in die Lage versetzt, die Verträge mit internationalen Firmen zu verstehen, die sie unterschreiben mussten. Seitdem regt sich massiver Widerstand gegen diese Unternehmen sowie für den Schutz der Bodenschätze und der Natur.

Um diesen Widerstand zu brechen, geht Duterte mit Gewalt vor. Im Oktober 2017 erklärte er Lehrkräfte, politische Führer der Lumad und Menschenrechtler zu Terroristen. Er werde die Schulen bombardieren lassen, kündigte er an. Obwohl er wenige Tage später zurückruderte, betont die Opposition, dass bereits vor seiner Erklärung Bomben auf Schulen gefallen und Lehrkräfte getötet worden seien. 81 Schulen seien demnach nicht mehr nutzbar. Paramilitärs, unter Kontrolle der Militärs, terrorisierten Aktivisten und die Bevölkerung. ACT-Lehrkräfte stehen in dem Konflikt an vorderster Stelle und beklagen bereits tote Kolleginnen und Kollegen. Die internationale Bildungsgewerkschaft Education International (EI) warnt vor einer humanitären Katastrophe\*.

Wirtschaftlich geht es dem Land offiziell bestens. Für 2018 wird ein Wachstum von 6,7 Prozent erwartet. Doch die Inflation steigt und die Verteilung ist extrem ungerecht. Laut der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) leben 21,6 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner unter der Armutsgrenze; weitere 10,8 Prozent verdienen täglich weniger als 1,90 US-Dollar.

Auch im Bildungssektor ist die Auswanderung weit verbreitet. Vor allem gut ausgebildete Lehrerinnen zieht es etwa nach Australien oder Singapur, um dort für ein wesentlich höheres Gehalt als Hausmädchen zu arbeiten.

Diese Entwicklungen sorgen für wachsende politische Spannungen. Duterte wirft mehreren oppositionellen Gruppen vor, den Terror zu unterstützen; die Mitglieder der Opposition hingegen schließen sich zunehmend gegen den Präsidenten zusammen. Der antwortet mit noch mehr Autoritarismus. Dabei befürchtet er offensichtlich auch den Verlust seiner Macht. Ein Zeichen dafür ist sein Unwillen, die Menschenrechtslage international bewerten zu lassen. Mitte März zog er die Philippinen vom Internationalen Strafgerichtshof zurück. Dabei hat Duterte erst ein Drittel seiner Amtszeit hinter sich. Ob er bis zu den Wahlen in 2022 durchhalten kann, steht in den Sternen.

Cem Sey,  
freier Journalist für deutsch- und türkischsprachige Medien, Singapur

\* „Philippines: Criminalisation of indigenous leaders and human rights defenders“ (Education International): [bit.ly/ei-crimi-indigen](http://bit.ly/ei-crimi-indigen)

# DAS LEBEN IST WISSEN. BLEIB NEUGIERIG!

## KLASSENFAHRT IN DIE JUGENDHERBERGE

Tipps und Programmangebote:  
[jugendherberge.de/klassenfahrten](http://jugendherberge.de/klassenfahrten)



# „Das schaffen wir!“

**// Die größte philippinische Lehrkräftegewerkschaft ACT ist optimistisch, dem Treiben des autoritären Präsidenten Duterte bei der nächsten Wahl ein Ende zu bereiten. Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden Raymond Basilio. //**

**E&W:** Bildungsministerin Leonor Briones stand Ihrer Organisation immer nahe. Hilft das den Lehrkräften?

**Raymond Basilio:** Das war früher. Sie versprach viele Reformen, doch die Probleme werden größer. Briones akzeptiert unsere Forderungen nach mehr Gehalt nicht. Sie meint, wir werden gut bezahlt, obwohl das Grundgehalt an öffentlichen



Raymond Basilio

Schulen knapp 320 Euro monatlich beträgt. Das ist sehr wenig. 80 Prozent der Lehrkräfte sind verschuldet und müssen ständig neue Kredite aufnehmen, um alte zu begleichen. Dann gehen sie ohne Absicherung in Rente.

**E&W:** Die Verfassung räumt der Bildung Vorrang ein. Dennoch haben Sie es schwer, Gehaltserhöhungen durchzusetzen?

**Basilio:** Wegen eines Abkommens mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank begleicht die Regierung mit 40 Prozent des Haushalts Staatsschulden. Wie sich die restlichen 60 Prozent verteilen, wird jedes Jahr neu entschieden. Der Bildungssektor zieht immer den Kürzeren.

**E&W:** Wie sind die Arbeitsbedingungen?

**Basilio:** Lehrkräfte arbeiten mindestens acht, manche bis zu zehn Stunden am Tag. Die Klassenzimmer sind überfüllt, eng und stickig. Es fehlt an Material; manche Lehrkräfte nehmen Kredite auf, damit die Kinder Bücher bekommen. Außerdem müssen wir laut Dienstnotstandsgesetz zweckfremde, unbezahlte Arbeit übernehmen.

**E&W:** Können Gewerkschaften dagegen vorgehen?

**Basilio:** Theoretisch haben wir das Recht, uns zu organisieren. Doch wenn wir eine Aktivität anmelden, wird sie verboten. Früher gab es Ausschüsse, in denen sich Vertreter der Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft und des Ministeriums trafen, um die Probleme zu diskutieren. Diese hat Ministerin Briones aufgelöst. Sie trifft alle Entscheidungen alleine.

**E&W:** Sie oder Präsident Rodrigo Duterte?

**Basilio:** Beide sind Diktatoren. Deshalb fordern Lehrkräfte ihren Rücktritt. Sie nennen sie eine Lügnerin, weil sie behauptet, dass Lehrkräfte ihr Gehalt für Autos oder Reisen ausgeben. Die Pädagogen sind wirklich sauer auf sie.

**E&W:** Sie hoffen dennoch auf ein Treffen mit ihr oder dem Präsidenten?

**Basilio:** Wir versuchen, mit beiden zu sprechen. Die Ministerin hat jedoch schon verlauten lassen, dass sie das nicht will; angeblich, weil wir sie respektlos behandeln. Also hoffen wir auf einen Termin mit Duterte. Das ist unser sechster Versuch. Vor der Wahl hat er versprochen, das Lehrkräftegehalt zu verdoppeln. Danach wollen wir fragen.

**E&W:** Erwarten Sie etwas von diesem Treffen?

**Basilio:** Nach öffentlichen Protesten 2017 wies Duterte das Bildungsministerium an, die blockierten Zuschüsse auszuzahlen. Kürzlich wurden sie freigegeben. Er verkündete auch, unsere Gehälter erhöhen zu wollen. Begleitet von öffentlichem Druck könnte das Treffen etwas bringen. Ich glaube, dass er Angst vor uns hat, weil wir Proteste und Streiks ankündigten.

**E&W:** Bei der Präsidentschaftswahl haben Sie ihn unterstützt.

**Basilio:** Weil er die Verdopplung unserer Gehälter, neue Lehrpläne und weniger Steuern versprach. Stattdessen erhöht er die Gehälter der Militärs und der Polizei, nicht aber der zivilen Angestellten. Anstatt Steuern zu senken, hat er die Mehrwertsteuer erhöht. Das trifft vor allem Geringverdiener. Tausende Bürger werden getötet, weil sie angeblich Drogenabhängige sind. Gleichzeitig werden Drogenbarone freigelassen, die gerade zugaben, dass sie welche sind.

**E&W:** Dennoch ist er populär.

**Basilio:** Das ist traurig. Er hat Rückhalt in der Bevölkerung, weil er deren Sprache spricht. Duterte liefert durch eine Troll-Armee im Internet eine verfälschte Realität. Da die meisten Menschen sich Zeitungen nicht leisten können, informieren sie sich auf Facebook und halten das für Realität.

**E&W:** Glauben Sie, das ändern zu können?

**Basilio:** Seine Popularität erodiert. Wir haben eine „Bewegung gegen die Tyrannei“ initiiert, in der politische Gruppen, Parteien, die Kirche, Vertreterinnen und Vertreter der Armen, der Bauern und der Arbeiter zusammenkommen. Gemeinsam rufen wir die Bevölkerung zum Widerstand auf. Das schaffen wir!

Interview: Cem Sey, freier Journalist für deutsch- und türkischsprachige Medien, Singapur

## Zur Person

Raymond Basilio ist Generalsekretär der größten Lehrkräftegewerkschaft der Philippinen, der Alliance of Concerned Teachers (ACT). Die ACT vertritt die Interessen des Lehrpersonals in öffentlichen Schulen. Sie tritt zudem bei Parlamentswahlen an und stellt zwei Abgeordnete. C.S.



# Generationenwechsel in der BI

// Seit 1993 kämpft die Bildungsinternationale (BI) auf der ganzen Welt für die Rechte der im Bildungsbereich Beschäftigten. //

Die Berufung des 43-jährigen US-Amerikaners David Edwards (s. S. 2 Gastkommentar) zum neuen Generalsekretär der Bildungsinternationale (Education International) zum 1. März 2018 markiert einen Generationenwechsel an der Spitze der globalen Gewerkschaftsföderation. Edwards folgte dem Niederländer Fred van Leeuwen, der nach 25 Jahren als Generalsekretär der Weltorganisation in den Ruhestand ging. Van Leeuwen war einer der Architekten der BI, die 1993 als Zusammenschluss der zwei internationalen Lehrkräfteorganisationen IFFTU und WCTPO entstand.

Heute repräsentiert die BI rund 400 Bildungsgewerkschaften mit insgesamt 32 Millionen Mitgliedern und ist damit größter Branchengewerkschaftsbund. Sie hat ihren Sitz in Brüssel und unterhält Regionalbüros in Accra (Ghana), Kuala Lumpur (Malaysia), San José (Costa Rica) und Beirut (Libanon). Die BI macht sich für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung, berufliche Standards und gute Arbeitsbedingungen der

Bildungsarbeiterinnen und -arbeiter stark. Mit Veranstaltungen, Studien und Kampagnen informiert sie die Öffentlichkeit und macht Druck gegen Privatisierung von Bildung und für die Freilassung von Lehrkräften, die wegen gewerkschaftlicher Arbeit kriminalisiert oder bedroht werden. ETUCE (European Trade Union Committee for Education), die europäische Regionalorganisation der BI, ist anerkannter Partner des sektoralen sozialen Dialogs der Kommission der Europäischen Union (EU) und wird von dieser regelmäßig konsultiert. Höchstes Organ der BI ist der alle vier Jahre tagende Weltkongress, der den Vorstand wählt und die Leitlinien der Politik festlegt. Beim Weltkongress 2015 im kanadischen Ottawa wurde die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe zur BI-Vizepräsidentin für die europäische Region gewählt. Der nächste BI-Weltkongress soll im Juli 2019 in Bangkok stattfinden.

Manfred Brinkmann,  
Referent für Internationales beim GEW-Hauptvorstand

Die Bildungsinternationale im Internet: <https://ei-ie.org/en>



## Habichtswald-Klinik

Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde  
Psychosomatik · Innere Medizin · Onkologie

### Leisten Sie pädagogische Schwerstarbeit?

### Fühlen Sie sich ausgebrannt und müde?

... bei uns können Sie wieder Atem schöpfen und neue Kraftquellen erschließen.

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen. Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z.B. bei Burnout, Tinnitus, Depression oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) oder gebührenfrei\* unter 0800 890 11 00.

Habichtswald-Klinik · Wigandstraße 1 · 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe

# Wenn Nichtstun keine Option ist

**// Fast zwei Jahre nach dem Putschversuch und in Zeiten des Ausnahmezustands wird das Bildungssystem in der Türkei auf eine stramm islamische Linie gebracht. Die GEW-Partnergewerkschaft Eğitim Sen und ihre Mitglieder stehen unter massivem staatlichen Druck. //**

Für Lehrkräfte in der Türkei gibt es derzeit wenig zu lachen. Die meisten stehen vor völlig überfüllten Klassen, an allen Ecken und Enden fehlt Personal, während die Regierung dabei ist, das ehemals säkulare Bildungssystem auf einen stramm islamischen Kurs umzusteuern. Wer nicht mitmachen will, etwa als Mitglied oder gar Funktionär der demokratischen Lehrkräftegewerkschaft Eğitim Sen, muss froh sein, wenn er oder sie überhaupt noch unterrichten darf. Tausende Lehrkräfte verloren seit dem Putschversuch im Juli 2016 ihre Jobs, etliche flüchteten ins Ausland oder sitzen im Gefängnis.

Özgür Bozdoğan, Vorstandsmitglied von Eğitim Sen, berichtet, dass seit der Ver-

hängung des Ausnahmezustands Ende Juli 2016 insgesamt 36.000 Lehrkräfte sowie 4.000 Akademikerinnen und Akademiker per Dekret entlassen worden seien: „Warum, erfahren die Menschen nicht; allein die Mitgliedschaft in Eğitim Sen kann als Grund ausreichen.“ Solche Entlassungen auf Anweisung des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan kommen ohne Vorwarnung und werden auch nicht begründet. Die Namen der Entlassenen erscheinen auf einer von der Regierung veröffentlichten Liste, das wars. Widerspruch ist nicht möglich, Klagen vor Gericht sind während des Ausnahmezustands nicht zulässig. Trotzdem sind die Entlassungen nicht wahllos, sondern treffen klar definierte Zielgruppen.

Unmittelbar nach dem gescheiterten Putsch ging es vor allem gegen die Bildungseinrichtungen der Gülen-Bewegung. Bis 2013 zählte diese zu den maßgeblichen Unterstützern der AKP-Regierung und des Präsidenten. Die Gülen-Bewegung hatte wie die AKP das Ziel der Reislamisierung der Türkei; ihre Schulen und Privatuniversitäten waren der AKP hochwillkommen. Ende 2013

kam es jedoch zwischen den Verbündeten zum Bruch – die Gülen-Bewegung war Erdoğan zu mächtig geworden –, was zu einer erbitterten Feindschaft führte. Der türkische Präsident drohte mit Schließung der Gülen-Schulen, was aber nicht so einfach war.

## Tausende Verhaftungen

Das änderte sich nach dem Putschversuch, für den Erdoğan die Gülen-Bewegung verantwortlich macht. Nur Stunden nach dem versuchten Umsturz wurden landesweit Tausende Gülen-Anhängerinnen und -anhänger verhaftet und Hunderte Gülen-Schulen und Privatuniversitäten geschlossen. Sämtliche Lehrkräfte wurden entlassen und hatten in der Regel keine Chance, an einer öffentlichen Schule eingestellt zu werden.

Wer damals gehofft hatte, der Putschversuch würde lediglich zu einem Kampf innerhalb des islamischen Lagers führen, sah sich bald getäuscht. Erdoğan nutzte die Gelegenheit des Ausnahmezustands, um im Bildungsbereich insgesamt aufzuräumen. Schon einige Jahre zuvor hatte er gesagt, Ziel der Bildungspolitik müsse sein, wieder eine „religiöse Generation“ zu erziehen – deshalb wurden ja auch die Schulen der Gülen-Bewegung stark unterstützt. Seit dem Putschversuch soll nun nicht nur die islamische Konkurrenz beseitigt, sondern es sollen auch die säkularen Widerstände in den Bildungseinrichtungen gebrochen werden.

Als erste traf es offene Kritikerinnen und Kritiker der Regierung. Auf einen Schlag wurden Anfang 2017 in den kurdischen Gebieten mehr als 11.000 Lehrkräfte entlassen, weil diese bei einem eintägigen Ausstand gegen die staatliche Gewalt in den kurdischen Städten protestiert hatten. Allein in Diyarbakır, der größten überwiegend kurdisch bewohnten Stadt in der Türkei, verloren 4.314 Lehrkräfte ihre Stelle, das ist ein Viertel aller Pädagoginnen und Päd-



Foto: dpa

**Tausende Lehrkräfte verloren seit dem Putschversuch im Juli 2016 in der Türkei ihre Jobs, etliche flüchteten ins Ausland oder sitzen im Gefängnis. In den kurdischen Gebieten wurden seit Anfang 2017 mehr als 11.000 Pädagoginnen und Pädagogen per Dekret aus dem Schuldienst entlassen, weil sie gegen die staatliche Gewalt in Städten wie in Diyarbakır protestiert hatten.**

gogen an den öffentlichen Schulen der Stadt. Seitdem herrscht dort sowie in anderen Städten im Südosten des Landes offener Bildungsnotstand. 60 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse sind keine Seltenheit; viele Kinder gehen gar nicht mehr in die Schule.

Neue Lehrkräfte werden nur schleppend und zumeist nur provisorisch mit einem befristeten Honorarvertrag eingestellt. Dass das „normale“ Schulsystem dadurch schweren Schaden nimmt, wird von der Regierung nicht nur in Kauf genommen, sondern geradezu angestrebt. Angeboten wird den Eltern eine Alternative, die zur ideologischen Ausrichtung der Regierung besser passt: die sogenannten Imam-Hatip-Schulen, die ursprünglich nichts anderes als Berufsschulen für Prediger oder Ausübende verwandter Tätigkeiten rund um die Moscheen waren. Sie haben einen starken religiösen Schwerpunkt, Jungen und Mädchen werden getrennt unterrichtet, Mädchen tragen Kopftuch. Weil sie vor dem Machtantritt der AKP 2002 die einzigen Schulen waren, in denen Mädchen ein Kopftuch tragen durften, besuchten weit mehr Kinder konservativ-religiöser Familien diese Schulen als Prediger gebraucht wurden. Auch Erdoğan ist Absolvent einer Imam-Hatip-Schule.

Die AKP setzte relativ schnell durch, dass Absolventen dieser Schulen im Anschluss nicht nur Theologie studieren, sondern, bei der nötigen Punktzahl in der Uni-Aufnahmeprüfung, jedes Studium beginnen können. Seit 2012 baut die AKP die Imam-Hatip-Schulen aggressiv als Regelschulen aus. Ein entlassener Eğitim-Sen-Vorstand in Diyarbakır, Faisal Korkmaz, berichtete bereits im Februar 2017, die einzigen Schulen in der Stadt mit genügend Lehrkräften und einer guten Ausstattung seien die Imam-Hatip-Schulen. Korkmaz: „In den vergangenen zehn Jahren hat ihre Anzahl dramatisch zugenommen, von früher 2 auf jetzt 40 Prozent aller Schulen in Diyarbakır.“

In anderen Landesteilen ist es nicht viel anders. Auf ihrem zehnten Gewerkschaftstag im Mai 2017 beklagten die Delegierten von Eğitim Sen eine dramatische „Islamisierung“ des Bildungssystems. Ständig würden „normale“ staatliche Schulen in Imam-Hatip-Schulen



Foto: Feray Aytekin Aydoğan/Eğitim Sen

**Die GEW-Partnergewerkschaft Eğitim Sen demonstrierte Anfang 2018 in Ankara gegen die Islamisierung des Bildungssystems und die massiven Entlassungswellen an den Schulen. Die Entlassungen sind nicht wahllos, sondern treffen klar definierte Zielgruppen. Laut Eğitim Sen kann allein die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ein Kündigungsgrund sein.**

umgewandelt oder in die Trägerschaft fundamentalistischer islamischer Organisationen übergeben. Das hat nicht nur Folgen in der Organisation der Schulen, sondern vor allem bei den Inhalten. Im Geschichtsunterricht geht es jetzt vorwiegend um das Leben Mohammeds und der folgenden Kalifen, statt Englisch wird Arabisch zunehmend erste Fremdsprache, die Evolutionstheorie verschwindet zugunsten der koranischen Lehre aus dem Unterricht. Zwar sind die Entlassungswellen knapp zwei Jahre nach dem Putschversuch und in einem anhaltenden Ausnahmezustand etwas abgeebbt; das Ziel einer neuen Bildungspolitik ist allerdings auch nahezu erreicht. Die säkularen Bildungsinstitutionen sind stark geschwächt, ebenso wie die einst starke und kämpferische Gewerkschaft Eğitim Sen. Das Gleiche gilt für den Gewerkschaftsdachverband für den öffentlichen Dienst, KESK (Kamu Emekçileri Sendikaları Konfederasyonu).

### Funktionäre im Gefängnis

Anders als nach dem Militärputsch 1980 wurden Gewerkschaften zwar nicht komplett verboten; durch die Verhaftung vieler Funktionärinnen und Funktionäre und die Entlassung vieler Mitglieder haben sie jedoch massiv an Kraft verloren. Der frühere, landesweit bekannte KESK-Vorsitzende

Lami Özgen, floh vor einer drohenden langjährigen Haftstrafe ins Ausland. Die ehemalige Generalsekretärin von Eğitim-Sen, Sakine Esen Yılmaz, hat sich nach Deutschland absetzen können (s. E&W 12/2016). Ihre ehemalige Kollegin Ebru Yiğit, im Eğitim-Sen-Vorstand für Tarifpolitik zuständig, saß im Gefängnis, ist aber inzwischen wieder frei.

„30 unserer zentralen Funktionäre sitzen im Gefängnis“, berichtet Eğitim-Sen-Vorstand Özgür Bozdoğan; 1.639 Mitglieder hätten ihren Job verloren. „Wir organisieren zwar noch Protestaktionen. Doch jedem ist klar, dass er jederzeit verhaftet werden oder seinen Job verlieren kann.“ Gleichzeitig kehren Mitglieder der Gewerkschaft den Rücken, weil man den entlassenen Lehrkräften sagt, sie hätten nur nach einem Austritt eine Chance, ihren Job wiederzubekommen. Nicht selten werden sie dann an einen anderen Ort in der Türkei geschickt und müssen womöglich an einer Imam-Hatip-Schule unterrichten. Lehrkräfte in der Türkei – jedenfalls all jene, die eine islamische Wende ablehnen – wollen aber trotzdem nicht aufgeben. „Wir werden weiterhin protestieren und Widerstand organisieren“, kündigt Bozdoğan an. Nichtstun sei keine Option.

Wolf Wittenfeld,  
Autor für Nahostpolitik

# Aufholbedarf beim Schutzkonzept

**// Zahlreiche Missbrauchsfälle zeigen, dass Schulen ihren Kinderschutz auftrag ernst nehmen müssen. Trotz Unterstützung durch die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ tun sie sich häufig schwer, eigene Konzepte zu entwickeln. //**

Der Albtraum endete, als das Kind sich einer Mitschülerin anvertraute: Der Stiefvater habe es sexuell missbraucht. Die Mitschülerin wandte sich an ihre Lehrerin, die sofort den Leiter einer Kieker Grundschule einschaltete. Es folgten ein Gespräch mit der Mutter und eine Anzeige bei der Polizei. Durch das „gute Vertrauensverhältnis“ und „Interventionsketten, die bereits bei Verdachtsfällen ausgelöst werden“, habe das Leiden des Kindes ein Ende gefunden, so der Schulleiter. Doch das ist keine Selbstverständlichkeit.

Auch acht Jahre nach Bekanntwerden der Missbrauchsskandale an der hessischen Odenwaldschule und dem Berliner Canisius Kolleg hängt es oft von einzelnen, aufmerksamen Lehrkräften ab, ob Fälle von sexueller Gewalt in Schule oder privatem Umfeld

erkannt werden. Dabei sind die Zahlen alarmierend: Die Kriminalstatistik zählt jedes Jahr rund 12.000 Ermittlungs- und Strafverfahren allein bei Kindesmissbrauch, zudem 1.600 Fälle von sexuellem Missbrauch von Schutzbedingten und Jugendlichen. Die Dunkelziffer ist um ein Vielfaches höher. „In jeder Schulklasse sind, statistisch gesehen, ein bis zwei Mädchen und Jungen, die sexuelle Gewalt erlitten haben oder aktuell erleiden“, sagt der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig. Er sieht Schule als den maßgeblichen Ort, um Kinder und Jugendliche vor sexueller Gewalt zu schützen – als potenziellen Tatort, aber auch als Schutzraum, an dem Betroffene Hilfe finden sollten. Deshalb hat er 2016 gemeinsam mit den 16 Kultusministerien, unterstützt von der GEW und weiteren Akteuren, die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ gestartet (s. E&W 10/2016). Die rund 40.000 Schulen bundesweit sollen eigene Schutzkonzepte entwickeln und damit sicherstellen, dass „Mädchen



Fotos: dpa

**„In jeder Schulklasse sind, statistisch gesehen, ein bis zwei Mädchen und Jungen, die sexuelle Gewalt erlitten haben oder aktuell erleiden“, sagt der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig. Er sieht Schule als potenziellen Tatort, aber auch als Schutzraum. Deshalb hat er 2016 die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ gestartet.**

und Jungen zum Thema aufgeklärt werden und bei sexuellen Übergriffen wissen, an wen sie sich wenden können und Schutz und Hilfe finden“. Auf ihrem Internetportal\* bietet die Initiative Informationen und Hilfestellungen.

## Lückenhafter Schutz

Doch die Zwischenbilanz ist ernüchternd. Bis Ende März hatte sich lediglich die Hälfte der Bundesländer der Initiative angeschlossen. Die anderen sollen bis Jahresende folgen. Mehr noch: Seit zwei Jahren stagniert die Zahl der Schulen, die ein Schutzkonzept entwickelt haben. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Ju-



**Auch acht Jahre nach Bekanntwerden der Missbrauchsskandale an der hessischen Odenwaldschule und dem Berliner Canisius Kolleg hängt es oft von einzelnen, aufmerksamen Lehrkräften ab, ob Fälle von sexueller Gewalt in Schule oder privatem Umfeld erkannt werden.**

gendinstitut (DJI), das im Auftrag des Missbrauchsbeauftragten den Stand der Prävention sexualisierter Gewalt an Schulen untersucht hat\*\*. Bislang haben lediglich 13 Prozent ein umfassendes Schutzkonzept mit zentralen Bausteinen wie einer Potenzial- und Risikoanalyse, einem Verhaltenskodex, verpflichtenden Fortbildungen oder internen und externen Anlaufstellen. „Meist wachen die Schulen erst auf, wenn ein Fall bekannt geworden ist“, stellt Rörig fest.

Viele Schulen scheinen vor dem Arbeitsaufwand zurückzuschrecken. Deshalb empfiehlt das schleswig-holsteinische Bildungsministerium, bestehende Angebote in das bereits vorhandene Präventionskonzept, beispielsweise gegen Gewalt, zu integrieren. Unterstützung finden Schulen beim Zentrum für Prävention am landeseigenen Institut für Qualitätssicherung (IQSH) und bei Fachstellen wie Pro Familia oder dem Präventionsbüro PETZE. Diese informieren Kollegien im Rahmen von Schulentwicklungstagen und Fortbildungen zu Themen wie der psychosexuellen Entwicklung von Kindern oder Täterstrategien. Am sensibelsten sei die Risikoanalyse, bei der es „um Orte und Situationen im Raum Schule geht, in denen Personal und Schülerinnen und Schüler sich möglicherweise unwohl fühlen“, so die langjährige Leiterin des IQSH-Präventionszentrums, Christa Wanzeck-Sielert. „Da höre ich häufig Fragen wie: Müssen wir nun überall eine Aufsicht hinstellen?“

### Schulen nicht allein lassen

Als „Kontroll- oder Angstkampagne“ könnten Lehrkräfte die Beschäftigung mit derart emotional besetzten Themen empfinden, meint Uwe Sielert, Professor für Pädagogik an der Kieler Universität, und warnt: „Wenn der Schutzaspekt dominiert, kann dies zu Widerständen führen.“ Bei anderen würden möglicherweise „Gefühle wie Angst, Scham oder Wut geweckt“, wenn sie „eine Ver-

unsicherung bei der Abgrenzung zu wünschenswerten professionellen Haltungen von Kontakt und Nähe“ spüren. Deshalb sei erforderlich, dass „die Schulleitung das Thema an sich nimmt und einen Prozess von Schutz und Befähigung aller Beteiligten in Gang setzt, der die Institution Schule als Ganzes bewegt“, so Sielert. Mit dem Ziel, Einstellungen und Verhalten zu verändern und eine positive Kommunikationskultur mit vielfältigen Partizipationsmöglichkeiten zu entwickeln. Das könne ein langwieriger und tiefgreifender Prozess sein. Doch aktuelle Studien zeigen, dass ein gutes Schulklima entscheidend für den Erfolg von Präventionsmaßnahmen, oder eben eines Schutzkonzepts, ist.

Damit die Initiative endlich in den Schulen ankommt, fordert Rörig die Bundesländer auf, diese stärker in die Pflicht zu nehmen – aber nur „in Kombination mit intensiver fachlicher Begleitung und finanzieller Unterstützung“. In einem Modellprojekt solle die Bundesregierung ausgewählte Schulen bei der Entwicklung von Schutzkonzepten finanziell unterstützen – damit sie Fachdienste zu Rate ziehen können. Denn eine weitere zentrale Erkenntnis des Monitorings besagt, dass Schulen mit der Konzeptentwicklung nicht allein gelassen werden dürfen.

Michaela Ludwig,  
freie Journalistin

**\*Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“: [www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de](http://www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de)**

**\*\*„Monitoring zum Stand der Prävention sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen in Deutschland (2015-2018) zu den Handlungsfeldern Schulen und Internate“ (DJI): [bit.ly/dji-praevention-sex-gewalt](http://bit.ly/dji-praevention-sex-gewalt)**

**E&W-Schwerpunkte zum Thema „Sexuelle Gewalt“ siehe Ausgaben 6/2010 und 1/2013**

UNIVERSITÄT SZERTIFIKAT  
in Kooperation mit dem Goethe Institut



## DEUTSCH UNTERRICHTEN

WEITERBILDUNGSSTUDIUM  
GRUNDLAGEN FÜR DIE PRAXIS

- Blended-Learning-Studium mit Präsenzphasen in Jena
- Anerkannt vom BAMF

Kontakt: [daf-unterrichten@uni-jena.de](mailto:daf-unterrichten@uni-jena.de)

FRIEDRICH-SCHILLER-  
UNIVERSITÄT  
JENA



Mit Kraft ins neue Leben

## AKUTKLINIK URBACHTAL

PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE



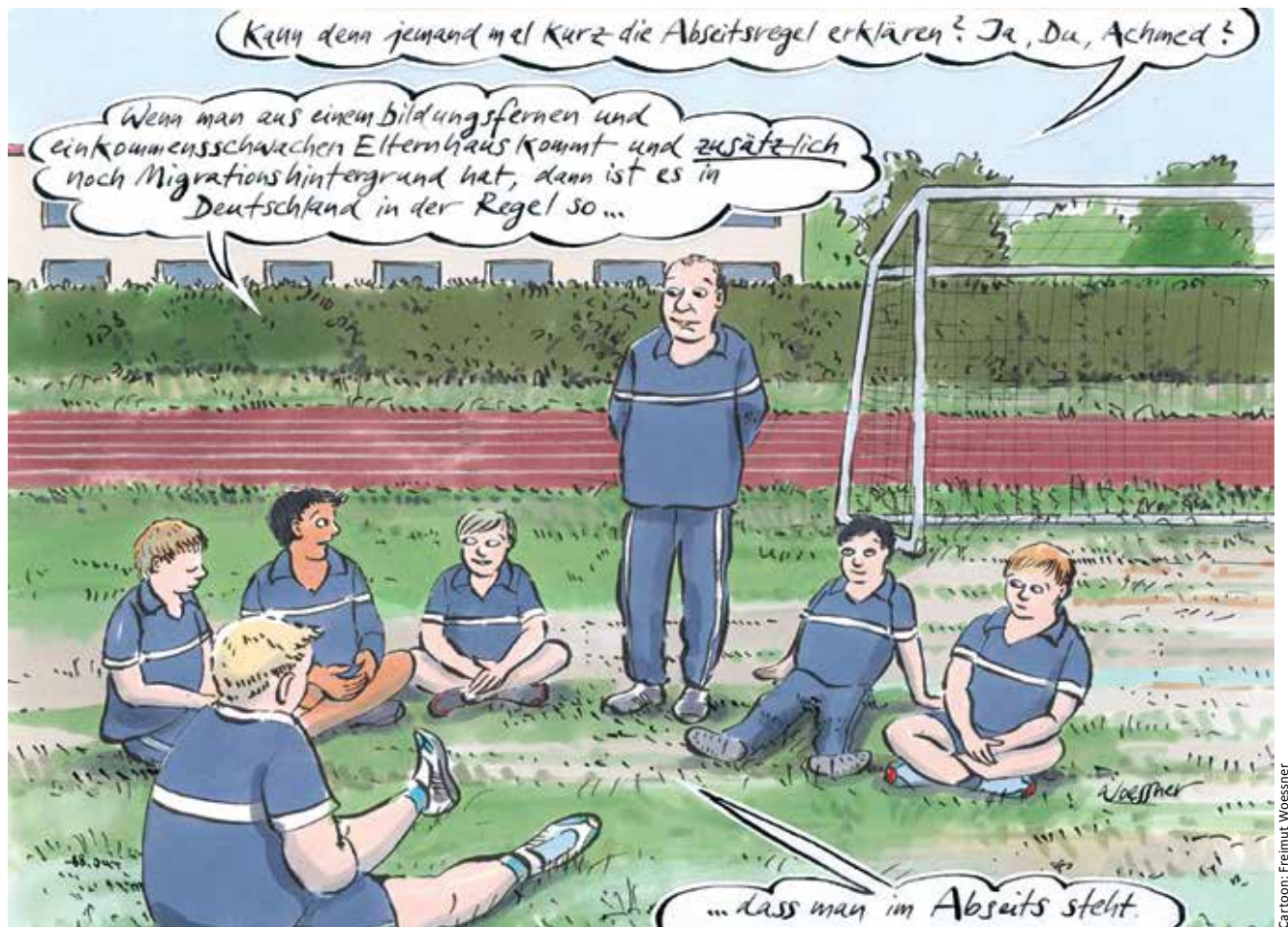
- \* Depressionen
- \* Angststörungen
- \* Chronische Schmerzen
- \* Traumafolgestörungen
- \* Burnout
- \* Lebenskrisen

- \* Hochfrequente Therapien
- \* Herzlichkeit und Mitgefühl
- \* Individualität in familiärem Kreise
- \* 60 Betten / 30 Therapeuten

Psychosomatisches  
Privatkrankenhaus  
beihilfefähig

88339 Bad Waldsee  
0 75 24 990 222  
(auch am Wochenende)  
[www.akutklinik.de](http://www.akutklinik.de)





## Auch Deutschland schwächelt bei PISA

**// Eine aktuelle Sonderauswertung von PISA-Daten zeigt: Zu viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund erzielen in Deutschland keine ausreichenden Leistungen in der Schule. //**

Es gibt Zeugnisse, die auf den ersten Blick gut oder zumindest ordentlich aussehen. Gelegentlich werden aber größere Probleme sichtbar, wenn man noch mal genauer hinschaut: Deutschland habe das Jammertal verlassen, befand Andreas Schleicher, Bildungsdirektor der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), bei der Vorstellung der PISA-Studie vor etwas mehr als einem Jahr. Das deutsche Bil-

dungssystem schnitt im internationalen Vergleich zwar immer noch weit schlechter ab als die Spitzenreiter Singapur und Finnland, aber lieferte Testergebnisse leicht über dem OECD-Durchschnitt – ein erkennbarer Fortschritt nach dem katastrophalen Abschneiden bei der PISA-Studie im Jahr 2001.

Jetzt liefern Schleicher und seine Kollegen eine umfangreiche Sonderauswertung der PISA-Daten zur Frage, wie erfolgreich Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund abschneiden. Das Ergebnis ist beunruhigend: In Deutschland liegt der Anteil der 15-Jährigen mit sehr schwachen Leistungen unter den Schülern mit Migrationshintergrund bei 43 Prozent – damit ist er fast zweieinhalb Mal so groß wie bei der Gruppe

der Schüler ohne ausländische Wurzeln. Im OECD-Schnitt liegt das Verhältnis bei 1 zu 1,7. Es ist also nicht ausgeglichen, aber besser als in Deutschland.

„Es ist alarmierend, dass in der Europäischen Union (EU) Schüler mit Migrationshintergrund deutlich häufiger an grundlegenden Aufgaben in Naturwissenschaften, Lesen und Mathematik scheitern“, warnt Gabriela Ramos von der OECD. Neben Deutschland werden beispielsweise auch Österreich und Schweden als Problemfälle genannt.

Als Schüler mit Migrationshintergrund werden in der neuen Datenauswertung nicht nur die gezählt, die selbst im Ausland geboren worden sind, sondern alle, die mindestens ein Elternteil haben, das aus dem Ausland kommt. Es geht also

um Migranten erster und zweiter Generation. In Deutschland sind dies laut der Erhebung 28 Prozent der Schüler. Die große Zahl an Flüchtlingen, die ab dem Sommer 2015 nach Deutschland gekommen ist, spielt in der Auswertung noch keine Rolle. Erstmals veröffentlicht wurde die aktuelle PISA-Studie im Dezember 2016. Erhoben wurden die nun noch einmal intensiver durchforschten Daten – wie bei so großen Studien nicht ungewöhnlich – allerdings bereits im Jahr zuvor. An PISA teilnehmen darf nur, wer mindestens ein Jahr lang eine Schule im Land besucht hat. Aber ist bei den schlechten PISA-Werten der Faktor Zuwanderung überhaupt ausschlaggebend? Oder schneiden diese Schüler schlechter ab, weil sie häufiger aus bildungsfernen Familien und eher einfachen wirtschaftlichen Verhältnissen kommen? Beides ist richtig. Zu etwas mehr als einem Fünftel lassen sich die schlechten Ergebnisse der Migranten mit sozialen Faktoren erklären. Es gilt also: Auch dann, wenn man den sozialen Hintergrund berücksichtigt, gibt es unter den Kindern mit ausländischen Wurzeln einen deutlich größeren Anteil leistungsschwacher Schüler. Die Wahrscheinlichkeit, trotz schwieriger sozialer Startbedingungen erfolgreich zu lernen, nimmt spürbar ab, wenn zu Hause nicht die Unterrichtssprache gesprochen wird. Dies trifft in Deutschland auf knapp 80 Prozent der Migranten erster Generation zu – im OECD-Schnitt sind es weniger, nämlich rund 60 Prozent. Auch bei den Migranten der zweiten Generation spricht fast die Hälfte zu Hause nicht Deutsch. Hinzu kommt be-

kanntermaßen, dass in Deutschland die Zuwandererkinder häufig in großer Zahl dieselben Schulen besuchen.

### Generelles Integrationsproblem

Eine weitere Erkenntnis aus der Sonderauswertung: In Deutschland gibt es bei der Integration von Migranten ins Bildungssystem ein generelles Problem – und nicht eines, das in erster Linie an bestimmte Herkunftsländer gekoppelt ist. Schüler, die in der Türkei geboren wurden, haben ein ähnlich hohes Risiko, schlecht abzuschneiden wie Schüler aus Polen. Ähnliches gilt beispielsweise auch für Migranten der zweiten Generation aus Italien und der Türkei. Bei der diesmaligen PISA-Studie wurden die Schüler nicht nur getestet, sondern zusätzlich befragt, ob sie sich in der Lebenswelt Schule gut aufgehoben

fühlen. Die ernüchternde Erkenntnis: Schüler mit Migrationshintergrund haben häufiger als andere das Gefühl, in der Schule nicht dazuzugehören. Einerseits ist unter Migranten die Angst vor der Schule stärker verbreitet, andererseits sind sie – vermutlich gerade aufgrund ihrer biografischen Situation – im Schnitt stärker motiviert. Das gilt in Deutschland wie in anderen OECD-Ländern. Gerade im Aufstiegs-ehrgeiz von Migranten liegt also ein Potenzial, das bislang zu oft ungenutzt bleibt.

Tobias Peter  
Quelle: Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Frankfurter Rundschau, 20. März 2018, Seite 28  
© Alle Rechte vorbehalten.  
Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt

### Fahrlässig und dumm

Die deutsche Fußball-Nationalelf wäre in den vergangenen Jahren deutlich weniger erfolgreich gewesen, wenn nicht Spieler mit Migrationshintergrund einen wichtigen Beitrag geleistet hätten. Doch wenn es um Talente außerhalb des Fußballs geht, leistet sich Deutschland immer noch den Wahnsinn, Menschen mit Migrationshintergrund zu vernachlässigen und links liegen zu lassen. Ihr Risiko, das Bildungssystem mit sehr schlechten Fertigkeiten zu verlassen, liegt zweieinhalb Mal so hoch wie im Rest der Bevölkerung, wie eine Sonderauswertung der PISA-Studie zeigt. In Zeiten des demografischen Wandels, in denen es bald auf jede Fachkraft ankommt, ist das nicht nur fahrlässig. Es ist dumm. Im Fußball wie in der Schule gilt: Es kommt auch entscheidend auf den Trainer an. Um das Einwanderungsland Deutschland erfolgreicher zu gestalten, brauchen wir nicht zuletzt auch mehr Lehrer mit Migrationshintergrund. Doch auch alle anderen Lehrer müssen besser dafür ausgebildet werden, Kinder mit ausländischen Wurzeln – und auch alle anderen – besser individuell zu fördern.

Tobias Peter  
Quelle: Mit freundlicher Genehmigung der Frankfurter Rundschau, 20. März 2018, Seite 11  
© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt

**Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €**

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

**0800 - 1000 500** Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.  
**Seit über 40 Jahren.**

Deutschlands günstiger Autokredit

**2,77%** effektiver Jahreszins  
5.000 € bis 50.000 €  
Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtsumme 21.137,19 €

[www.Autokredit.center](http://www.Autokredit.center)

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH

E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Tel.: (0621) 178180-0  
[Info@AK-Finanz.de](mailto:Info@AK-Finanz.de)

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

**Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker**

Günstiges Darlehen rep. Bsp. 50.000 €. Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 660,00 €, effektiver Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 55.397,00 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.



**Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!**

[www.1a-Beamtendarlehen.de](http://www.1a-Beamtendarlehen.de)

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



**0800 - 8664422**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholt  
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke



MARLIS TEPE



Foto: Kay Herschelmann

# Nach den Daten die Taten!

Daten aus den PISA-Studien und den Nationalen Bildungsberichten sowie aus Befunden der Antidiskriminierungsstelle zeigen: Das deutsche Schulsystem leistet für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und/oder aus armen Verhältnissen immer noch zu wenig: Sie beenden häufiger die Schule ohne Abschluss, finden schwerer einen Ausbildungsplatz, nehmen seltener ein Studium auf. Vor allem haben sie das Gefühl, nicht dazuzugehören. Das Fatale: Die Gesellschaft bestätigt das. Und wenn sie trotz der Schwäche des Bildungssystems Erfolge aufweisen, liegt es oft an einzelnen Menschen, die sie ermutigt und ihnen etwas zugetraut haben. Das können die Erzieherin in der Kita, die Grundschullehrerin, der Lehrer in der Berufsschule, die Eltern oder freundliche Nachbarn gewesen sein.

Bildung und Erziehung brauchen Mut machende, aufmerksame Pädagoginnen und Pädagogen. Das ist es ja, was unseren Beruf attraktiv macht, dass wir etwas tun können für junge Menschen, die uns anvertraut werden. Aber wir wollen nicht alles alleine schultern. Wir wollen, dass sich die ganze Gesellschaft auf Migration als Normalität einstellt. Im Koalitionsvertrag steht im Bildungskapitel nichts zu diesem Thema. Im Forschungskapitel heißt es lediglich, dass die „Forschung zu Migration, zu Integration und sozialem Zusammenhalt“ zu fördern sei. Karge Aussagen. Dabei darf es nicht bleiben. Wir erwarten ein Bündel an Maßnahmen: Die Gesellschaft muss sich stärker auf Mehrsprachigkeit einstellen. Deshalb sind Sprachbildung und mehrsprachiges Lernen von Beginn an stärker ins Zentrum zu rücken und systematisch in allen Bildungsbereichen zu verankern. Integriertes Fach- und Sprachlernen sowie herkunftssprachliche Bildungsangebote sind zu erweitern, ebenso Integrationskurse. Dabei kommt es an verschiedenen Stellen des Bildungssystems auf den Anfang an. Sprach-Kitas müssen flächendeckend ausgebaut und Erzieherinnen und Erzieher dafür speziell aus- und fortgebildet werden.

In der Lehrkräfteausbildung muss der Perspektivwechsel vom Defizit der „Anderen“ hin zu deren Stärken erfolgen. Inhalte und Fachdidaktik müssen sich den heutigen Anforderungen anpassen. Wir brauchen mehr Konzepte und Materialien, die vorurteilsbewusst sind und sich kritisch mit dem Thema Rassismus auseinandersetzen. Und: Wir sollten mehr Menschen mit Migrationshintergrund für pädagogische Berufe gewinnen, aktuell entspricht ihre Repräsentanz nicht ihrem Anteil an der Bevölkerung. Es ist die Aufgabe von Politik, Schule in die Lage zu versetzen, soziale Ungleichheiten und Diskriminierung zu mindern, wenn nicht zu beseitigen. Dazu sind auch mehr kulturelle und politische Bildungsangebote erforderlich sowie eine multiprofessionelle Zusammenarbeit mit Eltern. Auch um Konflikte, die sich aus den vielfältigen und ungleichen Lebensverhältnissen ergeben, zu bearbeiten. Nur so kann das Bildungswesen in Deutschland dieser Herausforderung gerecht werden.

Der Ausbau des Ganztags eilt, allerdings muss dieser qualitativ geschehen. Er darf nicht nur der „Verwahrung“ dienen, sondern muss seinen ganz speziellen pädagogischen Anstrich bekommen. Gemeinsames Lernen von Kindern aus verschiedenen Gesellschaftsschichten und mit unterschiedlichen Begabungen ist wichtig. Das können wir erreichen, wenn es gelingt, Schulen in sozialen Brennpunkten personell wie finanziell besonders gut auszustatten, sodass diese auch für Eltern aus bildungsnahen Schichten attraktiv sind. Bildungseinrichtungen mit hoher Armuts- und Migrationsquote benötigen zudem mehr Zeit für die Lehrenden und zusätzliche Ressourcen für kulturelles, vielfältiges Lernen und Zusammenleben. Fakt ist: Fehler aus der Vergangenheit dürfen wir nicht wiederholen, wenn wir uns ein Mehr an Chancengerechtigkeit leisten wollen. Nach den Daten die Taten!

Marlis Tepe,  
Vorsitzende der GEW



# Dialog

2/2018



## INHALT:

### 50 Jahre 1968

Wir haben es in der Hand! [Seite 1](#)

Blick zurück und nach vorn – Protokolle [Seite 2](#)

### Interview

„Wir müssen am Ball bleiben“ [Seite 4](#)

Deutscher Seniorentag [Seite 4](#)

Buchtipps [Seite 4](#)

## Wir haben es in der Hand!

Natürlich: 68 ist ein Mythos. Ein Narrativ derer, die aktiv waren, Bericht erstatteten, analysierten, die Großes darin sehen wollten. Und sich von Sex, Drugs and Rock 'n' Roll und linkem Veränderungsschwung davortragen ließen. Fakt ist: Es gab weder DIE eine, geschlossene Bewegung noch beteiligten sich breite Bevölkerungsschichten.

Und doch: Es wäre falsch, 68 klein zu reden. Denn der Protest war Katalysator für einen Gärungsprozess in der ganzen Gesellschaft. Manche fanden sich in der Revolte wieder, andere schärften in der Abgrenzung ihre Identität. Die Gesellschaft verhandelte neu: Wer sind wir, wie wollen wir sein? Insofern bezeich-

net 68 eine Epochenwende. Es leitete einen Prozess ein, der lange über das spektakuläre Jahr hinaus anhielt. Der Impuls war wichtig, nicht nur das, was 68 konkret angestoßen hat: in der Bildung, den Geschlechterverhältnissen, der Diskurskultur.

Vor allem eine Erkenntnis, die auch unsere Zeitzeuginnen und Zeitzeugen teilen, sollten wir dabei im kollektiven Gedächtnis bewahren: Gesellschaft ist veränderbar. Wir haben es in der Hand. Wir alle. Gerade heute, da so vieles sicher Geglaupte wieder in Frage steht, ist das wohl die wichtigste Lehre aus 68. Die Jungen heute sind zu unpolitisch? Unsinn, wir müssen

richtig hingucken. Occupy, Antiglobalisierungsprotest, neuer Feminismus, die Anti-Waffen-Bewegung von Millionen Schülerinnen und Schülern in den USA. Die Jungen sind da, wenn es brennt. Wir können sehr wohl auf sie zählen, müssen mit ihnen in den Dialog gehen und gemeinsam die Zukunft anpacken – egal zu welcher Generation wir gehören.

Denn die wichtigste Lehre aus 1968 heißt: Wir können etwas bewegen! Es lohnt sich, für die eigene Meinung einzustehen.

Frauke Gützkow,  
GEW-Vorstandsmitglied Frauenpolitik



Der Tod Benno Ohnesorgs während der Demonstration gegen den Berlin-Besuch des persischen Schahs am 2. Juni 1967 war ein Schock für viele protestierende Studentinnen und Studenten – und Auslöser für eine sich in Teilen radikalisierte Bewegung.

# Blick zurück und nach vorn

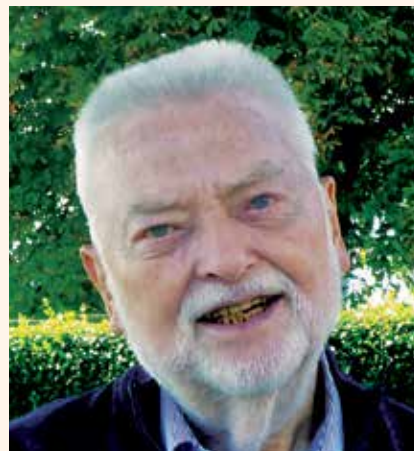
Foto: dpa

**// Im Mai vor 50 Jahren gingen die Studierenden in Deutschland auf die Straße. Gegen konservative Strukturen an den Hochschulen, die Notstandsgesetze, Vietnam-Krieg, Altnazis in Politik und Gesellschaft. Lange wurde der Protest zur alles verändernden, progressiven Revolution glorifiziert, später ging die Gesellschaft scharf mit dem „Mythos 68“ ins Gericht. Was aber meinen heute jene, die damals dabei waren? Und was können wir von 1968 lernen? Wir haben vier Kolleginnen und Kollegen gefragt, die in dieser Zeit aktiv waren. //**

**„Wir reichen den Staffelstab weiter“**

**Michael Rux, geb. 1941, Lehrer**  
 „1968 ist natürlich nicht vom Himmel gefallen. Wir etwas Älteren haben den Boden bereitet, so ist das doch immer. Schon im Lehramtsstudium Anfang der 60er-Jahre war ich im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), 1964 bekam ich einen Job an einer Dorf-

schule. 95 Prozent gingen damals auf die Volksschule, es gab ja fast keine Alternativen. Ich bin selbst Proletarierkind und weiß, wie wichtig Bildung ist. Ich wollte deshalb die Bildung für die Landbevölkerung verbessern, habe mich der Bewegung ‚Student aufs Land‘ angeschlossen und den Studierenden in Freiburg im Breisgau von der Dorfschule erzählt. 1967 habe ich mich bei der GEW für die ersten Gesamtschulen in Baden-Württemberg eingesetzt. Da-



Michael Rux

Foto: GEW-BW/Susanne Reilig

mals wandelte sich die GEW gerade zu einer echten Gewerkschaft, wir wollten uns von der Tradition der konservativen Lehrervereine lösen. Streikrecht für Lehrerinnen und Lehrer – das war noch revolutionär. Wir Jungen haben diese Forderung in der GEW durchgeboxt. Wir haben einfach so lange diskutiert, bis die Alten nicht mehr konnten. Nachts wurde abgestimmt, da lagen sie schon im Bett. Die mittlere Generation war im Krieg gefallen.

Wir haben schon vor 68 die Älteren gefragt: Was habt ihr in der Nazizeit gemacht? Die Antworten waren immer gleich: ‚Davon haben wir nichts gewusst‘ oder ‚Geht doch zu euren Genossen in die Zone‘. Die 68er waren lautstärker, erprobten neue Handlungsformen – Sit-ins, Teach-ins, Demos. Das hat die Entwicklung scharf beschleunigt. Die alte Adenauer-Republik wurde endgültig beiseite geschoben. Letztlich haben wir alle zusammen die Gesellschaft verändert. Der jungen Generation heute sage ich: Habt Vertrauen in die Veränderbarkeit der Gesellschaft. Wir reichen euch den Staffelstab weiter.“

**„Wieder auf die Straße gehen“****Almut Paulsen, geb. 1948, Sozialpädagogin**

„1968 habe ich mein Studium an der Akademie in Bremen begonnen. Wir sind dafür auf die Straße gegangen, dass sie eine Fachhochschule (FH) wird. 1969 habe ich die zweite Wohngemeinschaft in Bremen mitgegründet. Gemeinsam kochen, leben, lernen – ein befreiender Ausbruch aus dem Kleinfamilienmuff. Als ich einmal zum Arzt ging, bekam ich zu hören: ‚Klar, dass Sie krank sind, das liegt an der Kommune.‘ So war die Stimmung damals. 1968 heißt für mich auch Feminismus. Knallkurze Röcke tragen, die Pille nehmen und selbst über sein Leben entscheiden, statt irgendeinen Mann fragen zu müssen: Darf ich das? Heute klingt das verrückt.“

**Almut Paulsen**

Aufbruch gab es auch in der Pädagogik. Die Kinderladenbewegung hat alles Autoritäre radikal in Frage gestellt. Nötig, wenn auch überzogen. Wir wollten Bildung für alle, ohne Segregation. Endlich. Aber was davon ist geblieben? Wenig. Und wir wundern uns über Parallelgesellschaften und Populismus. Tja, wenn man die Leute nicht zusammen lernen lässt, entsteht das halt. Wir Rentnerinnen und Rentner müssten eigentlich wieder jeden Tag auf die Straße gehen.“

**Heinrich Becker****„Breiter Rollback ist gruselig“****Heinrich Becker, geb. 1946, Diplomoziologe und Lehrer**

„Ich habe 1968 am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main studiert, Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Herbert Marcuse – hier war der Nukleus des Protests. Und gleich nebenan das Wohnheim des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Die Eruption hatte sich schon lange angedeutet, die Proteststimmung aus den USA schwappte rüber. Martin Luther King, Anti-Vietnamkrieg-Demos. Mit 16 bin ich in die SPD eingetreten, habe die Unabhängigkeitsbewegungen in Algerien und Vietnam unterstützt, die brutalen Schläger des Schah-Regimes bei seinem Besuch in der Bundesrepublik erlebt. Von Ostern bis Herbst 1968 sind wir alle paar Tage auf die Straße gegangen. Haben die Uni besetzt, Talare angezogen und sind auf Fahrrädern durch die Flure gefahren. Wir wollten eine Hochschule mit mehr Freiheiten. Der Kampf dafür hat noch Jahre unseren Alltag bestimmt. Wir wollten endlich etwas ändern. Haben wir es geschafft? Ich weiß es nicht. Sicher ist: Es gab nicht ‚die 68er‘. Dahinter verbergen sich viele Gruppen mit unterschiedlichen Interessen. Aber einiges ist uns schon gemeinsam gelungen: mehr Demokratie, die Öffnung nach Osten, mehr Toleranz, kritisches Hinterfragen. Als Lehrer konnte ich diese Errungenschaften an junge Menschen weitergeben. Die Erfahrung von 68 hat mich geprägt: Jeder kann mit relativ wenig Mitteln einiges in Bewegung setzen. Doch wenn ich mich heute umschaue, gruselt es mich vor dem breiten Rollback.“

**„Einmischen lohnt sich!“****Jutta Staack, geb. 1943, Fachbereichsleiterin in der Erwachsenenbildung**

„Als ich im Mai 67 an die Hamburger Universität ging, um Gewerbelehramt Hauswirtschaft zu studieren, hatte ich schon einige Jahre Berufserfahrung im Hotel. Ich war bodenständiger als die meisten an der Uni. Zwei Monate später kam der Schah nach Berlin, ich war bei der Demonstration, auf der Benno Ohnesorg erschossen wurde. Ein Schock. Wie konnte eine friedliche Demonstration mit dem Tod enden? Das sitzt bis heute tief, bei Demonstrationen bleibe ich immer am Rand, um im Notfall weg zu können. Überall roch es damals nach gesellschaftlicher Veränderung, wobei ich mit dem ganzen Marxismus-Leninismus-Zug nicht viel anfangen konnte. ‚Ho, Ho, Ho Chi Minh‘? Lasst uns doch erst mal bei uns anfangen. Widersprüchlich fand ich auch, dass die Studierenden gegen das System protestiert haben – und doch offizielle Sommerfeste ausgerichtet werden sollten. Erreicht haben die 68er einiges: Eine neue demokratische Diskussionskultur, bröckelnde Hierarchien, das Tabu der Nazivergangenheit wurde aufgebrochen, die neue Frauenbewegung angeschoben. Sicher, der Kampf für sozial Schwächere blieb stecken, vom Ende der staatlichen Waffenverkäufe ist keine Spur. Bis heute bin ich radikale Pazifistin. Ich habe aber auch gelernt, dass der ‚Marsch durch die Institutionen‘ erfolgreich sein kann. So konnte ich als Fachbereichsleiterin der Hamburger Volkshochschule bessere Arbeitsbedingungen für die Kursleiterinnen und -leiter aushandeln. Einmischen lohnt sich. Wenn wir gezielt Verbindungen zu anderen gesellschaftlichen Kräften suchen, können wir viel erreichen.“

**Jutta Staack**

**Mitdiskutieren**  
[www.gew.de/  
 EundW.html](http://www.gew.de/EundW.html)

# „Wir müssen am Ball bleiben“

**// Die Sozialwissenschaftlerin Sibylle Plogstedt, Gründerin der feministischen Zeitschrift Courage und Buchautorin über die Wirkung der 68er. //**

**Dialog:** Frau Plogstedt, 50 Jahre liegt die 68er-Revolution jetzt zurück – wie ordnen Sie diese Zeit heute historisch ein?

**Sibylle Plogstedt:** Die 68er haben radikale Impulse gesetzt – gegen die Medienmacht des Springer-Konzerns, für eine progressive Pädagogik, einen kritischen demokratischen Diskurs, für die Frauenfrage. Aber nur weil diese Impulse von unterschiedlichen Kräften in der Gesellschaft selbstorganisiert weiterentwickelt wurden, veränderte sich langfristig tatsächlich etwas.

**Dialog:** Zum Beispiel?

**Plogstedt:** Unzählige kleine Gruppen haben das Thema Gleichberechtigung in Frauenzentren, Kirchen, Betriebe und zu den Landfrauen getragen. Erst durch diese Gruppen wurden viele Errungenschaften der Geschlechtergerechtigkeit



Foto: Katrin Karthmann

Sibylle Plogstedt

Mainstream. Sonst wäre etwa auch die Ehe für alle heute kaum Realität.

**Dialog:** Zurzeit aber versuchen rechte Kräfte, das Rad zurückzudrehen.

**Plogstedt:** Deshalb müssen wir am Ball bleiben und die Auseinandersetzung ausfechten. Ich glaube, gerade weil 1968 kein Umsturz war, sondern der Anfang eines langsamen Wandels, sind wir gut dafür gerüstet. Denn Umstürze wecken Ängste und Widerstand. Verän-

derungen, in denen sich die Betroffenen selbst organisieren, sind behutsamer und viel effektiver. Sie durchdringen die Gesellschaft nachhaltig.

**Dialog:** Gleichwohl sind auf manchen Feldern die Impulse der 68er stecken geblieben ...

**Plogstedt:** Ja, Waffen zum Beispiel werden immer noch in Kriegsgebiete verkauft. Selbst Militär und Polizei haben sich etwas geöffnet, sind aber zum Großteil sehr konservative, autoritäre Organisationen geblieben.

**Dialog:** Die 68er-Generation ist jetzt im Ruhestand. Tritt sie damit endgültig aus der Öffentlichkeit?

**Plogstedt:** Bestimmt nicht. Die Missstände in Altenheimen und in der Pflege – gerade auf dem Land – wird sich diese Generation nicht so einfach gefallen lassen. Sie ist es gewohnt, für ihre Interessen einzutreten. Da kommt noch einiges auf die Gesellschaft zu.

Interview: Anja Dilk, freie Journalistin

## Deutscher Seniorentag

Unter dem Motto „Brücken bauen“ findet vom 28. bis 30. Mai der 12. Deutsche Seniorentag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) in Dortmund statt. Zu den prominenten Gästen gehören Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der Moderator Eckart von Hirschhausen, Bestseller-Autorin Sabine Bode und Bremens Ex-Bürgermeister Henning Scherf (SPD). Das Programm umfasst mehr als 200 Veranstaltungen zu Themen wie „Engagement“, „Individuelle Lebensplanung“ sowie „Gesundheit und Pflege“. In der BAGSO vertreten sind unter anderem IG Metall, IG Bauen-Agrar-Umwelt, Gewerkschaft der Polizei (GdP), Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und GEW. Anmeldung und nähere Infos: [www.deutscher-seniorentag.de](http://www.deutscher-seniorentag.de) A.D.

## Buchtipps

**Christina von Hodenberg:** „Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte“, 250 Seiten, C.H. Beck Verlag, München 2018

3.600 Stunden hat die Autorin Zeitzeuginnen und Zeitzeugen befragt. Ergebnis ist ein Buch, das viele eingefahrene Wahrnehmungen und Interpretationen von 1968 hinterfragt. Streitbar, aber lesenswert.



**Heinz Bude:** „Adorno für Ruinenkinder“, 128 Seiten, Hanser Verlag, München 2018

Der renommierte Soziologe zieht Bilanz: In vielen Zeitzeugeninterviews arbeitet er heraus, wie sehr Ende der 1960er-Jahre das Private das Politische bewegte. Die 68er wollten die Gesellschaft verändern, um auch ihr eigenes Leben freier und selbstbestimmter zu gestalten.



### IMPRESSUM Dialog

**Herausgeberin:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main, Telefon 069 78973-0

**Vorsitzende:** Marlis Tepe, **Redaktionsleiter:** Ulf Rödde,

**Geschäftsführende Redakteurin:** Anja Dilk, **Redakteurinnen:** Frauke Gützkow, Helga Haas-Rietschel, **Redaktionsassistentin:** Katja Wenzel

# Ungesühnte Tragödie

**// Seit 20 Jahren tobt im Ostkongo ein Bürgerkrieg, mit bisher sechs Millionen Toten. Dutzende bewaffnete Gruppen streiten um Macht, Land – und Rohstoffe. Der Theatermacher Milo Rau hat für ein multimediales Kunstprojekt Opfer, Täter, Zeugen und Analytiker zusammengebracht. Ein eindrückliches Bild davon zeichnet der Dokumentarfilm „Das Kongo Tribunal“.** //

Die ersten Bilder des Films sind nahezu unerträglich: Während eines Recherche-Drehs im Jahr 2014 wurde der Schweizer Regisseur Milo Rau Zeuge des Massakers von Mutarule, bei dem etwa 30 Frauen und Kinder ermordet wurden.

Rund 1.000 solcher Bluttaten sollen sich in der Demokratischen Republik Kongo, einem der rohstoffreichsten Länder der Erde, schon ereignet haben. Bereits der Einstieg in den Film „Das Kongo Tribunal“ – der ab 11. Mai auf DVD vorliegt – lässt keinen Zweifel: Was sich in dem zentralafrikanischen Land seit Ende des Mobutu-Regimes 1997 und trotz der größten UN-Mission der Welt abspielt, ist die Hölle.

Und alle machen mit – denn der Konflikt ist auch ein internationaler Wirtschaftskrieg. Es geht um Gold, Diamanten, Kupfer und das seltene Erz Coltan, aus dem das Metall Tantal gewonnen wird. Ohne Tantal kann kein Smartphone oder Tablet hergestellt werden. Die kongolesischen Bodenschätze wollen sich sowohl multinationale Minenkonzerne als auch die lokalen Bürgerkriegsparteien sichern. Letztere morden und vergewaltigen, um Abbaugelände zu kontrollieren. Juristisch verfolgt werden ihre Verbrechen in der Regel nicht. Dass der Rohstoffreichtum für den Kongo mehr Fluch als Segen ist, reicht lange zurück: Seit Portugiesen und Belgier in der Kolonialzeit begannen, die Bodenschätze gezielt zu fördern, wird das Land ausgebeutet.

## Fiktiv und doch echt

„Es kümmert niemanden, was hier passiert“, klagt eine Frau aus Mutarule zu Beginn des Films. „Warum gibt es hier kein internationales Gericht?“ Regisseur Rau setzte 2015 auf der Bühne um, was die internationale Gemeinschaft bis heute versäumte und was eigentlich unglaublich ist: Er ließ sowohl im Bürgerkriegsgebiet als auch in Berlin ein Tribunal tagen –

ein fiktives, aber eines mit allen real Beteiligten. Unter dem Vorsitz eines halb kongolesischen, halb internationalen Expertengremiums und mit Anwältinnen des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag wurden in Bukavu Opfer, Zeugen, Milizionäre, Politiker, UN- und NGO-Angehörige zu Entgegnungen, Zwangsumsiedlungen und Massakern angehört. Was Minenarbeiter, Bauern, Rebellen und zynische Minister schildern, ist eindringlich, unverschleiert, authentisch. In Berlin stand derweil die Rolle der Europäischen Union, Weltbank, UN und multinationaler Konzerne im Fokus, analysiert von Ökonomen, Juristen, Politologen und Soziologen. Die Vernehmungen vor rund 1.000 Zuschauern wurden mit sieben Kameras aufgezeichnet.



Quelle: Real Fiction Filmverleih

Rau wollte mit seinem Film, der im August 2017 beim Locarno Festival Premiere feierte, nach eigenen Worten „ein Gesamtbild schaffen“. Klarmachen, dass der Krieg im Ostkongo keine lokale Gewaltspirale zwischen verschiedenen Ethnien ist. Ihm gelingt ein großer Wurf: „Das Kongo Tribunal“ schafft es, durch die Aussagen der unterschiedlichen Parteien ein Porträt des globalen Rohstoffhandels und der gesamten Weltwirtschaft zu zeichnen. Die finalen Urteile des symbolischen Gerichts sind dabei nicht überraschend: Die Liste der Schuldigen und ihrer Komplizen ist lang. Das blieb auch in der Realität nicht folgenlos – zwei kongolesische Minister wurden entlassen.

Mit seinem ambitionierten Projekt, zu dem neben der Doku unter anderem ein Buch, ein Videospiel

und Symposien gehören, schafft Rau eine eindringliche Verbindung aus Engagement und Kunst. Mit gutem Gewissen wird nach dem Film niemand mehr sein Handy zücken können. Derweil sind die Perspektiven für das Land zunehmend unsicherer geworden. Im März verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Resolution: Die Mission im Kongo wird zwar verlängert, die Zahl der Blauhelme aber deutlich reduziert.

Nadine Emmerich,  
freie Journalistin

Projekt „Das Kongo Tribunal“: [www.the-congo-tribunal.com](http://www.the-congo-tribunal.com)  
„Planet Schule – Hintergrundwissen Kongo“:  
<http://bit.ly/2xS5zsz>, DVD-Bezug: Fachhandel



Das Universum erkunden per 3-D-Brille. „Google-Expedition“ steht auf dem Stundenplan der Sechstklässler der Maxim-Gorki-Oberschule im sächsischen Frohburg. Wohin führt die medial gesteuerte Entdeckungsreise – und was folgt daraus? Eins ist sicher: Für Google lohnt es sich und ist gut fürs Image.

Foto: Matthias Holland-Letz

## Streit um „Virtuelle Realität“ im Unterricht

**// „Überwältigungstechnik“ oder wertvoller Einsatz moderner Medien? Was Google Germany gemeinsam mit der Stiftung Lesen anbietet, wird von Fachleuten unterschiedlich beurteilt. Ein Schulbesuch in Sachsen. //**

„Die Milchstraße!“, ruft Max. „Cool“, tönt es aus der Runde. Gut 20 Schülerinnen und Schüler blicken durch Brillen für „Virtuelle Realität“ (VR) – und sehen das Weltall, dunkelblau, mit unzähligen Lichtpunkten. Wer den Kopf nach links bewegt, der entdeckt den Mond. Den Kopf nach rechts drehen – und die Erdkugel taucht auf, riesengroß, in 3-D.

„Welchen Kontinent sehen wir gerade?“, fragt Geografielehrer Michael Kunig, 30 Jahre. „Afrika“, antwortet Klara. Wie die sandgelbe Wüste heißt, weiß ein Mitschüler: „Sahara.“

**Paris, London oder zum Mond** Projektwoche in den Klassen 6 der Oberschule „Maxim Gorki“ in Frohburg, einer Kleinstadt südlich von Leipzig. Die 12- und 13-Jährigen begeben sich heute auf „Google Expeditions“, auf virtuelle Reise, kostenlos angeboten von der Google Germany GmbH und der Stiftung Lesen. Dazu nutzen sie sogenannte Cardboards: Ein Gehäuse aus Pappe, in dem ein handelsübliches Smartphone

steckt, dazu zwei eingebaute Linsen – das ist alles. Was die Sechstklässler zu sehen bekommen, steuert Kunig mit dem Tablet-Computer. Auf Tablet und Smartphones ist eine App installiert, die von Google kostenlos im Internet angeboten wird. „Wir können damit zum Mond fliegen, nach London, nach Paris oder zu den Pyramiden“, erklärt Onur Kavasoglu. Der 27-Jährige ist „Expeditions-Trainer“ im Auftrag von Google Germany. Im Gepäck hat er 30 Cardboards samt Smartphones, außerdem einen WLAN-Router. Google startete die „Expeditions“ im Februar 2017; die Stiftung Lesen bietet dazu kostenloses „methodisch-didaktisches Unterrichts-

material“. Zielgruppe sind die Klassen 3 bis 6. Bisher haben laut Google bundesweit rund 200 Schulen mitgemacht. Zu Beginn der Stunde warnte Kavasoglu: „Bleibt sitzen! Wenn ihr mit der Brille herumlauft, könnte euch übel werden. Weil eure Sinnesorgane verrückt spielen.“ Das hat auch Emily gemerkt. „Mir wurde fast schwindlig“, sagt die Zwölfjährige. „Weil man im Weltall so tief runtergucken kann.“ Wenn die Klasse unruhig wird, dann tippt Kunig aufs Tablet – und die Sechstklässler sehen durch das Cardboard das Wort „Pause“. „Damit sich eure Augen erholen“, sagt er, „und damit ihr merkt, dass ihr immer noch im Klassenzimmer seid.“ Es sei wichtig, das virtuelle Reisen „mit Lesen und dem Lösen von Aufgaben zu kombinieren“. Und wie beurteilen Fachleute das Angebot? „Innovation im Unterricht ist immer gut“, erklärt Professor Stefan Aufenanger, Medienpädagoge an der Uni Mainz. Unterrichtsprojekte mit virtueller Realität könnten „der Veranschaulichung und der Motivierung dienen“. Aufenanger betont: „Wir wissen aber noch zu wenig, ob sie insgesamt eine gute Lernhilfe sind.“ Ablehnend äußert sich Ralf Lankau, Professor für Mediengestaltung und Medientheorie an der Hochschule Offenburg. Er spricht von „Überwältigungstechnik“ und „Sedierungsmedien“. Wer sich die VR-Bilder anschaut, müsse sich „nichts mehr selbst vorstellen“. Jeder bleibe „visuell und haptisch in seiner isolierten Welt“. Google Germany widerspricht: Die Verwendung der „Expeditions“ sei „für Kinder ab sieben Jahren empfohlen“, und zwar „in Rücksprache mit Bildungsexperten, Medienpädagogen und Ärzten“. Entscheidend sei, so Google-Presse Sprecher Ralf Bremer, dass VR-Lerninhalte „sinnvoll und mit entsprechenden Pausen“ in den Unterricht eingebunden werden. „Wir sehen Virtual-Reality-Anwendungen nicht als Ersatz für räumliches Erleben oder reale Klassenausflüge“, stellt Bremer klar. Lankau kritisiert: „Dass die Stiftung Lesen das Projekt promotet, ist ein Widerspruch in sich.“ Denn Lesen solle dazu anleiten, eigene Vorstellungswelten zu entwickeln. Lankau weiter: „3-D und Multimedia verführen zum Konsumieren vorgefertigter digitaler Welten.“

Die Stiftung Lesen widerspricht: „Der souveräne Umgang mit Medien gehört ebenso wie das Lesen und Schreiben zu den grundlegenden Fähigkeiten in einer vernetzten Gesellschaft“, so Sabine Uehlein, Geschäftsführerin Programme der Stiftung. Und: „Kinder und Jugendliche sollen befähigt werden, das Potenzial von Büchern, Zeitschriften, Apps und sozialen Medien selbstbewusst und reflektiert auszuschöpfen.“

### GEW warnt vor Marketing

Wolfgang Anritter von der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM) erinnert an die Kosten, die mit dem Einsatz von VR verbunden sind: „Auch die Karton-Version der Google-Brille setzt leistungsfähige Geräte voraus, die von Kindern aus benachteiligten Familien besondere Opfer abverlangen.“ Anritter vermutet, dass es Google darum gehe, „schon im Grundschulalter eine Markenbindung bei den Kindern zu erzeugen“. Google-Sprecher Bremer weist das zurück. VR im Unterricht setze „keine Vollausrüstung der Klassen mit geeigneter Technik voraus“. Schülerinnen und Schüler könnten eigene Smartphones nutzen („Bring your own device“). Google arbeite zudem mit öffentlichen Bibliotheken zusammen. Einzelne Bibliotheken, so Bremer, „bieten den Verleih der Hardware an Schulen an“. Er betont ferner, dass Google nicht das Ziel der Markenbindung verfolge. VR-Brillen seien „von unterschiedlichen Herstellern verfügbar“, ebenso die genutzten Smartphones und Tablets. Und er verweist auf die vielen Partner: „Die einzelnen Expeditionen werden in Kooperation mit Museen, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen erstellt.“ Bremer räumt ein: Für das Erarbeiten der Begleitmaterialien erhalte die Stiftung Lesen „anteilig Finanzierung seitens Google“. Auf Misstrauen stößt zudem, dass Google die Schulen mit weiteren Angeboten ins Visier nimmt. In den USA nutzen laut New York Times bereits Millionen Schülerinnen und Schüler Software von Google, oft zusammen mit dem kostengünstigen Google-Laptop „Chromebook“. Wie die Süddeutsche Zeitung berichtet, hätten US-Datenschützer den Verdacht, dass

Google auf diese Weise Daten von Kindern sammle. Google USA erklärt hingegen, keine personenbezogenen Daten zu speichern. In Deutschland startete der Konzern im Juli 2017 die „Google Zukunftswerkstatt“ – als „breit angelegte Bildungsinitiative“. Dazu gehören kostenlose Programmierkurse für Schülerinnen und Schüler. Die taz berichtete: Um Angebote der „Zukunftswerkstatt“ an Schulen zu platzieren, pflege Google zahlreiche Kontakte in die Politik. Überschrift des taz-Berichts: „Wie deutsche Ministerien dem Konzern helfen, den Unterricht zu erobern“. Google-Sprecher Bremer räumt ein, dass Professorin Gesche Joost, Internetbotschafterin der Bundesregierung, beim Start-Event der „Zukunftswerkstatt“ in München auftrat. Im Mittelpunkt der Bildungsinitiative stehen laut Bremer aber nicht die Schulen, sondern „Angebote für professionelle Nutzerinnen und Nutzer“, etwa Arbeitnehmer, Selbstständige, Journalistinnen und Journalisten sowie gemeinnützige Organisationen. Und Lehrer Kunig? Sein Fazit zu den „Expeditions“ fällt positiv aus: „Eine Bereicherung für den Unterricht.“ Wenn die Schülerinnen und Schüler „selbst etwas erkunden, bleibt es länger und fester im Gedächtnis, so wie eine richtige Reise“. Der Pädagoge aus Frohburg schränkt allerdings ein: Die virtuelle Reise dürfe „maximal zehn Minuten am Stück“ dauern. Das Google-Angebot könne daher nur „eine Ergänzung des Unterrichts sein“.

Matthias Holland-Letz,  
freier Journalist

#### Zum Weiterlesen:

Stiftung Lesen über „Google Expeditions“: [bit.ly/klassenfahrt-virtuell](http://bit.ly/klassenfahrt-virtuell)

„Auch deutsche Schüler können jetzt VR-Reisen“, Bericht im WDR-Blog

„Digitalistan“: [bit.ly/wdr-vr-reise](http://bit.ly/wdr-vr-reise)

„Google in der Grundschule. Kleine Geschenke mit Nebenwirkung“, taz, die tageszeitung, 23. Oktober 2017: [www.taz.de/!5454518](http://www.taz.de/!5454518)

„How Google took over the classroom“, New York Times, 13. Mai 2017:

[bit.ly/nytimes-googleedu](http://bit.ly/nytimes-googleedu)



Die Lärmbelastung in einer Kita liegt zwischen 80 und 85 Dezibel im Mittelwert. Das ist in etwa so laut, als wenn ein LKW in fünf Metern Entfernung an einem Menschen vorbeifährt.

# Laut wie ein LKW

Fotos: dpa

**// Fragt man Kita-Fachkräfte, was sie am meisten belastet, ist die Antwort nahezu einhellig: der Lärm! Mit einer Kombination aus pädagogischen und bauakustischen Mitteln ist Abhilfe möglich. //**

Oben in der Bewegungsecke ist Pogo. Kinder kreischen, Eltern verabschieden sich, weinend rennt ein Knirps durch den Gang, krach, eine Legokiste stürzt um. Kathrin Koppatz klatscht in die Hände. „Auf geht’s Kinder, in die Gruppenräume.“ Ab zum Morgenkreis. Türen schlagen, Stühle quietschen, Tische ruckeln. Dann wird es ruhiger. In Raum 117 schnappt Koppatz ihre Gitarre und spricht in die zum Mikrofon geballte Faust: „Meine Damen und Herren, Sie hören den Kinderchor Freienwalder Straße.“ Der Morgenkreis stimmt das Lied von Bocky Bockwurst an.

Eine laute Arbeitsumgebung gehört zu Koppatz’ Alltag. Seit 36 Jahren arbeitet die stellvertretende Leiterin der Kita Freienwalder Straße 19c in Berlin als Erzieherin, seit 1999 muss sie mit Tinnitus leben. Mal sind die Beschwerden mehr, mal weniger schlimm, je nach Stress und Lärmpegel. Wenn montags die Kids aus einem oft bewegungsarmen Wochenende in die Einrichtung strömen, ist es besonders laut. Auch wenn Kolleginnen und Kollegen krank sind und das Team in abgespeckter Personalstärke den Alltag wuppen muss, geht der Geräuschpegel nach oben. „Und ab 50 ist man ohnehin lärmempfindlicher“, sagt Koppatz. Auch weil das Gehör bei schwindender Hörfähigkeit schrille Töne schärfer wahrnimmt.

Vielen Kolleginnen geht es nicht anders. Eine war nach einem Hörsturz ein Jahr arbeitsunfähig, eine andere versucht, die Obertöne in der Krippe mit speziellen Ohrstöpseln wegzufiltern. Koppatz: „Lärm ist der größte Stressfaktor im Kita-Alltag.“

## Gehör in Gefahr

Lange wurde das Problem unterschätzt. „Lärmbelastung in Bildungseinrichtungen hat schlicht niemanden interessiert“, sagt Matthias Lange von der Unfallkasse Hessen, „bis Anfang der 2000er-Jahre gab es nicht mal seriöse Messungen.“ Die erste Studie wurde 2001 vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Gesamthochschule Kassel erstellt. Sie dokumentiert eine Belastung im Mittelwert von 80 bis 85 Dezibel. Das ist etwa so laut, als wenn ein LKW in fünf Metern Entfernung an einem vorbeifährt und entspricht der Lärmbelastung an der Drehbank eines Autowerks.



**Teppiche statt Holzboden oder Laminat reduzieren Lärm.**

Lange: „Wer solchen Werten jahrelang acht oder mehr Stunden am Tag ausgesetzt ist, riskiert mechanische Schädigungen des Gehörs.“

Lärm hat auch gravierende psychische Auswirkungen. Zahlreiche Studien über den Arbeitsplatz Kita bestätigen: Belastungsfaktor Nummer eins ist Lärm, gefolgt von Stress. So gaben in der Untersuchung „Strukturqualität und Erzieherinnengesundheit in Kindertageseinrichtungen“ (STEGE), für die zwischen 2010 und 2012 insgesamt 2.744 Erzieherinnen und Erzieher in Nordrhein-Westfalen befragt wurden, 94 Prozent der Fach- und 88 Prozent der Leitungskräfte Lärm als größten Belastungsfaktor an.

Alfred Schmitz, Experte für Bau- und Raumakustik und Professor an der TU Braunschweig, wundert das nicht. „Ein Lärmpegel, auch wenn er phasenweise niedriger liegt, um die 80 Dezibel macht auf Dauer psychisch müde.“ Das Problem: Zwei, drei Stunden – wie bei einem Rockkonzert – lässt sich das aushalten. Deshalb, so Schmitz, zuckten Träger bei Ortsbesuchen auch oft mit den Schultern: halb so schlimm. „Doch als Dauerzustand ist es wie Gift.“

Im Kita-Alltag verdichten sich dabei Geräusche aus einer Vielzahl von Quellen zu einem schwer erträglichen Lärmgewirr: Spielen, Streiten, Singen, Rennen mischen sich mit Lauten aus Küche, Garten und von der Straße; der Schall aus Werk- und Bewegungsräumen breitet sich in die Gruppenräume aus. Außerdem wird der Schall an Wänden, Decken und Fußböden



reflektiert, Nachhallzeit nennen das Experten. „Bei einer Nachhallzeit von 0,5 Sekunden ist die Raumakustik angenehm, in Kitas aber messen wir oft bis zwei Sekunden“, erläutert Schmitz. Verschärft wird die Lautstärke durch den sogenannten „Lombardeffekt“: Bei schlechter Raumakustik sprechen Menschen automatisch lauter, schreien mehr, werden aggressiver. Schmitz: „So kommt ein Aufschaukeleffekt in Gang, der den Lärm hochschraubt.“ Das belastet auch die Kinder. Ein hoher Lärmpegel beeinträchtigt Konzentration, Informationsverarbeitung und besonders das sprachliche Lernen. Denn Kinder können Störgeräusche schlechter als Erwachsene ausblenden. Bei Lärm lässt die Konzentration schneller nach; sie haben zunehmend Mühe, Sprachlaute korrekt zu erkennen. Kinder nicht-deutscher Muttersprache könnten der Kommunikation sogar oft nur noch bruchstückhaft folgen, so die Psychoakustikerin Maria Klatte von der TU Kai-

slautern: „Sie werden aus dem kommunikativen Geschehen in der Gruppe ausgegrenzt.“

### Nachhallzeit reduzieren

Umso wichtiger ist, etwas gegen den Lärm zu tun. Gardinen aufhängen oder Teppiche ausrollen bringt freilich wenig. Aber auch ohne große architektonische Umbauten lasse sich einiges bewirken, so Raumakustiker Schmitz. Gummimatten auf den Spieltischen, Filzgleiter unter Stuhlbeinen, bessere Dichtgummis an Türen, Teppich statt Holzboden oder Laminat reduzieren Lärmquellen. Wirksam: Große Flächen mit dämmenden Materialien belegen und zwar dort, wo der Schall ankommt – an den Decken und im oberen Drittel der Wände. „Geeignet sind offenporige, nicht entflammable Akustikschaumstoffe ab fünf Zentimeter Dicke. Die gibt es im Schaumstoffhandel“, sagt Schmitz, „damit lässt sich die Nachhallzeit mindestens halbieren.“ Wichtig: Rücksprache

mit Brandschutzbehörde und Träger nehmen. Mehr als 2.500 Euro kostet so eine Schalldämmung für einen 60 Quadratmeter-Raum laut Schmitz nicht. Lärmprävention ist auch eine Frage von Organisation und Pädagogik. Lange von der Unfallkasse Hessen rät Einrichtungen, Tagesablauf, Raumnutzung und Pädagogik auf den Prüfstand zu stellen. Etwa: Wo lassen sich zusätzliche Ecken oder Außenflächen nutzen, in denen die Kinder Dampf ablassen können? Wie lassen sich Stoßzeiten entzerren oder Freispielphasen verteilen und Lärmpausen einplanen?

Anja Dilk,  
freie Journalistin

\*Susanne Viernickel/Anja Voss: „Strukturqualität und Erzieherinnengesundheit in Kindertageseinrichtungen“: [bit.ly/2p0hkYc](http://bit.ly/2p0hkYc)  
Unfallkasse NRW: „Lärmprävention in Kindertageseinrichtungen“: [bit.ly/2oWAorg](http://bit.ly/2oWAorg)

STAMM Verlag  
**E&W**  
Verlagsreisen

## DOMSTUFENFESTSPIELE IN ERFURT

„Carmen“ auf der wohl schönsten Freiluftbühne Thüringens

03.- 05.08.18 – 3-tägige Leserreise

ab € 459,-  
p. P. im Doppelzimmer



© Theater Erfurt

Erleben Sie mit uns die Domstufen-Festspiele in Erfurt, präsentiert auf der wohl schönsten Freiluftbühne Thüringens. Seit 1994 veranstaltet das Theater Erfurt dieses besondere Spektakel vor der beeindruckenden 700 Jahre alten Kulisse von Mariendom und St. Severi Kirche und lässt damit die 70 Stufen des Domberges zu einer großen Theaterbühne werden. Auf dem Programm steht Georges Bizets Oper Carmen. Liebe, Eifersucht, Stierkampf und Mord - die betörende Zigeunerin Carmen wickelt alle Männer um den Finger. Bizets Erfolgsoper fasziniert seit jeher durch ihre künstlerische Radikalität. Das eingängige Stück bietet eine Fülle an Tänzen, Liedern und Wunschkonzertmelodien, provoziert aber auch ernsthafte Gedanken über Ausgrenzung oder die Selbstbestimmung und Abhängigkeit in der Liebe.

### Das beinhaltet unsere Reise

- Bahntransfer ab/bis gewünschtem Abfahrort (2. Klasse)
- 2 Übernachtungen inkl. Frühstück im Hotel Radisson Blu Erfurt (\*\*\*\*), oder gleichwertig
- Konzertkarte für „Carmen“ im Rahmen der Domstufen-Festspiele
- 2-std. Stadtführung durch Erfurt
- 2,5-std. Stadtführung „Auf den Spuren bedeutender Persönlichkeiten“
- Führung Erfurter Dom und St. Severikirche
- Orgelkonzert in der Predigerkirche (30 min.)
- Aufstieg zur Citadelle Petersberg inkl. Führung durch die Horchgänge
- Gepäcktransfer Bahnhof - Hotel - Bahnhof
- ts|medialog-Reisebegleitung (ab 20 Teilnehmern)
- Versicherungsschein

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter [www.gew.de/verlagsreisen](http://www.gew.de/verlagsreisen)

Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld



# Altlasten

**// In Thüringen ist der Personalnotstand an Schulen und Kitas das Resultat einer jahrelangen verfehlten Politik. In Zeiten sinkender Geburtenraten wurden Pädagoginnen und Pädagogen entlassen, die heute angesichts steigender Kinderzahlen fehlen. //**

Zeugnisse ohne Noten – was für Schülerinnen und Schüler ein Traum ist, wurde in Thüringen zum Ende des ersten Schulhalbjahres 2017/18 zum bildungspolitischen Albtraum. Landesweit gab es in Hunderten Schulklassen Zeugnisse, die teilweise große Lücken enthielten: Fächer wie Sport, Musik, Kunst, Ethik, Physik, Chemie oder Biologie wurden wegen des Ausfalls von Unterricht nicht bewertet. Grund dafür war der anhaltende Lehrkräftemangel im Land. Das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) spricht von einem „strukturellen Problem“. Die Vorgängerregierungen hätten in den vergangenen



Fotos: Holger John

**„Lehrkräftemangel gibt es in Thüringen über alle Schulformen hinweg.“ Besonders dramatisch sei die Lage in der Regelschule, sagt Peter Seifert, Schulleiter der Hans-Christian-Andersen-Grundschule.**

20 Jahren „kontinuierlich Lehrerstellen abgebaut“, sagt der Sprecher des Ministeriums, Frank Schenker. Ihren traurigen Höhepunkt hatte diese Entwicklung Schenker zufolge 2008, als lediglich fünf neue Lehrkräfte eingestellt worden



**Holen die Schülerinnen und Schüler der Hans-Christian-Andersen-Grundschule in Walschleben nahe Erfurt an ihrem Projekttag „Tanzrausch“ nach, woran Mangel besteht? Es gibt in ganz Thüringen zu wenige Lehrkräfte für Fächer wie Sport, Musik, Kunst, aber auch Physik und Biologie.**

seien. Thüringen wird seit Dezember 2014 von einer Koalition aus Linkspartei, SPD und Grünen regiert, davor wurde das Land von CDU und SPD geführt. Als Notmaßnahme kündigte Bildungsminister Helmut Holter (Die Linke) an, mit Beginn des neuen Schulhalbjahres 177 Lehrkräfte zusätzlich einzustellen. Die Neueinstellungen seien ein Tropfen auf den heißen Stein, kommentiert die Vorsitzende der GEW Thüringen, Kathrin Vitzthum, diese Entscheidung. „Damit werden die größten Löcher gestopft; für das neue Schuljahr braucht es deutlich mehr Neueinstellungen.“ Auch die im Doppelhaushalt 2018/19 von der rot-rot-grünen Landesregierung zusätzlich eingeplanten 600 befristeten Stellen seien keine nachhaltige Lösung. Um den Personalbestand an den Schulen langfristig zu sichern, müssten unbefristete Stellen geschaffen werden. Das nötige Geld sei da, so Vitzthum. Bei Neueinstellungen wegen des altersbedingten Ausscheidens von Kolleginnen und Kollegen spare das Land Geld – schätzungsweise fünf bis sieben Millionen Euro –, da die „Neuen“ in der Regel in der untersten Stufe der Tarif- oder Besoldungstabelle anfangen. Rot-Rot-

Grün fürchte aber offenbar die Kritik anderer Bundesländer – Thüringen sei ein sogenanntes Nehmerland im Länderfinanzausgleich und stehe unter politischem Druck, Personalkosten im öffentlichen Dienst zu sparen. Eine langfristige Personalplanung fordert auch Rüdiger Schütz. Schon vor 15 Jahren habe die Gewerkschaft darauf hingewiesen, dass das Land zu wenig in die Lehrkräfteausbildung investiere und dies bei steigenden Schülerzahlen zu Engpässen führen werde, so der Leiter der Arbeitsgruppe Schulleiterinnen und Schulleiter der thüringischen GEW. „Diese Situation ist jetzt eingetreten.“

## Ein Bündel von Ursachen

„Lehrkräftemangel gibt es über alle Schulformen hinweg“, ergänzt Peter Seifert. Besonders dramatisch sei die Personallücke in den Regelschulen, zunehmend allerdings auch in den Grundschulen, sagt der 59-jährige Leiter der Hans-Christian-Andersen-Grundschule in Walschleben nahe der Landeshauptstadt Erfurt. Hier machten sich die steigenden Schülerzahlen, die Pensionierung, das vorzeitige Ausscheiden aus dem Schuldienst und der

Krankenstand der Pädagoginnen und Pädagogen bemerkbar.

Die Probleme bei der Personalbeschaffung kennt Seifert zur Genüge. „Wir sind eine dreizügige Grundschule mit 211 Schülerinnen und Schülern, im nächsten Schuljahr werden es 15 Kinder mehr sein.“ Seifert braucht nicht nur neue Lehrkräfte oder eine höhere Stundenzuweisung; Mangel herrscht auch bei den Hort-Erzieherinnen. Aus seiner Tätigkeit als GEW-Vertreter im Hauptpersonalrat beim Bildungsministerium weiß Seifert, dass er mit seinen Personalproblemen nicht allein ist: „Die Zahl der Erkrankten oder Langzeiterkrankten ist in vielen Grundschulen epochal hoch. Viele Erzieherinnen und Erzieher müssen vormittags bei der Betreuung der Kinder einspringen, wenn Lehrkräfte ausgefallen sind.“

Als langzeiterkrankt zählen Arbeitskräfte, die ohne Unterbrechung mehr als sechs Wochen krank sind. Häufig leiden diese unter psychosomatischen Erkrankungen; überproportional häufig melden sich ältere Kolleginnen und Kollegen krankheitsbedingt vom Schuldienst ab. Angesichts eines Altersdurchschnitts von rund 55 Jahren schnellte in den vergangenen Jahren die Zahl der langzeiterkrankten Lehrkräfte nach oben. 2016 stieg sie nach Angaben der Landes-GEW von weniger als 600 auf über 800, zählt man die berufsbildenden Schulen hinzu sogar auf rund 950. Von den landesweit rund 17.400 Lehrerinnen und Lehrern standen also gut 5,5 Prozent langfristig oder dauerhaft nicht für den Unterricht zur Verfügung.

### „Nebenfächer“ fallen aus

Viele Grundschulen seien dazu übergegangen, die Stunden, die für Musik, Sport, Kunst, Werken vorgesehen sind, für die Hauptfächer Deutsch, Mathe, Heimat- und Sachkunde zu nutzen, damit diese Fächer so selten wie möglich ausfallen, beschreibt Seifert die Folgen. Die Regelschulen – das sind in Thüringen die im Jahr 1990 zusammengelegten Haupt- und Realschulen – und die Gymnasien könnten auf solche Lösungen allerdings nicht zurückgreifen. Hier falle der Unterricht in Mathe, Chemie, Physik oder Deutsch „halt dann ganz aus“. Im Bereich der frühkindlichen Pädagogik sieht es nicht besser aus. Rechne-

### Land bildet zu wenige Lehrkräfte aus

„Wenn es nicht gelingt, neue Lehrkräfte für den Schuldienst zu gewinnen, steuert Thüringen auf einen erheblichen Mangel zu. Es ist zwar zu begrüßen, dass das Land die Deckelung der jährlichen Einstellungen auf 500 Stellen abgeschafft und für 2018 rund 900 sowie für das kommende Jahr weitere 650 Neueinstellungen versprochen hat. Damit kann aber nur der Status quo gehalten werden. Die Einstellungszahlen bei den Lehrkräften bilden weder die steigenden Schülerzahlen ab noch spiegeln sie die gewachsenen Herausforderungen wider, denen sich Schulen gegenübersehen. Die personelle Lücke, die in den vergangenen Jahren gerissen wurde sowie Inklusion und Integration – das sind Dinge, die auf dem Rücken der Beschäftigten und damit auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden. Das Land bildet vor allem für die Regelschulen zu wenig eigenen Lehrkräftenachwuchs aus. So gab es bereits 2016 nur 319 Absolventen des zweiten Staatsexamens – gegenüber 492 Vollzeitstellen, die besetzt werden mussten.“

Kathrin Vitzthum, GEW-Vorsitzende Thüringen



Kathrin Vitzthum

Foto: GEW Thüringen

risch könnten die 31 Fachschulen für Sozialpädagogik und drei Hochschulen mit ihren jährlich knapp 1.000 Absolventinnen und Absolventen den Personalbedarf der Kitas zwar decken. Das Land verliere aber viele fertig Ausgebildete an westliche Bundesländer, sagt die Kita-Referentin der Landes-GEW, Nadine Hübener. Außerdem bilde Thüringen „breit aus, also auch für den Bereich Schulhort und Jugendhilfe, sodass nicht alle Absolventinnen und Absolventen für den Bereich Kita zur Verfügung stehen“. Beim TMBJS sieht man vor allem die freien Träger in der Verantwortung. Einige von ihnen bezahlen die Beschäftigten nicht

in Anlehnung an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), sodass sich viele Neu-Erzieherinnen für eine Stelle in einem anderen Bundesland entscheiden.

Auch Bettina Löbl sucht händeringend neue Erzieherinnen und Erzieher. Die 47-Jährige leitet eine Kita eines freien Trägers in Erfurt mit 147 Kindern ab zwei Jahren, die von 18 Erzieherinnen pädagogisch betreut werden. Natürlich halte man die gesetzlichen Rahmenbedingungen ein, sagt Löbl, aber schon die normalen Ausfallzeiten aufgrund von Erkrankungen und Schwangerschaften sowie des hohen Altersdurchschnitts der Beschäftigten sorgten für eine permanente Überlastung des Personals.

Es sei 5 vor 12, warnt Löbl. Insbesondere bei den für die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen zuständigen Kommunen stecke man parteiübergreifend trotz der notwendigen Investitionen in die frühkindliche Förderung den Kopf häufig in den Sand. „Wer Qualität in der frühkindlichen Förderung will, der muss endlich für die wissenschaftlich empfohlene Personalausstattung mit einem Schlüssel von 1 (Fachkraft) zu 3 (Kinder) und für gute, tariflich gesicherte Arbeitsbedingungen in den Kindertageseinrichtungen sorgen.“

Jürgen Amendt,  
Redakteur „neues deutschland“



Foto: privat

**Personalnot auch in den Kitas Thüringens: „Es ist 5 vor 12“, warnt Bettina Löbl. Die Kita-Leiterin sucht händeringend nach neuen Erzieherinnen.**



## Zahlen und Fakten

Die niedrigste Zahl an Schülerinnen und Schülern verzeichnete die amtliche Statistik mit knapp 234.000 für das Schuljahr 2012/13, seitdem steigt sie Jahr für Jahr wieder an. Im aktuellen Schuljahr besuchen etwas mehr als 242.000 Kinder und junge Menschen in Thüringen allgemeinbildende sowie berufsbildende Schulen. Die Zahl der Lehrkräfte hat sich von 2013 bis 2017 dagegen kaum erhöht: Im Schuljahr 2012/13 beschäftigte das Land rund 21.400 Pädagoginnen und Pädagogen, im vergangenen Schuljahr – die Zahlen für das aktuelle Jahr liegen noch nicht vor – waren es knapp 400 mehr. Zu Beginn des Schuljahres 2014/15 konnten aufgrund des Personalmangels 2,6 Prozent der Unterrichtsstunden nicht erteilt werden; bis Anfang des laufenden Schuljahres erhöhte sich der Unterrichtsausfall auf 4,1 Prozent\*.

Erzieherinnen und Erzieher in Thüringen schneiden bei der Bezahlung im Vergleich mit anderen Bundesländern schlechter ab. Nach einer Studie der Landesarbeitsagentur aus 2017 beträgt ihr Vollzeitgehalt im Schnitt monatlich 2.783 Euro brutto. Nur Erzieherinnen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern bekommen weniger. Das Gehaltsgefälle zu Hessen beträgt etwa 357 Euro monatlich. Dies sei einer der Gründe, warum knapp 1.200 Erzieherinnen und Erzieher täglich zur Arbeit in benachbarte Bundesländer fahren, heißt es in der Studie. Im Gegenzug pendelten aus anderen Bundesländern nur 740 Erzieher nach Thüringen.\*\*

Nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik sind zurzeit rund 40 Prozent der knapp 23.000 Erzieherinnen und Erzieher in den Einrichtungen über 50 Jahre alt.

J.A.

\*s. Thüringer Ministerium für Bildung, Sport und Jugend, [www.schulstatistik-thueringen.de](http://www.schulstatistik-thueringen.de)

\*\*s. Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen Arbeitsmarktbeobachtung und -berichterstattung: „Der Arbeitsmarkt in Thüringen – Berufe der Kinderbetreuung und Erziehung“ (2017), Download: [docplayer.org/54984864-Der-arbeitsmarkt-in-thueringen.html](http://docplayer.org/54984864-Der-arbeitsmarkt-in-thueringen.html)

## „Wo bleibt der Nachwuchs?“

Wenn Rüdiger Schütz an die Zukunft seiner Schule denkt, kommt er ins Grübeln. In wenigen Jahren wird der 63-jährige Schulleiter in Pension gehen – und mit ihm ein halbes Dutzend der Kolleginnen und Kollegen. Der Altersdurchschnitt an seiner Schule betrage derzeit 54 Jahre. „Wo bleibt der Nachwuchs?“ fragt sich der Rektor der Integrierten Gesamtschule (IGS) „Grete Unrein“ in Jena. In den kommenden fünf, sechs Jahren werde eine ganze Alterskohorte „auf einen Schlag“ in Pension oder Rente gehen. Doch viele junge Kolleginnen und Kollegen seien einfach noch nicht so weit, dass sie Leitungsverantwortung übernehmen könnten, erläutert Schütz.

Die IGS „Grete Unrein“ ist eine traditionsreiche Bildungseinrichtung. Ge-gründet wurde sie bereits 1912 als Städtisches Lyzeum. Seit 1991 ist die Einrichtung eine integrierte Gesamtschule, die zum Hauptschulabschluss, zur Mittleren Reife und zum Abitur führt. 535 Schülerinnen und Schüler lernen hier von der 5. bis zur 13. Klasse, un-

terrichtet von 52 Lehrerinnen und Lehrern. Mangelfächer wie Religion, Sport, Kunst oder Musik habe es schon immer gegeben, seit einigen Jahren fehlten aber auch Lehrkräfte für Mathematik,



Foto: privat

**Dem 63-jährigen Schulleiter Rüdiger Schütz fehlt der Nachwuchs. Der Altersdurchschnitt im Kollegium seiner Schule beträgt derzeit 54 Jahre.**

die Naturwissenschaften und Informatik, beschreibt Schütz die Situation: „In Thüringen haben wir mit zwei Problemen zu kämpfen: Zum einen damit, dass sich zu wenige angehende Lehrerinnen und Lehrer für diese Fächer interessieren, zum anderen wandern viele Junglehrkräfte in die alten Bundesländer ab, weil sie dort oft attraktivere Stellen und eine bessere Bezahlung angeboten bekommen.“

Stundenausfall in größerem Umfang aufgrund von Personalmangel gebe es an der IGS nicht, so Schütz kurz und knapp, aber er ergänzt: „noch nicht“. Bislang habe man den Ausfall kompensieren können. Für das kommende Schuljahr rechnet er allerdings mit einer Unterbesetzung von mindestens drei Stellen. Betroffen sind der naturwissenschaftliche Bereich (Physik, Mathematik, Informatik) und der Musikunterricht in der gymnasialen Oberstufe. Diesen, so Schütz, müsse er unter Umständen ersatzlos streichen, weil es hierfür auf dem Arbeitsmarkt derzeit einfach keine Lehrkräfte gebe.

J.A.

# Im Schnitt rund 7,5 Prozent mehr Gehalt

**// Es waren noch einmal drei lange Verhandlungstage in Potsdam nötig, bis sich die Tarifparteien auf einen Abschluss verständigt haben. Am Ende steht ein Ergebnis, das gut für alle im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten ist. Im Schnitt steigen die Gehälter über eine Laufzeit von zweieinhalb Jahren um 7,5 Prozent. Für Berufseinsteiger in der ersten Stufe der Entgelttabelle beträgt die Erhöhung bis zu 12 Prozent. So wird der öffentliche Dienst für junge Menschen attraktiver. Endlich wird auch die Jahressonderzahlung Ost an das Westniveau angeglichen. //**

Das zentrale Thema der Tarifrunde war die Forderung der Gewerk-

schaften, dass die Gehälter im öffentlichen Dienst in Zeiten von Wirtschaftswachstum, Fachkräftemangel und Rekordsteuereinnahmen deutlicher steigen sollen als in den Jahren zuvor. Das ist im Kern gelungen: Unter dem Strich steht die höchste Gehaltssteigerung seit Jahren.

Um zu einer Einigung zu kommen, von der alle Beschäftigten profitieren und die zugleich für die Arbeitgeber akzeptabel ist, umfasst das Tarifergebnis mehrere Komponenten. Es gibt drei Erhöhungsschritte für die Gehälter: Rückwirkend zum 1. März 2018 steigen diese im Schnitt um 3,19 Prozent. Der zweite Schritt folgt zum 1. April 2019 und bringt im Schnitt 3,09 Prozent. Ab 1. März 2020 gibt es durchschnittlich noch einmal 1,06 Prozent mehr für die verbleibenden sechs Monate Tarifvertragslaufzeit. In allen Entgeltgruppen

wurde die Stufe 1 besonders stark angehoben – über die gesamte Laufzeit um bis zu 12 Prozent. Außerdem gibt es für die Entgeltgruppen 1 bis 6 zum 1. März 2018 eine Einmalzahlung in Höhe von 250 Euro\*.

Zudem wird die Jahressonderzahlung für die Beschäftigten im Tarifgebiet Ost an das Westniveau angeglichen. Sie wird schrittweise über vier Jahre erhöht, sodass es dann eine einheitliche Jahressonderzahlung endlich auch in allen Kommunen der Bundesländer geben wird. Der erste Schritt kommt 2019 mit einer Anhebung auf 82 Prozent des Westniveaus, 2020 auf 88 Prozent und 2021 auf 94 Prozent. 2022 sind dann schließlich 100 Prozent erreicht.

## Verhandlungszusage

Ein Erfolg für die GEW ist die Zusage, dass die Bildungsgewerk-



Viele GEW-Kolleginnen und -Kollegen beteiligten sich – wie hier in Kiel – an den Warnstreikaktionen der Gewerkschaften. Ihr Engagement war für das gute Tarifergebnis mitentscheidend.

Foto: Philipp Westphal

Otmar Patzel

## Nutzen von Unterrichtsprinzipien und -methoden

Theoretische Aspekte und empirische Analyse am Beispiel Anlagenmechaniker für SHK



λογος

2017 – 320 Seiten

49,50 €

978-3-8325-4503-1



In dieser Arbeit werden Unterrichtsverfahren kritisch und domänenspezifisch auf ihre Wirkung untersucht, um daran anschließend ein fundiertes Handlungskonzept zu präsentieren.

Im empirischen Teil werden die Situation, Bedingungen und Mittel im Bildungsgang und an den Schulen berücksichtigt, es werden klare Aussagen zu möglichen Verbesserungen des Lernerfolges gemacht und es wird die Anwendungshäufigkeit von Unterrichtsmethoden berücksichtigt, wobei sich die Untersuchung nicht auf lineare Betrachtungen beschränkt. Aus den Ergebnissen lässt sich schließen, dass sowohl dem lehrer- als auch schülerzentrierten Unterricht eine positive Wirkung zuzuordnen ist und wie Unterrichtsmethoden sowie Fachpraxisunterricht wirkungsvoll einzusetzen sind.

Dr. Otmar Patzel unterrichtet an den Berufsbildenden Schulen in Verden. Er ist Autor mehrerer Lehrbücher für Anlagenmechanik. Sein Engagement gilt insbesondere der Schüler- und Lehrerausbildung mit dem Ziel der systematischen Verbesserung des Unterrichts im Bildungsgang für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik.

Logos Verlag Berlin GmbH  
www.logos-verlag.de

schaft mit dem kommunalen Arbeitgeberverband Bayern (KAV Bayern) demnächst über eine tarifliche Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte an den kommunalen Schulen verhandeln wird. Der KAV hatte sich zuvor darauf zurückgezogen, kein Verhandlungsmandat von der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zu haben. Auf Druck der GEW hat die VKA jetzt den Weg für Tarifverhandlungen frei gemacht. Für die Inhalte einer künftigen Lehrkräfte-Entgeltordnung gibt es keine Vorgaben. Am Ende muss die VKA einem Verhandlungsergebnis zwischen KAV und GEW zustimmen, bevor dieses in Kraft treten kann. Die GEW hatte gefordert, Auszubildende in Erziehungsberufen nach dem PiA-Modell (Praxisintegrierte Ausbildung)

Für angehende Erzieherinnen und Erzieher in berufsbegleitenden Ausbildungen ändert sich am System nichts: Da sie neben dem Schulvertrag auch einen separaten Arbeitsvertrag haben, werden sie wie bisher eingruppiert, profitieren aber natürlich von den höheren Tabellenwerten für die Gehälter.

### Altersteilzeitregelung bleibt

Die Gewerkschaften hatten gefordert, die bestehende Regelung zur Altersteilzeit (ATZ) im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) fortzuschreiben. Das ist gelungen, obwohl die Arbeitgeber versuchten, den individuellen Anspruch der Beschäftigten auf ATZ ganz zu streichen. Dieser ist schon heute durch die Quotenregelung eingeschränkt: In jedem Betrieb dürfen nur

Vereinbarung eines kostenlosen Nahverkehrstickets zu schaffen. Das ist ein Minuspunkt des Abschlusses. Die Gewerkschaften hatten als „ökologische Komponente“ Verhandlungen über ein kostenloses Ticket für den öffentlichen Nahverkehr gefordert, um dessen Nutzung für die Beschäftigten attraktiver zu gestalten und sie insbesondere in Ballungsräumen finanziell zu entlasten. Dies haben die Arbeitgeber strikt abgelehnt. Das ist ärgerlich, aber die Gewerkschaften werden bei der Forderung nach kostenlosem Nahverkehr für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den nächsten Jahren nicht locker lassen.

Abteilungen Tarif- und Beamtenpolitik sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



**„Ohne gewerkschaftliches Engagement geht es nicht. Und ohne eine angemessen hohe Bezahlung kann man gutes Personal nur schwer gewinnen und halten.“**

Jens Kastner ist Erzieher aus Hamburg und Mitglied der GEW-Tarifkommission.

Foto: Kay Henschelmann

in die Tarifverträge aufzunehmen und ihre Ausbildungsvergütung verbindlich zu regeln. Bisher waren diese von den Tarifverträgen ausgeschlossen und erhielten keine einheitliche Ausbildungsvergütung. Mit dem Tarifabschluss ist es gelungen, sie in den „TVAöD – Besonderer Teil Pflege“ einzubinden. Das ist der Tarifvertrag, der die Ausbildungsverhältnisse im Pflegebereich tariflich regelt. Daraus ergibt sich für die Auszubildenden ein tarifvertraglicher Anspruch auf eine Ausbildungsvergütung.

2,5 Prozent der Beschäftigten gleichzeitig die ATZ nutzen. Da ATZ für die Arbeitgeber ein Instrument zum Stellenabbau ist, war es nicht möglich, in Zeiten des Personal Mangels eine Verbesserung durchzusetzen oder diese Quote aufzuheben. Immerhin wurden der Angriff der Arbeitgeber auf die bestehende Regelung abgewehrt und ein individueller Anspruch der Beschäftigten auf ATZ im Rahmen der Quote gewahrt. Die Arbeitgeber haben verhindert, im Tarifvertrag die Möglichkeit für die

**\*Die Gehaltstabellen, die sich aus diesen Lohnzuwächsen für die im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst (etwa Erzieherinnen, Sozialpädagogen und -arbeiter) sowie alle anderen bei Bund und Kommunen Beschäftigten ergeben, hat die GEW auf ihrer Website unter [www.gew.de/fragen-und-antworten](http://www.gew.de/fragen-und-antworten) eingestellt. Hier finden Sie auch Antworten auf die wichtigsten Fragen zum Tarifabschluss und die Beiträge der lebhaften Mitglieder Diskussion.**



Foto: Kay Harsehelmann

KOMMENTAR

DANIEL MERBITZ

# Zähe Verhandlungen mit Happy End

Der Druck der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter war die Voraussetzung dafür, dass die entscheidende Verhandlungsrunde für die im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten in Potsdam erfolgreich endete. Ohne ihn hätten sich Bundesinnenministerium (BMI) und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) nicht bewegt; Tarifrunden sind keine Selbstläufer. Allen Aktiven – an den Warnstreiks beteiligten sich nahezu dreimal so viele GEW-Kolleginnen und -Kollegen wie 2016! – danke ich herzlich.

Das Verhandlungsteam erlebte eine Reihe Überraschungen; nächtelang bemühten sich die Verhandlungskommissionen, Ansätze für Kompromisse zu entwickeln. In einer Situation, die mit „festgefahren“ noch diplomatisch beschrieben ist, überraschten die Gewerkschaften die Arbeitgeber dann mit einem Vorschlag, der eine deutliche Aufwertung der Gehälter mit sich bringen sollte: Die Entgeltstufen sollten logischer aufgebaut und zugleich für alle Beschäftigtengruppen eine gute Lohnsteigerung erreicht werden. Die Arbeitgeber – ebenfalls überraschend – ließen sich darauf verhandelt, gerechnet, debattiert.

Am späten Dienstagabend teilte die VKA den Gewerkschaften und dem BMI mit, sie wolle das just ausgehandelte Einigungspapier doch nicht annehmen. Die Sitzungen der Tarifkommissionen der Gewerkschaften wurden unterbrochen, die VKA wieder eingefangen. Nachts um ein Uhr konnte die Einigung schließlich verkündet werden. Am Ende zählt das Happy End: Ein starkes Ergebnis, eine neu ausbalancierte Tabelle, die den unteren und mittleren Einkommensgruppen ebenso gerecht wird wie der Notwendigkeit von Neueinstellungen, ohne die eine Entlastung der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst nicht möglich ist. Schade, dass die Laufzeit mit 30 Monaten so lang ist – das bleibt aus gewerkschaftlicher Sicht ein Manko des Abschlusses. Ein zusätzliches Plus für die GEW: Es ist gelungen, VKA-Präsident Thomas Böhle eine Verhandlungszusage für die kommunalen Lehrkräfte in Bayern abzutrotzen. Diese haben bis heute für ihre Eingruppierung keinen Tarifvertrag. Wir setzen uns dafür ein, dass es auch dort ein Happy End gibt.

Daniel Merbitz,  
GEW-Vorstandsmitglied  
Tarif- und Beamtenpolitik

## Oberstufenzentrum

Berufliches Gymnasium, Berufsoberschule,  
Berufsfachschule, Fachoberschule und Berufsschule

**T**ECHNISCHE  
**I**NFORMATIK  
**I**NDUSTRIE  
**E**LEKTRONIK  
**E**NERGIE  
**M**ANAGEMENT

Sie sind eine engagierte erfahrene Chemielehrkraft?  
Sie entwickeln sich und Ihr Unterrichtsrepertoire fortwährend weiter?  
Sie möchten gerne für sich, Ihr Fachkollegium und Ihre Schule mehr Verantwortung übernehmen?  
Sie würden gerne Ihren Lebensmittelpunkt nach Berlin verlegen oder dort fester verankern?

Dann suchen wir möglicherweise genau Sie!

Zur Verstärkung unseres Kollegiums und unserer Führungsebene benötigen wir eine neue Fachleitung.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an:  
info@osztiem.de

Wir freuen uns auf Sie!

Die Schulleitung des OSZ TIEM

**fORSCHER**  
WERKSTATT

**10,- € GUTSCHEIN\***

☎ 0211 179270-60

**Hagemann**  
seit 1929

Lebende Tiere beobachten!

- ✓ mit extra viel Zubehör
- ✓ Lieferung zum Wunschtermin

MIT LEHRERINFOS UND ARBEITSBLÄTTERN!

300

**AHA-Effekt-Produkte**  
[www.hagemann.de](http://www.hagemann.de)

**Zuchtset Schmetterlinge, kompakt**  
Art.-Nr. 80008 **29,95**

**Zuchtset Marienkäfer**  
Art.-Nr. 80041 **29,95**

**Hagemann Stabile Seifenblasen**  
Art.-Nr. 80765 **3,75**

**Solar-Fotopapier (40 St.)**  
Art.-Nr. 80064 **29,90**

**Hagemann Wunderfisch**  
Art.-Nr. 80431 **1,00**  
ab 10 St. je **0,89**

**Hagemann Augenbinden (6 St.)**  
Art.-Nr. 80886 **13,90**

**10,- € GUTSCHEIN\***

\* Code: EW0418 (gültig bis 30.06.2018, Mindestbest.wert 30,- €)

☎ Die Zuchtsets kommen zu Ihrem Wunschtermin!

fotolia (Ilike, Gelpi, Denis Tabler)

Erziehung und Wissenschaft | 05/2018

# Sichtbar werden!

// „Es ist wichtig, als lesbische Lehrerin in Erscheinung zu treten – für das eigene Selbstverständnis, aber auch um Schüler\*innen zu bestärken, ihren eigenen Weg zu gehen“, sagt Doris Lügert, die vor 25 Jahren die Arbeitsgemeinschaft lesbischer Lehrerinnen in der GEW mitgründete. //

**E&W:** Wie kam es zur Gründung der AG lesbische Lehrerinnen?

**Doris Lügert:** Als ich meine erste Stelle in der niedersächsischen Provinz antrat, fühlte ich mich sehr isoliert. Ich hatte mich nur vor wenigen Kolleginnen geoutet, deshalb besuchte ich ein ÖTV-Seminar über das Sichtbarwerden in der Arbeitswelt. Das war aber zu allgemein und passte nicht auf meine Situation. Bei einem Seminar über Lesben in sozialen Berufen lernte ich eine Lehrerin aus Berlin kennen, und wir gründeten die AG lesbische Lehrerinnen in der GEW. Wir brauchten ein Netzwerk, um uns gegenseitig zu stärken, um sicherer zu werden im Umgang mit Kolleg\*inn\*en, Eltern und Schüler\*n\*innen.

**E&W:** Was ist am Arbeitsplatz Schule besonders?

**Lügert:** Man hat jedes Jahr neue Schüler\*innen und Eltern und ist durch seine zentrale Rolle leicht angreifbar. Als Lehrende sind wir angehalten, uns nicht politisch zu äußern und unsere Weltanschauung nicht zu stark einzubringen. Trotzdem ist es wichtig, als Person sichtbar – und damit Vorbild – zu sein. So lernen die Kinder, eine tolerante Haltung zu entwickeln. In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns.

**E&W:** Davon waren Sie vor 25 Jahren sicher noch weit entfernt. Wie war das Selbstverständnis lesbischer Lehrerinnen zu der Zeit?

**Lügert:** Die meisten lebten versteckt. Zum ersten Bundestreffen kamen knapp 40 Frauen. Weniger als 10 Prozent waren an ihren Schulen sichtbar. Wir haben jedes Jahr Coming-out-Workshops angeboten. Es war wichtig, sich auszutauschen und zu hören, wie selbstverständlich andere damit umgehen. So verliert man Scheu und Befangenheit und kann selbstbewusster auftreten.

**E&W:** Wie ist das Selbstverständnis heute?

**Lügert:** Heute outet sich mehr als die Hälfte der Kolleginnen. Insgesamt wird mit lesbischen Beziehungen viel offener umgegangen. Der andere Teil findet, dass dies Privatsache ist.

**E&W:** Das veränderte Selbstverständnis geht noch weiter: In den vergangenen Jahren hat sich eine neue Generation auf den Bundestreffen Gehör verschafft, die für eine queere Identität steht.

**Lügert:** Diese neue gesellschaftliche Strömung hat auch bei uns eine Debatte zwischen den Generationen ausgelöst. Viele Jahre ging es bei uns um das Ansprechen der lesbischen



Foto: privat

**Doris Lügert, Mitbegründerin der AG lesbische Lehrerinnen in der GEW**

Lebenserfahrungen. Für die queeren Kolleg\*inn\*en passen die festen sexuellen und geschlechtlichen Identitäten nicht. Sie brachten sich intensiv ein und organisieren die Treffen heute mit.

**E&W:** Die rechtliche Verankerung der Ehe für alle war ein großer Schritt in Richtung Gleichberechtigung. Fühlen Sie sich heute anerkannter als vor 25 Jahren?

**Lügert:** Diese Prozesse geschehen sehr langsam. Eine erste Öffnung machte sich bemerkbar, als in den ersten TV-Soaps Lesben und Schwule auftraten. Damit war das Thema in der Öffentlichkeit und wir wurden direkter angesprochen. Durch die Gesetzesänderung fanden viele von uns dann den Mut, zu ihrer Lebenssituation zu stehen und nicht mehr von „meiner Freundin“, sondern von „meiner Frau“ zu sprechen.

**E&W:** Sehen Sie in sehr konservativen Teilen der Gesellschaft, beispielsweise in manchen muslimisch geprägten Einwandererfamilien, einen Rollback?

**Lügert:** Ich selbst kann das aus meiner Erfahrung oder der meiner Kolleginnen an Schulen nicht bestätigen. Häufig hängen die Reaktionen davon ab, wie sicher ich auftrete und ob ich ein gutes Netzwerk habe.

Michaela Ludwig,  
freie Journalistin

Das nächste „Bundesweite Treffen lesbischer\*queerer Lehrerinnen, Sozialpädagoginnen und Erzieherinnen“ findet vom 10. bis 13. Mai in Reinhausen bei Göttingen statt: [www.gew.de/bundestreffen-lesbqueer](http://www.gew.de/bundestreffen-lesbqueer)

In diesem Interview wird statt der männlichen und weiblichen Form das Gendersternchen \* verwendet. Dieses denkt gezielt auch transsexuelle, transgender und intersexuelle Menschen mit.



# Unnötiger Luxus in Zeiten knapper Kassen?

**// In regelmäßigen Abständen brandet eine mediale Debatte über marode Schulgebäude, vom Schimmel befallene Klassenräume und unhygienische Zustände in Turnhallen und Sanitäreinrichtungen der Schulen auf. Trotz verschiedener Finanzierungsprogramme des Bundes und der Länder waren die Kommunen bisher offenbar nur bedingt in der Lage, den Investitionsstau in Höhe von rund 33 Milliarden Euro abzubauen. //**

Die Bildungsinfrastruktur verkommt inzwischen immer mehr zu einem reinen Reparaturbetrieb. Ein gestalterischer Anspruch bei Fragen des kommunalen Schulaus- und -umbaus – verstanden auch als ein Beitrag für innovative pädagogische Konzepte – scheint zunehmend in den Hintergrund gedrängt zu werden. Aufgaben und Aktivitäten in Schulen haben sich so verändert, dass die bisherige räumliche Klassenraum-Flur-Konzeption nicht mehr den Anforderungen an einen zeitgemäßen Schulbau entspricht. Dabei hat auch das bauliche Umfeld, in dem Schule und Kinderbetreuung stattfindet, Einfluss auf das Lernen der Kinder und Jugendlichen. In einer Dialogveranstaltung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) diskutierten Architekten und Bauplaner mit Vertretern aus der schulischen Praxis, welche Infrastrukturbedarfe im Bildungsbereich in einer wachsenden Stadt wie Berlin absehbar sind. Welche Beiträge können dabei Stadtplanung und Architektur in Zeiten knapper öffentlicher Kassen leisten, um den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler zu verbessern? Ralf Treptow, Leiter des Rosa-Luxemburg-Gymnasiums in Berlin und Vorsitzender des Verbandes der Berliner Oberstudiendirektoren, sowie GEW-Vorsitzende Marlis Tepe beklagten vor allem unklare Zuständigkeiten zwischen den föderalen Ebenen einerseits und den verschiedenen Fachverwaltungen andererseits. Dies führe oft zu einem erheblichen Koordinationsaufwand und massiven zeitlichen Verzögerungen bei der Planung und Realisierung dringend benötigter Um- und Ausbaumaßnahmen. Eine unzureichende Finanzausstattung der Schulen verlange den Schulleitern zudem ein Höchstmaß an Kreativität und baulicher Planungskompetenz ab, die von ihnen eigentlich gar nicht erwartet werden dürfte. Tepe illustrierte ihre Ausführungen mit Beispielen aus der eigenen Schulpraxis und unterstrich damit die Notwendigkeit grundlegender Sanierungsmaßnahmen – insbesondere in einer Vielzahl an Schulgebäuden, die in den 1960er- und 1970er-Jahren aus dem Boden gestampft worden seien. „Es kann nicht sein, dass schulische Sanitäreinrichtungen zu ‚No-go-Areas‘ mutieren, nur weil das Geld und Planungskapazitäten fehlen!“, betonte Tepe. „Angesichts der Lebenszeit, die Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte in Schulgebäuden verbringen, ist die Forderung nach ‚Wohlfühlräumen‘ keine Luxusforderung.“

Dass es inzwischen durchaus diverse Positivbeispiele für gelungenen Schulaus- und -umbau gibt, zeigte Barbara Pampe, Architektin und Referentin bei der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, sowie Doris Gruber, Architektin und Mitglied der Bundesarchitektenkammer (BDA). Mit Blick auf Binnendifferenzierung, Inklusion und Ganztagsbetreuung gehe es dabei vor allem darum, eine lichte und multifunktionale Lernumgebung mit Lern-, Experimentier- und Arbeitsinseln für Lernende und Lehrende zu schaffen. Sowohl Schulpraktiker als auch Architekten waren sich einig, dass die „Phase 0“ – also die Planungsphase – von zentraler Bedeutung für Gelingen und Akzeptanz der Projekte sei. „Hier müssen sich alle Akteure hinreichend Zeit für einen Austausch der unterschiedlichen Interessen sowie eine Abwägung der verschiedenen baulichen Optionen für ihre Realisierung nehmen“, forderte Pampe. Nur durch eine schulindividuelle und bedarfsgerechte Planung könne den spezifischen Rahmenbedingungen der einzelnen Schulen in ihrer Einbettung in die jeweiligen städtischen Quartiere Rechnung getragen werden. So könnte auch flexiblen Modularbauten vorgebeugt werden, die derzeit gerne zur schnellen Deckung der sprunghaft gestiegenen Kapazitätsbedarfe in einer wachsenden Stadt wie Berlin diskutiert werden. „Entscheiden sich Politik und Verwaltung aber allein aus Kostengründen zugunsten dieser vermeintlich günstigeren Bauweise, werden die gleichen Fehler wie in der Vergangenheit gemacht“, betonte Gruber.

Henrik Scheller,  
Teamleiter Finanzen, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

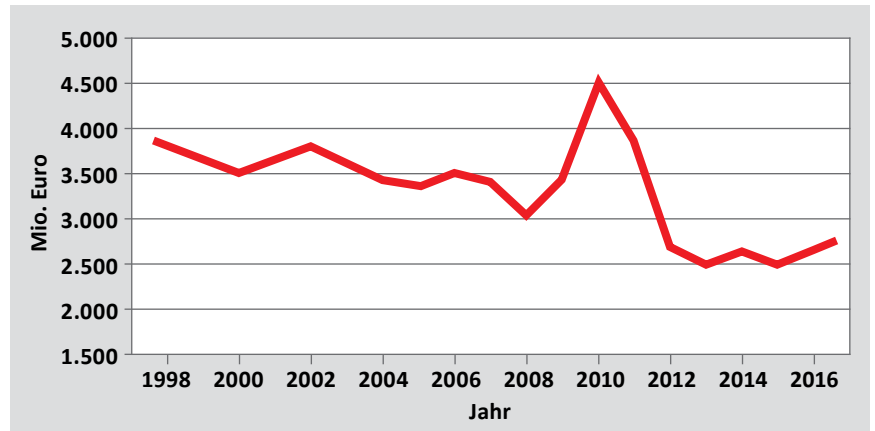


**Bereits mit dem E&W-Titel 09/2016 machte die Redaktion auf die Missstände in und an den Schulgebäuden aufmerksam.**

# Bitte endlich investieren!

// Das Bröckeln des Putzes und die wenig fortschrittlichen Lernumgebungen sind kein Zufall: Seit 1998 sinken die realen Investitionen in Schulgebäude kontinuierlich. Um daran etwas zu ändern, sind auch mehr Mitarbeiter in den Bauämtern der Kommunen nötig. //

In skandinavischen Ländern gilt der Schulraum als „dritter Pädagoge“ – neben den Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften. Schulen und Klassenzimmer sollen flexibel nutzbar und individuell gestaltet sein. Ein angenehmer Raum, so die Erkenntnis in den nordischen Staaten, wirkt sich positiv auf Lernklima und Konzentration aus. Gemessen daran ist der Zustand vieler Schulen in Deutschland mehr als ernüchternd. Die allermeisten sind entweder alte oder rein funktionale Gebäude; häufig zudem in einem maroden und baufälligen Zustand. Die Benutzung der Toiletten ist oft eine Zumutung; der Putz bröckelt buchstäblich von der Decke. Schulen sind ein Teil der staatlichen Infrastruktur; hierzu zählen alle dauerhaften Wirtschaftsgüter – Straßen, Schulen, Rathäuser, Feuerwehrautos etc. –, die im Besitz der öffentlichen Hand sind. Ausgaben, mit denen Infrastruktur erhalten und erweitert wird, werden als staatliche Investitionen bezeichnet.



Die Entwicklung der realen Bauinvestitionen im Schulbereich 1998 bis 2017\*

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung

Die Zuständigkeit für die Schulgebäude liegt in Deutschland auf kommunaler Gebietskörperschaftsebene – also insbesondere bei Landkreisen und kreisfreien Städten.

Seit mehr als 40 Jahren sinken die staatlichen Investitionen; auch im internationalen Vergleich fällt die Investitionstätigkeit in Deutschland schwach aus. Besonders stark rückläufig waren dabei die Investitionen auf der kommunalen Ebene\*. Verantwortlich hierfür sind vor allem Konsolidierungsmaßnahmen – die ihre Ursache wiederum in der völlig unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen haben.

Aus diesen Gründen hat sich in vielen Bereichen der staatlichen Infrastruktur ein erheblicher Investitionsstau gebildet – insbesondere bei Gemeinden, Städten und Landkreisen. Laut dem aktuellen Kommunalpanel\*\* der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beläuft sich der Investitionsrückstand auf kommunaler Ebene auf 126 Milliarden Euro; am größten ist er laut der repräsentativen Umfrage im Bereich der Straßen- und Verkehrsinfrastruktur mit gut 34 Milliarden Euro. Nur knapp dahinter auf Platz 2 folgt der Bereich Schule inklusive Erwachsenenbildung mit nahezu 33 Milliarden Euro.

Für die Flächenländer in Deutschland kann die Entwicklung der Schulbauinvestitionen seit 1998 nachvollzogen werden. Nominal – das heißt zu laufenden, nicht zu konstanten Preisen gemessen – schwankten die Bauinvestitionen in der Zeit von 1998 bis 2008 rund um einen Wert von drei Milliarden Euro, um 2009 auf über 3,4 Milliarden Euro und 2010 auf etwa 4,5 Milliarden Euro zu steigen; auch 2011 wurden immerhin noch vier Milliarden Euro in die Schulen investiert. Dieser Anstieg liegt an den Konjunkturfördermitteln, die aufgrund der internationalen Finanz- und Weltwirtschaftskrise ausgegeben wurden. Nach 2012 flossen weniger als drei Milliarden Euro jährlich in die Schulinfrastruktur; erst 2016 wurden wieder drei

## Aktionszeitraum der Initiative „Bildung. Weiter denken!“

Das Thema „Gebäude von Bildungseinrichtungen“ steht im Mittelpunkt des Aktionszeitraums vom 4. bis 22. Juni, den die GEW im Rahmen der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ ausgerufen hat. Mit Veranstaltungen und anderen Aktivitäten wollen GEW-Landesverbände und der Hauptvorstand gemeinsam verdeutlichen, wo mit Blick auf die bauliche Substanz und Ausstattung von Bildungseinrichtungen der Schuh drückt. Sanierungsstau und/oder Neubau von Bildungseinrichtungen, stinkende Toiletten, Schulbaurichtlinien, aber auch Fragen von Lärm und Schimmel sowie der Infrastruktur für „Bildung in der digitalen Welt“ – das alles sind mögliche Aspekte, die im Aktionszeitraum aufgegriffen werden können. Mit den Aktivitäten setzt sich die GEW für eine bessere Bildungsfinanzierung ein. Diese ist Voraussetzung dafür, dass Lernorte in Deutschland nach zeitgemäßen pädagogischen Konzepten ausgerichtet werden können – nicht umgekehrt!

Weitere Infos zum Aktionszeitraum finden Sie auf den Homepages der Landesverbände und unter [www.gew.de/weiter-denken](http://www.gew.de/weiter-denken).

E&W

Milliarden erreicht. Im vergangenen Jahr stiegen die Ausgaben moderat auf gut 3,3 Milliarden Euro.

In dieser nominalen Entwicklung ist aber nicht berücksichtigt, dass es im Baubereich wie auch in anderen Wirtschaftsbereichen Preissteigerungen gibt. Werden diese berücksichtigt und reale – das heißt preisbereinigte – Werte berechnet, dann ist seit 1998 ein deutlicher Abwärtstrend zu erkennen. So liegt das Volumen der realen Investitionen im Bereich der Schulen 2017 um ein Viertel unter dem Wert von 1998 – und um gut 14 Prozent unter dem Durchschnittswert der vergangenen 20 Jahre (s. Tabelle, S. 42).

### Der Bund ist gefragt

Aufgrund des hohen Investitionsstaus auf kommunaler Ebene hat der Bund seit 2015 zwei Kommunalinvestitionsförderprogramme im Umfang von je 3,5 Milliarden Euro beschlossen. Ein Teil des ersten Investitionsprogramms kam dem Schulbereich zugute, das zweite Programm – verabschiedet im Sommer 2017 – fließt ausschließlich in finanzschwache Kommunen zur Sanierung

ihrer Schulen. Angesichts des bestehenden Investitionsstaus ist dies ersichtlich zu wenig Geld.

Bedenklich ist zudem, dass bei den kommunalen Investitionen trotz der Investitionsfördermaßnahmen bisher kaum eine Belebung auszumachen ist<sup>\*\*\*</sup>. Ein Grund dafür scheinen Engpässe im personellen Bereich zu sein: So sank zwischen 1991 und 2010 die Zahl der mit Baufragen beschäftigten Menschen im öffentlichen Dienst der Kommunen deutschlandweit um rund 35 Prozent; bis 2015 ging die Zahl noch einmal um annähernd 10 Prozent zurück<sup>\*\*\*\*</sup>. Um das Problem zu lösen, ist eine deutliche und auf Dauer angelegte finanzielle Besserstellung der Kommunen erforderlich – auch, um das für den Baubereich zuständige Personal auf der kommunalen Ebene angemessen zu erhöhen. Kurzfristig angelegte und viel zu gering dimensionierte Investitionsfördermaßnahmen sind jedenfalls nicht geeignet, den bestehenden Investitionsstau aufzulösen.

Kai Eicker-Wolf,  
Referent für finanzpolitische Fragen  
der GEW Hessen

■  
\*„Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland: Der Beitrag der Finanz- und Steuerpolitik“, Seite 178 ff., in: Kai Eicker-Wolf/Achim Truger: „Ungleichheit in Deutschland – ein >gehyptes Problem<“, 233 Seiten, Metropolis Verlag, Marburg 2017  
\*\*KfW-Research: KfW-Kommunalpanel 2017, Frankfurt am Main

Download:

[bit.ly/kfw-kommunal2017-pdf](http://bit.ly/kfw-kommunal2017-pdf)

\*\*\*Kai Eicker-Wolf/Achim Truger:

„Wie notwendig sind kommunale Investitionsprogramme

in Hessen?“, Finanzpolitisches Arbeitspapier der GEW Hessen, Frankfurt a. M., S. 8 ff.

Download: [www.gew.de/gewhessen-kommerbericht-pdf](http://www.gew.de/gewhessen-kommerbericht-pdf)

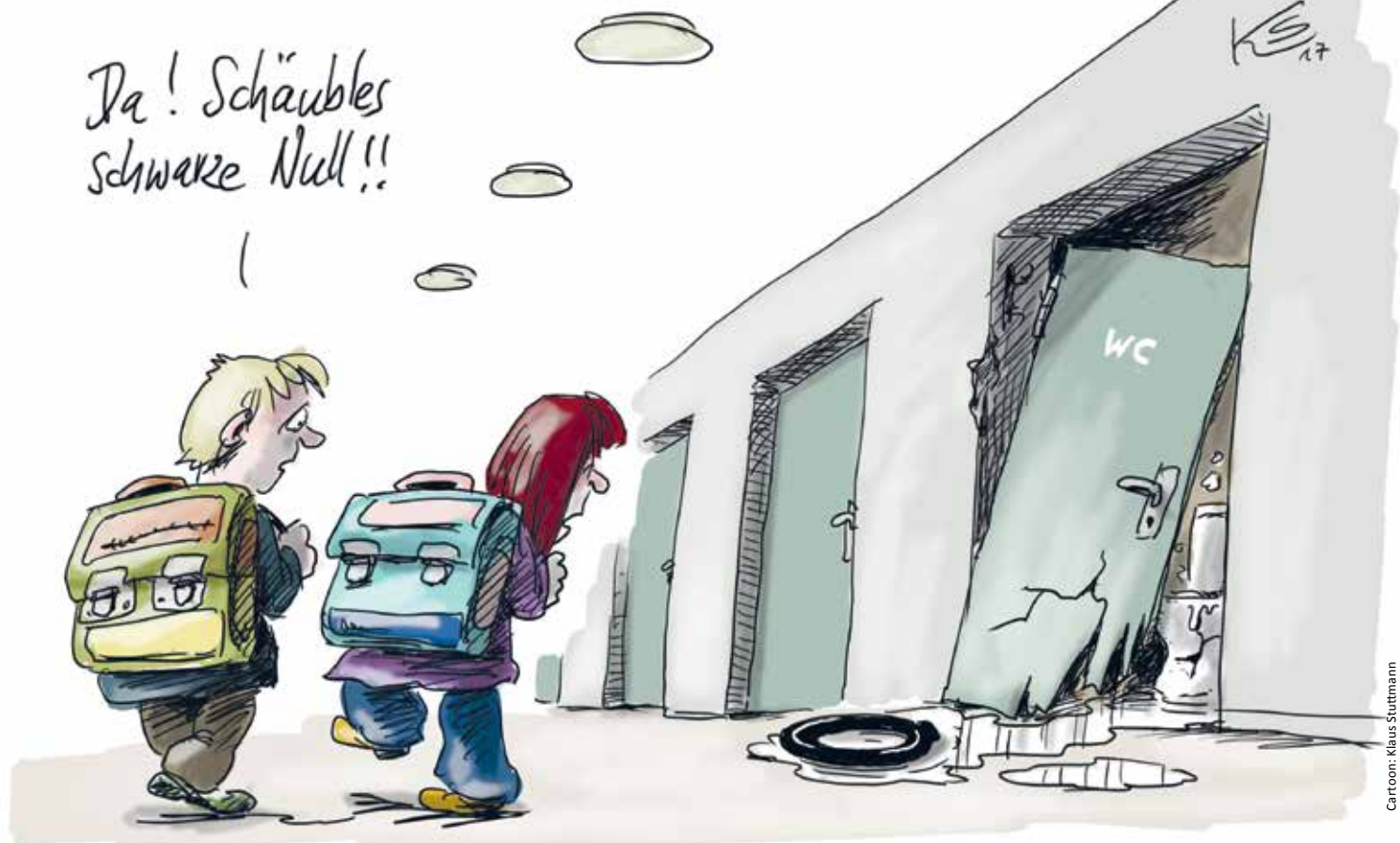
Download: [www.gew.de/gewhessen-kommerbericht-pdf](http://www.gew.de/gewhessen-kommerbericht-pdf)

\*\*\*\*Martin Gornig/Claus Michelsen:

„Kommunale Investitionsschwäche: Engpässe bei Planungs- und Baukapazitäten bremsen Städte und Gemeinden aus“, in: DIW Wochenbericht 11/2017

Download:

[bit.ly/diw-kommuninvest-pdf](http://bit.ly/diw-kommuninvest-pdf)



### Und die Angestellten?

(E&W 1/2018, Seite 20: „Und sie bewegt sich doch“, und Seite 22: „JA13 – Es geht voran!“)

Ich finde es putzig, wie die GEW jetzt die Gerechtigkeitsdebatte für sich und ihre Beamtinnen und Beamten im Schuldienst entdeckt. Als gäbe es ungerechte Bezahlung nur zwischen den Lehrkräften der unterschiedlichen Schulformen bzw. mit abweichenden universitären Abschlüssen. Die größere Ungerechtigkeit zwischen den Lehrkräften wird durch den Beschäftigungsstatus festgeschrieben! Würden die Forderungen der GEW, wie sie in der Kampagne „JA13“ formuliert sind, von den Ländern entsprechend umgesetzt, bliebe das skandalöse Missverhältnis zwischen den Nettoeinkünften der Tarifbeschäftigten und den Beamtinnen und Beamten bestehen.



Beispiel NRW: Eine angestellte Sek-I-Lehrkraft, die von EG11 nach EG13 höhergruppiert würde, hätte je nach Familienstand und Steuerklasse nach wie vor jeden Monat 600 bis 800 Euro netto weniger in der Tasche. Weitere Vergünstigungen für Beamte, wie die unbegrenzte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie das Gefälle zwischen Pension und Rente, bleiben dabei noch unberücksichtigt.

Wenn die GEW nicht nur vorgäbe, für Gerechtigkeit in den Lehrkräftezimmern zu kämpfen, sondern sich ehrlich gegen jegliche finanzielle Diskriminierung von Lehrkräften an öffentlichen Schulen engagieren würde, müsste sie an dieser Stelle neben A13 für alle beamteten Lehrkräfte EG15 für Tarifbeschäftigte (unter Beibehaltung der Erfahrungsstufe) fordern.

Paralleltabellen von Beamten und Tarifbeschäftigten stellen keine Gerechtigkeit her! An die Angestellten wird sich die GEW wahrscheinlich erst wieder kurz vor den nächsten Tarifver-

handlungen erinnern. Damit die von uns zu erkämpfenden linearen Lohnerhöhungen zeitgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden können.

Jürgen Dolata, Gütersloh

### Hinkende Vergleiche

(E&W 2/2018, Seite 20 f.: „Frauen dominieren – Männer führen“)

Dieser an sich hilfreiche Artikel macht es durch hinkende Vergleiche und verfälschende Darstellung Gegnern der Geschlechterkritik sehr leicht. Das fängt schon in der Einleitung an: Schule war noch nie eine Frauendomäne (wenn man von der Grundschule absieht, die weniger als ein Drittel der schulischen Ausbildung repräsentiert)!

Weiter geht es mit einer absoluten Ausnahme, was die beispielgebende GEW-Funktionsträgerin Sabine Henze mit ihren 33 Angestellten und 340 Kindern angeht. Deren Heimatland Mecklenburg-Vorpommern hat im Bundesvergleich aller Länder nur einen Anteil von weniger als 2 Prozent – von dem dann nur 14,3 Prozent Kitas mit mehr als 180 Plätzen sind. Henze ist also ganz sicher nicht repräsentativ für Leiterinnen von deutschen Kitas.

Absoluter Nonsense ist es, ihren Job dem einer Geschäftsführerin in der Wirtschaft gleichzusetzen. Ich gehe davon aus, dass auch ihre Kita einen Träger hat (bei der Größe vermutlich das Land), also keinem direkten wirtschaftlichen Risiko ausgesetzt war (wie das bei der weit überwiegenden Zahl aller deutschen Kitas der Fall ist).

Auch die Leitung einer großen Kita ist deshalb weder vom Jobrisiko noch vom Arbeitsumfang oder der Komplexität vergleichbar mit der Geschäftsführung eines mittelständischen Betriebs. Als ehemals leitender Angestellter mit voller Budget- und Personalverantwortung für über 40 Mitarbeiter weiß ich, wovon ich rede: durchschnittlich 65 Stunden Wochenarbeitszeit (ohne Kundessen, Fahrzeiten und Abendveranstaltungen – brutto über 80 Stunden), ständige Ansprechbarkeit durch Mitarbeiter und Kunden, und das bei ständigem Druck, die Jahresziele in Ergebnis und Umsatz zu bringen.

Ein weiterer schlecht gewählter Vergleich ist der von weiblichen Grundschullehrerinnen versus -leiterinnen (89 Prozent gegenüber 78 Prozent, eine kaum relevante Differenz von 11 Prozent). Wenn der Verfasser die Verteilung von Leitungspositionen in anderen Berufsgruppen kennen würde, würde er hier nicht „mit Kanonen auf Spatzen schießen“. Positiv anzumerken sind allerdings auch treffende, weil relevante Vergleiche zum Beispiel bei der geschlechtsspezifischen Verteilung von Lehrkräften an Grundschulen (Frauendomäne) und Gymnasien (Männerdomäne).

Eine wirklich entscheidende Kritik trifft die exorbitant differierende Dotierung von Grundschul- und Gymnasiallehrkräften, die zudem eher Funktionszulagen neben dem Grundgehalt erhalten können. Letzteres ergibt sich aus den sehr verschieden ausgeprägten Laufbahnen und kann einen signifikanten Unterschied in der Entlohnung ausmachen. Aus Erfahrung weiß ich, dass dies bis zu 12.000 Euro jährlich (bei zusätzlichen Zulagen) bedeuten kann. Leider erst ganz zum Schluss des Artikels kommt neben der berechtigten Kritik ein wirklich hilfreicher Vorschlag, nämlich die Schaffung von Teilzeillösungen zu forcieren, um die geschlechtsspezifische Besetzung von Leitungsfunktionen aufzubrechen.

Manfred Völker, Bargteheide bei Hamburg

### Bumerang-Argumentation

(E&W 2/2018, Seite 24 f.: „Nicht der Untergang des Abendlandes“, Seite 26: „Rosinenpickerei?“, sowie Seite 28 ff.: „Irgendwen irgendwoher“)

Seit längerem streiten einige Kolleginnen und Kollegen für das Streikrecht von verbeamteten Lehrkräften, verbunden mit der Begründung, diese erfüllten keine „hoheitlichen Aufgaben“. Ebenso wird in letzter Zeit ein Personalmangel in (Grund-)Schulen beklagt, die Einstellung von Quereinsteigerinnen und -einstiegern zugleich kritisch betrachtet. So sehr ich diese Schlüsse und Forderungen teile, bereiten sie mir doch große Sorgen hinsichtlich ihrer potenziellen Folgen. Die Deutsche Post sowie die Deutsche Bahn haben gemeinsam, dass ihre Angestellten einst verbeamtet waren, aufgrund der

„nicht-hoheitlichen“ Aufgaben es allerdings kein Problem darstellte, diese Betriebe zu privatisieren – mit dramatischen Folgen für die Beschäftigten. Das Beamtenverhältnis ist sicherlich ein großer Anreiz, Lehrkraft zu werden und in Bundesländern wie Sachsen oder Berlin scheint der Lehrkräftemangel besonders gravierend zu sein – ein Zusammenhang mit der Abschaffung des Beamtenverhältnisses und einem damit einhergehenden Attraktivitätsverlust scheint naheliegend.

Ob es strategisch klug ist, der Politik zu vermitteln, dass „wir selbst“ als Bildungsgewerkschaft nicht überzeugt sind, dass Bildung eine hoheitliche Aufgabe darstellt, wage ich zu bezweifeln. Politische Entscheidungen sind oft getrieben von finanziellen Sachzwängen. Das Streikrecht zu fordern (was einer Abschaffung des Beamtentums nahesteht), einen eklatanten Personalmangel zu beklagen und gleichzeitig die hoheitlichen Aufgaben zu bestreiten, könnte in Verbindung mit der bestehenden Praxis einer „Umschulung“ von Gymnasiallehrkräften für Grundschulen, der Einstellung von Quereinsteigern sowie der in mehreren Bundesländern bereits erfolgten Abschaffung des Beamtentums zu einer dauerhaften Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse von Lehrkräften führen. Zugespitzt halte ich eine Entwicklung weg von spezialisierten, gut bezahlten Fachkräften und hin zu prekär beschäftigten „Bildungsaushilfskräften“ für möglich. Als Gewerkschaft sollten wir achtgeben, derartigen Entwicklungen nicht auch noch Vorschub zu leisten. Ich würde mir mehr produktive Vorschläge wünschen, wie etwa für die Einstellung geflüchteter Lehrkräfte zu streiten, anstelle eines Forderungskatalogs, vor dem die Politik im Grunde nur resignieren oder mit dessen Hilfe sie mittels einer Gegenüberstellung der Einzelelemente „uns selbst“ treffen kann.

Julian Storck, Kassel

### Zweitklassige Gymnasialkollegen?

(E&W 2/2018, Seite 40: „Noch viele Hürden auf dem Weg“)

In dem Artikel wird erwähnt, dass Grundschullehrkräfte im Schnitt 1:20 Stunden mehr arbeiten. Unterschlagen wird, dass in der gleichen niedersächsischen Arbeitszeitstudie festgestellt wurde, dass Lehrkräfte am Gymnasium im Schnitt 3:05 Stunden mehr arbeiten. Das verwundert, arbeiten doch an niedersächsischen Gymnasien mehrheitlich Frauen und auch bei den Teilzeitkräften an Gymnasien sind Frauen überrepräsentiert. Falls nur die Teilzeitkräfte an den Gymnasien betrachtet werden, summiert sich die Mehrarbeit sogar auf 4:07 Stunden. Wenn das nicht erwähnt wird, muss dann festgehalten werden, dass Gymnasiallehrkräfte für die GEW Lehrkräfte zweiter Klasse sind?

Roland Müller, Hannover

Anmerkung d. Red.: In E&W 9/2016, S. 25 f., hat E&W die niedersächsische Arbeitszeitstudie vorgestellt und kritisiert, dass Gymnasiallehrkräfte „jede Woche 50.000 unbezahlte Überstunden“ leisten.

### Mit dem Grundgesetz vereinbar?

(E&W 12/2017, Seite 26 f.: „Rehabilitierung steht noch aus“, E&W 1/2018, Seite 43 f., sowie E&W 2/2018, Seite 46 f., **Leserforum zum Thema Berufsverbote**)

Gut, dass die GEW sich mit der unsäglichen Praxis der Berufsverbote in der BRD auseinandersetzt. Eigentlich wollte ich mich als Betroffener des Jahres 1975 hier nicht mehr persönlich einbringen. Einige der Standpunkte, die in den Leserbriefen vertreten werden, empfinde ich allerdings als empörend. „Ohne Not und aus freien Stücken“ bin ich 1973 Mitglied der DKP geworden. Nicht, weil ich die DDR so toll gefunden hätte, sondern weil in der BRD einige Zustände herrschten, die aus meiner Sicht mit Geist und Inhalt des Grundgesetzes unvereinbar waren. Politisiert wurde ich vor allen Dingen durch die Friedensbewegung.



**STAMM Verlag**  
**E&W**  
Verlagsreisen

**LEEUWARDEN UND FRIESLAND**

**27.07.-30.07.18 – 4-tägige Leserreise**

**ab € 695,-**  
p. P. im Doppelzimmer

**Verdis Aida Open Air**

**Kulturhauptstadt Europas 2018**

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter [www.gew.de/verlagsreisen](http://www.gew.de/verlagsreisen)  
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tsjmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Schon in der Studentenbewegung hatten wir uns mit den Blutspuren beschäftigt, die die USA über verschiedene Teile des Globus gezogen haben. Dies setzt sich leider bis in die Gegenwart fort! „Der Kapitalismus tötet“: Man muss nicht rot gefärbt sein, um zu dieser Erkenntnis zu gelangen. Ich halte Kapitalherrschaft und Demokratie auf Dauer für unvereinbar.

Damals wie heute stand ich hinter den Grundsatzdokumenten der DKP und gleichzeitig hinter dem Grundgesetz, was offenbar einige Mit-

menschen partout nicht verstehen wollen. Dass ich seit 1990 nicht mehr Mitglied der DKP bin, hat ganz andere Gründe.

Hinweisen will ich auf die Verstrickung des Inlandsgeheimdienstes, auf dessen „Erkenntnissen“ sich damals die Berufsverbote stützten, mit dem mörderischen Treiben des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und anderer rassistischer Banden. Umso empörender, dass dieser Inlandsgeheimdienst mit gerichtlicher Billigung weiterhin Sylvia Gingold und sicher zahlreiche andere Demokratinnen und Demokraten bespitzelt.

Die Betroffenen der Berufsverbote mit der RAF in Verbindung zu bringen oder ihnen mit der Wendung „keine Unschuldengel“ vorzuhalten, sie seien ja an den undemokratischen Praktiken der Berufsverbote selbst schuld, halte ich für infam. Vielleicht wurden tatsächlich vereinzelt Menschen vom öffentlichen Dienst ferngehalten, denen „Gewaltbereitschaft“ oder die Nähe zur „RAF“ nachgewiesen werden konnte. Dabei handelt es sich aber nicht um das, was als massenhafte Berufsverbotspraxis kritisiert wird, sondern um ein ganz anderes Thema. Es geht allein darum, ob man meint, es sei mit dem Grundgesetz vereinbar, Menschen den Zugang zum öffentlichen Dienst zu verweigern, weil sie so denken! Hier gibt Artikel 33



eine klare Antwort. Wer heute die damaligen Berufsverbote immer noch rechtfertigt, muss sich deshalb seinerseits die Frage gefallen lassen, wie er zum Grundgesetz steht. Dass es Anlass gibt, auch einigen Kollegen meiner Gewerkschaft diese Frage zu stellen, finde ich höchst bedauerlich!

Eckhard Althaus, Dortmund

### Radikalenerlass in Ordnung

(E&W 2/2018, Seite 46 f., zu den Leserbriefen „Schandfleck“ und „Keine Unschuldengel“)

Rund um 1968 war mein kritischer Geist zwischendurch ideologisch vernebelt; die rote Mao-Bibel bestimmte kurzzeitig mein politisches Wertesystem. Doch dann kam, Gott sei Dank, der parlamentarische „Superdemokrat“, Kanzler Willy Brandt (SPD). Er wurde mein Idol der beginnenden 1970er-Jahre, in denen ich mein Lehrerstudium absolvierte. Das wunderbare Grundgesetz war jetzt die politische Basis meines Denkens und Handelns. In mir wuchs die Überzeugung, dass keine linksradikalen Gruppierungen und Parteien Einfluss nehmen dürfen auf staatliche Einrichtungen wie Schulen, Universitäten, Justiz, Polizei und öffentliche Verwaltungen. So wollten beispielsweise Menschen Lehrkräfte werden, welche mit revolutionärer Waffengewalt die sogenannte Dritte Welt befreien wollten, auf der Grundlage der „Diktatur des Proletariats“ von Karl Marx und seinen Epigonen. Deshalb war der „Radikalenerlass“ für Angestellte und Beamte in staatlichen Institutionen für Verfassungsfeinde gerechtfertigt!

Hermann Reyher, Kierspe

### Mangelnde Aufarbeitung

Der Leserbrief zeigt voll die Präsenz von Altnazis in der jungen BRD bis hinauf in höchste Ämter von Politik und Justiz. Nicht benannt wird in dieser Diskussion meist das Schulsystem. Thomas Manns Tochter Erika hatte schon 1938 in ihrem Buch „Zehn Millionen Kinder“ mehrere Schulbuchverlage als willige und federführende Umsetzer der Naziideologie benannt, Verlage, die bis heute mit Publikationen für Schule und Erziehung in Ausbildung und Wissenschaft prägend sind.

Und die Schulbürokratie? Der Leiter eines Schulamtes war an vielen Berufsverbotsverfahren Anfang der 1970er-Jahre beteiligt. Er war dann auch Anfang der 70er-Jahre beteiligt an meiner zweiten (Straf-)Versetzung aus „dienstlichen Gründen“. Hier hatte ich die Vertretung für einen erkrankten älteren Konrektor, als junger Lehrer übernahm ich auch den Sportunterricht. Als es beim Ballspiel zu einer kleinen Rangelei kam, rief einer der Jungs verärgert: „Ich stell dich an die Wand und erschieß dich wie ein Russ.“ Entsetzt fragte ich, woher er einen solchen Spruch habe – von dem erkrankten Konrektor. Eine solche Pädagogik war wohl kein Problem für die Schulaufsicht.

Meine zweite Versetzung endete dann kurz danach. Den GEW-Ausschluss als Folge der Unvereinbarkeitsbeschlüsse bekam ich noch vor dem Entlassungsschreiben des Oberschulamtes. Damit war ich ohne Rechtsschutz. Ganz verwundert hat mich die Reaktion der GEW nicht, war ich doch zwei Jahre zuvor als Junglehrervertreter im honorigen Ratskeller bei einer Ortsversammlung. Diese war weitgehend eine Ansammlung von Rektoren und Schulräten. Einer der Schulräte gab meiner Frau gegenüber Jahre später mit Bedauern zu, dass er seine dienstliche Kenntnis an die GEW weitergegeben hatte.

Immerhin hat sich die GEW Baden-Württemberg nach 40 Jahren bei uns entschuldigt und uns wieder als Mitglieder aufgenommen. Es gibt also auch Positives. Die Geschichte und Problematik um Schule und Schulsystem in der Nachfolge des Nazisystems bleibt. Es wäre wichtig, sich genauer als bisher mit dieser Geschichte auch wissenschaftlich zu beschäftigen.

Horst Groos, Reutlingen

### E&W-Briefkasten

Postanschrift der Redaktion:

Gewerkschaft Erziehung  
und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.

E-Mail: [katja.wenzel@gew.de](mailto:katja.wenzel@gew.de)

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.



**Klasse**  
**Wohldenberg**  
Klassenfahrten, Klettern,  
Teamtraining, ...  
[www.hauswohldenberg.de](http://www.hauswohldenberg.de)



**Andalusien**  
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.  
T: 05171/16343 [www.la-ruca.de](http://www.la-ruca.de)

**Klassenfahrten Versailles** mit oder ohne Sprachkurs  
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm  
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830  
[www.reichardt.eu](http://www.reichardt.eu)

**TOSCANA**  
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.  
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041  
info@aglioni.it, [www.aglioni.it](http://www.aglioni.it)



**AGARIA TOURS**  
Fachveranstalter für Pragreisen

**Entspannt auf Klassenfahrt!**

Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

das tschechische team

**Schullandheim im Nordschwarzwald**  
15 Autominuten von Baden-Baden entfernt liegt unser "Else-Stolz-Heim". Mit 41 Betten bietet es 36 Jugendlichen nebst Betreuern Platz und ist für Selbstversorger mit allem Komfort eingerichtet. In herrlicher Lage, mitten im Wald, nur 400 m von der Schwarzwaldhochstraße entfernt am Unterplättig, genießen Sie einen ungestörten Aufenthalt. Gute Wandermöglichkeiten bis auf über 1000 m Höhe (Badener Höhe) und im Winter Skisportmöglichkeiten. Lift sind mit dem Bus erreichbar.  
**AWO Baden-Baden gGmbH** Rheinstr. 164 76532 Baden-Baden  
Tel. (0 72 21) 36 17-20 Fax (0 72 21) 36 17-50 [www.awo-bb.de](http://www.awo-bb.de)

**Insel Rügen:** Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289  
[www.alte-tischlerei-putbus.de](http://www.alte-tischlerei-putbus.de)

Ihre Anzeige in der **E&W**  
Telefon: 0201 84300-32

Seit 1966 **Friesland Charter**  
Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen  
Auf IJsselmeer und Binnengewässer  
8 bis 60 Personen  
• Klassenfahrten  
• Wochenendarrangements  
Familie Koopmans  
De Slinke 19, NL 9011 WV Jurnsum  
Ruf 0031-566-631604  
An Bord 0031-6-50681864  
E-mail: info@frieslandcharter.nl  
Internet: [www.frieslandcharter.nl](http://www.frieslandcharter.nl)  
Klipper DE HOOP\*\*\*\*



**Klassenfahrten London** mit oder ohne Sprachkurs  
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm  
london@reichardt.eu, T: 06181 424830  
[www.reichardt.eu](http://www.reichardt.eu)

[www.schulorganisation.com](http://www.schulorganisation.com)  
Dokumentation · Organisation  
Rechtssicherheit *taglich*

**WUS** World University Service „Jeder hat das Recht auf Bildung...“  
Artikel 26 (1) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

**Wer wir sind**  
World University Service (WUS) ist eine internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland setzt sich mit seinen Projekten für das Menschenrecht auf Bildung ein.

► Förderung des Globalen Lernens und Bildung für nachhaltige Entwicklung  
► Unterstützung von ausländischen Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika

[www.wusgermany.de](http://www.wusgermany.de)

**Exklusive Kultur-Leserreisen**  
Musik und Literatur an besonderen Orten erleben  
[www.gew.de/verlagsreisen](http://www.gew.de/verlagsreisen)

**Arbeitsmappen - SEK I - FS - GS**  
[www.stockmann-verlag.de](http://www.stockmann-verlag.de)

**Jahn-Lederwaren**



Lauter Einserkandidaten!  
Lehrertaschen made by Jahn.  
[www.jahn-lederwaren.de](http://www.jahn-lederwaren.de)

**Erste Hilfe.**



**Selbsthilfe.**



brot-fuer-die-welt.de/  
selbsthilfe

**Brot für die Welt**

So leben **Lehrer/innen leichter**  
Besuchen Sie unseren Shop: [www.timetex.de](http://www.timetex.de)

TimeTEX

**Mobil-Sichtschutz „Clausura“**  
• kein Abschreiben mehr  
• schnelles Aufstellen + Abräumen  
Art. 70070-43  
ab 1,95 €

**Hänge-Organisations-Tasche A4**  
Gutschein-Code: **EW2389**  
Art. 10662-43  
...statt 4,95 € **40% gespart** nur 2,97 €  
Artikel in den Warenkorb legen. Der Gutschein wird als prozentualer Rabatt (40%) abgezogen. Gültig bis 30.06.2017.

Hier Hausaufgaben abgeben  
Arbeitsblätter  
Muster für Probeklausuren  
fertige Arbeitsblätter  
Lehrer-Papier  
Broschüren-Papier

Hier Hausaufgaben abgeben  
nur 2,97 € Sonder-Preis

TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · 93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0 · [www.timetex.de](http://www.timetex.de)

# Diesmal

